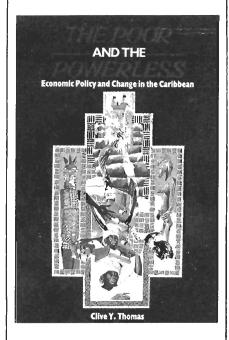
## LAB LATIN AMERICA BUREAU LONDON



The Dance of the Millions includes case studies of Brazil, Peru and Costa Rica. It asks how Brazil came to run up the Third World's largest debt and why it failed in its attempt to go it alone without the IMF; it analyses the successes and constraints of Alan-Garcia's policy of not paying all Peru's debt; and it documents the enormous political and economic constraints on a tiny debtor country like Costa Rica. It concludes by analiysing all the present options to relieve the debt and allow Latin America a modicum of development in the 1990s.

1988

256 pp.

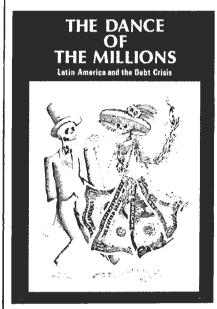
DM 21,80

Im Buchhandel oder bei: LN-Vertrieb.

Gneisenaustr. 2

1000 Berlin 61

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON



The Poor and the Powerless - Economic Policy and Change in the Caribbean Moving from historical overview to contemporary analysis, the book examines recent or current development strategies in five english-speaking Caribbean countries and evaluates their economic and social impact upon the poor mayority. Drawing lessons from the cases of Jamaica, Grenada, Guyana, Barbados and Trinidad, Clive Thomas argues that "another" form of development - by the poor and for the poor - is not only possible but necessary.

1988

396 pp.

DM 32.-

Im Buchhandel oder bei:

Gneisenaustr. 2

1000 Berlin 61

# MENAMERIKA nachrichten

16. JAHRGANG DER

Berlin (West)

Juli/August 1988

DM 4.50

173

# **CUBAs ZUKUNFT**



Aus dem Inhalt:

CUBA: Neue alte Wege / Ökologie / IWF: Auf der Anklagebank

/ NICARAGUA: Chronologie der Verhandlungen / CHILE:

Kinderprostitution / MEXICO: Spannung für die Wahl / COSTA

RICA: Halbzeit für Arias

Tariff and Johnson

#### INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— CUBA: »Rectificacion«: Die große Rolle rückwärts	4
Das Meer ist groß und tief	6
Perestroika in der Freundschaftsgesellschaft	18
Kommt Castro?	10
Cuba als LänderBilderLeseBuch	24
— IWF: IWF-Kampagne - Lelio-Basso-Tribunal in Berlin	26
— BANKEN UND STAAT: Interview mit Thomas Hurtienne	29
— MEXICO: Wahlen in Mexico: Mehr von Selben?	34
Cuauhtemoc Cárdenas: A star is born?	41
NICARAGUA: Wirtschaftsreformen	43
Für einen Frieden in Würde – Esquipulas II	51
COSTA RICA: »Halbzeit« der Regierung Arias	62
EL SALVADOR: Armee entführt Rücksiedler	72
— CHILE: Kinderprostitution	
Kriminalpolizei entführt Chefredakteur	85
Friedenskarawane an Grenze abgewiesen	
Angehörige politischer Gefangener in der BRD	87
— CHILE/KULTUR: Chile crea - ein internationales Treffen von Künstlern	07
und Wissenschaftlern für die Demokratie in Chile	89
PERU: Alan Garcia: Die letzte Karte gegen die Revolution	91
KOLUMBIEN: Der Verteidigungsminister contra Amnesty	100
Mord an zwei Paez-Indianern	104
BRASILIEN: Indios feiern Erfolg bei Ausarbeitung der Verfassung	108
URUGUAY: Raul Sendic in Westberlin	111
BERLIN: Die Anti-IWF/WB-Kampagne macht's möglich	116
REZENSIONEN: Der Radfahrer von San Cristobal	121
Bilder der Revolution	
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	123
	128
— EINGEGANGENE BÜCHER	129
— TERMINE	129

Impressum

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Juli/August 1988

Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich

(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 30. Juni 1988

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrweise berechnet, angelangene Jahre anteilsmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

im Mehringhof

Gneisenaustraße 2

1000 Berlin 61

Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorhenger Rücksprache

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen personlich ausgehandigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushandigung im Sinne des Eigentumsvorbehalls. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht personlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden

## **EDITORIAL**

Juli/August 1988

Die Szene rüstet sich. Gegen den IWF. Uneinig, aber vielfältig stellt sich das linke Spektrum dar. Die einen wollen an das Gewissen der Funktionäre der Weltbank appellieren, andere Reformvorschläge machen, dritte die Institutionen zerschlagen. So war auch die Diskussion zur IWF - Kampagne auf dem Mittelamerikatreffen (am 18./19.6.) geprägt von ideologisch unterschiedlichen Positionen. Es wurde jedoch ebenso deutlich, wie unterschiedlich noch der Informationsstand und Organisationsgrad in Berlin und Westdeutschland ist.

Wir wollen in diese Ausgabe nicht eine weitere Analyse der IWF- und Weltbankpolitik versuchen, sondern über Veranstaltungen berichten, die im Rahmen der Anti-IWF Kampagne stattfinden werden. Wir wollen zudem die Diskussion darüber anregen, wie bestimmte Auseinandersetzungen innerhalb der Linken verlaufen und sicherlich nicht zu ihrer politischen Stärke beitragen.

Je näher die September - Tagung rückt um so mehr zeigt sich, daß engere Zusammenarbeit notwendig und auch machbar ist, Für die Demonstration wollen von kirchlichen Gruppen bis zum autonomen Spektrum alle gemeinsam mobilisieren, mit der Aktionswoche hingegen wird bewußt ein Rahmen geschaffen, um verschiedenste politische Aktionsformen zu ermöglichen.

Ob Fidel Castro nun im September nach Berlin kommt und hier Standpunkte und Interessen der Schuldnerländer vertritt, ist noch offen. Auf jeden Fall war es höchste Zeit, daß wir uns dem Geschehen auf der karibischen Insel wieder einmal ausführlicher widmen. Gerade angesichts der weltweiten Diskussion über "Glasnost" und "Perestroika" gilt es, auch die kubanischen Erfahrungen und Debatten nicht aus dem Auge zu verlieren, zumal hier interessante Kontraste deutlich werden. So kam der Schwerpunk dieses Heftes zustande, der vielleicht auch so manchen Kuba - Touristen in diesem Somer noch einige wichtige Informationen bieten kann, wenn es sich dabei auch nicht gerade um Reisetips handelt.

## **KUBA**

## »Rectificacion«: Die große Rolle rückwärts

Als Probleme werden die gleichen benannt: Das Land ist in einer tiefen Krise, Korruption ist allerorten an der Tagesordnung, die Arbeitsmoral ist niedrig, Ressourcen werden vergeudet, die Betriebe arbeiten ineffizient, die erzeugten Produkte haben sehr schlechte Qualität. Doch wenn es darum geht, auf welchem Weg und mit welchen Methoden diese Mißstände überwunden werden sollen, tun sich zwischen Gorbatschow und Castro Abgründe auf. Die kubanische "Rectificación" (Korrektur) scheint kaum weniger als das genaue Gegenteil der sowjetischen "Perestroika" zu sein.

Was für Gorbatschow die Lösung, ist für Castro die Ursache der Krise. Das zentrale Element der sowjetischen Wirtschaftsreform ist die verstärkte Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen. Die Fehler hingegen, die die "Rectificación" korrigieren will, sind eben diese marktwirtschaftlichen Mechanismen, die sich in den letzten Jahren - in bescheidenem Maße - in Kubas Wirtschaft entwickelt haben. So hat die kubanische Regierung vor kurzem das vor drei Jahren eingeführte Wohnungseigentumsgesetz wieder aufgehoben, denn indem es das private Vermieten von Wohnungen erlaubte, habe es zur Herausbildung von Wohnungsspekulanten geführt; den nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage funktionierenden "freien Bauernmärkten" wurde per Gesetz ein Ende bereitet, da sich hier vor allem Zwischenhändler bereichert hätten; private Lizenzen für Händler und Kleingewerbetreibende sollen abgeschafft werden; für die Bauern genossenschaften steht mittelfristig die Umwandlung in Staatsbetriebe auf dem Programm der "Rectificación".

Die verstärkte Eigenständigkeit der Betriebe, die dadurch zu Rentabilität und Effizienz gezwengen werden sollen, ist eines der wesentlichsten Ziele des Umbau-Programms, das Gorbatschow der UdSSR verordnet hat. Für den "máximo lider" der Karibikinsel hingegen sind es genau Ansätze hierzu, die Kuba vom "richtigen Weg" abgebracht haben. "So haben sich auch einige Betriebsdirektoren in Koofmichs vom Typ 'kapitalistische Händler' verwandelt" wettert Fidel. "Das erste, was sich ein revolutionärer Kader fragen muß, ist nicht 'Wie kann mein Betrieb am meisten verdienen?', sondern 'Wie kann ich den höchstmöglichen Gewinn für das Land erzielen?'." Auch materielle Anreize für die Arbeit sind zu korrigierende Abweichungen vom "camino correcto". Fidel Castro setzt dem eine große moralische Kampagne entgegen, die die "revolutionären Ideale" wieder zur Antriebskraft der kubanischen Wirtschaft machen soll. Che

Guevara wird immer wieder als leuchtendes Beispiel beschworen: "Wenn man dem Che gesagt hätte, daß das Geld eines Tages auf dem Weg sein würde, sich zum Hauptmotivationsinstrument des Menschen zu entwickeln, wäre es ihm, der so oft davor gewarnt hatte, kalt über den Rücken gelaufen!" Statt "Prämien und noch mehr Prämien und Prämien aller Art" fordert der inzwischen 61-jährige Revolutionsführer die Rückbesinnung auf das Heldentum und die "neue Moral" des "neuen Menschen": "Die Menschen, die Heldentaten vollbringen, müssen wir zu Vorbildern machen; wir würden sagen, daß diese Menschen die Losung 'Wir werden wie der Che sein!' erfüllen. Sie arbeiten wie der Che arbeiten würde."

"El primer deber del revolucionario es el trabajo" - die erste Pflicht des Revolutionärs ist die Arbeit - prangt es so auch groß von den Plakatwänden. Beispiele von Arbeitern, die täglich 12-14 Stunden arbeiten, und bitten, danach - in ihrer Freizeit - noch ein Wohnhaus für den Eigenbedarf bauen zu können, haben in Kuba zur Zeit Hochkonjunktur. Zur Lösung der Finanzprobleme des Staates wird "freiwillige Arbeit" propagiert und in massiven Kampagnen organisiert. Castros "Rectificación" setzt auf politische Erziehung, nicht auf ökonomische Mechanismen.

Es fällt schwer, zu glauben, daß Kuba mit moralischen Appellen aus der schweren Wirtschaftskrise geführt werden kann. (Schon Brecht wußte, daß die Moral erst nach dem Fressen kommt...) Und die be-



Mit Enthusiasmus in die "rectificación"?

schlossene Verschärfung der Zentralisierung und Staatskontrolle der Wirtschaft dürfte vor allem die Bedeutung von Schwarzmarkt, Schwarzarbeit und Schieberei weiter erhöhen.

Konflikte lassen sich unschwer vorhersehen: Zwischen der "Generation der Revolution", die noch fast ohne Ausnahme alle wichtigen Posten und Ämter besetzt hält, und der nachkommenden Generation, die die Revolution nicht selbst bewußt miterlebt und miterkämpft hat, und für die beim angesagten Gürtel-enger-Schnallen die Rückbesinnung auf den Guerilla-Kampf und die "revolutionäre Moral" - verständlicherweise - nicht mehr so überzeugend klingt.

Konflikte aber auch zwischen Kuba und der UdSSR: Wenn sich sowjetische Betriebe in Zukunft "rechnen" sollen, wird dies bald auch von dem "Betrieb Kuba" gefordert werden. Betriebe, die nach Kosten-Nutzen-Rechnungen effizient arbeiten müssen, werden nicht begeistet sein, wenn sie den kubanischen Zucker zum Sechs-fachen des Weltmerktpreises einkaufen müssen. Wenn die Sowjetunion - nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen - ihre Truppen aus Afghanistan abzieht, will sie wohl kaum noch lange weiter mit ihren Hilfeleistungen für die Karibikinsel indirekt die kubanischen Truppen in Angola finanzieren. Über die "moralische Pflicht", aufgenommene Kredite auch zurückzuzahlen, gab es bereits verbale Scharmützel zwischen Moskau und Havanna. Die weitere Entwicklung der sowjetisch-kubanischen Beziehungen - zum Beispiel die Neuverhandlungen über das 1990 auslaufende Fünfjahres-Wirtschaftsabkommen - birgt so einiges an Explosivität für die wirtschaftlichen Grundlagen des Entwicklungsmodells Kuba.

## Das Meer ist groß und tief

Steht Cuba vor dem Sündenfall? Seit 1982 wird an Atomkraftwerken gebaut, und nichts deutet auf einen Kurswechsel in der Energie-politik hin. Was der mitteleuropäischen Linken als Inkarnation industriegesellschaftlicher Unvernunft gilt, betrachtet Castro als alternativlosen energiepolitischen Weg in die Zukunft. Die LN dokumentieren einen Reisebericht Jutta Ditfurths über Ökologie, Umweltbewußtsein und Atomenergie in Cuba.

Die Bucht bei Cienfuegos hat die Form eines schiefen fränkischen Bocksbeutels. Am Flaschenhals steigen wir auf ein kleines Fährschiff um, ein gelber Werksbus wartet auf der anderen Seite. Es ist rund drei Uhr nachmittags, die Luft klirrt vor Hitze, und auf den Sisalfeldern liegen Zeburinder, die keine Milch geben. Uns kleben die Kleider klatschnaß auf der Haut, und der Bus wirbelt Staub auf wie im besten mexikanischen Western. Wir sind die ersten westdeutschen Besucher auf dem Werksgelände, sagen unsere Begleiter vom Außenministerium.

Die letzte Häuseransammlung vor dem AKW-Baugelände wird beherrscht von einem Wasserturm mit der Aufschrift "Ciudad Nuclear",



Das Baugelände in Cienfuegos

Atomstadt: die <sup>°</sup>Siedlung der AKW-Arbeiterinnen und Arbeiter. Ab jetzt herrscht striktes Fotografierverbot. Irgendwo in der Landschaft liegt das radiologische Labor und dann, vielleicht zehn Kilometer westlich von Cienfuegos und fünf Kilometer östlich vom Dorf Joraguá ein hellblaues Häuschen im Staub, die Eingangspforte zu einem Werksgelände voll hektischer Aktivität. Auf einer Gesamtfläche von circa dreißig Hektar sehen wir Oxidationsbecken, rund zwanzig Kräne, Baugerüste und die beiden ersten von vier geplanten – Reaktoren, im Rohbau vielleicht zenn Meter hoch.

"Wir brauchen keinen Kühlturm, das Meer ist eine unendliche Quelle, das Meer ist groß und tief", sagt der Ingenieur und zeigt uns den künstlich geschaffenen Zugang zum Meer. Die Entfcrnung zum Meer soll drei Kilometer betragen, mir erscheint sie erheblich kürzer. Eine Siesta, die lange Mittagspause in vielen heißen Ländern, gibt es hier nicht, in ganz Cuba nicht. An wenigen anderen Orten in Cuba haben wir ein solches Arbeitstempo gesehen, alles scheint in den Ausbau der Atomenergie gesteckt zu werden: Arbeitszeit, Maschinen, Geld.

"No!", nichts, rein gar nichts ist nach Tschernobyl an Planung oder Ausführung geändert worden. Das sei ein "anderer Reaktortyp", mehr als zwanzig Jahre alt, also "gut erprobt", die Atomenergie sowieso eine "vorübergehende Etappe", die Zukunft die Fusionsreaktoren. Also weiter auf dem Atompfad in die Zukunft, alles bleibt erstmal wie geplant.

Die cubanischen Verantwortlichen wollen drei Atomkraftwerke. Im Westen der Insel bei Mariel, im Osten bei Holguin und hier in der Mitte bei Cienfuegos. Alle drei sind Druckwasserreaktoren des etwa zwanzig Jahre alten Typs WWER-400, der Exportschlager der Sowjetunion in Sachen Atomkraftwerke: AKW Dukovany in Südmähren, CSSR, AKW Nord in der DDR, AKW Kosloduj, Bulgarien und neben anderen – das AKW Loviisa in Finnland. Für den WWER gilt im allgemeinen:

"Gefürchtet bei Druckwasserreaktoren ist das Auftreten eines größeren Lecks im ersten, unmittelbaren Kühlkreislauf des Reaktors. Falls eine Haupt-Kühlwasserleitung abreißt, gilt dies als "größter anzunehmender Unfall"(GAU): Dann droht der Druck des ausströmenden radioaktiv verseuchten Dampfes das Reaktorgebäude zujsprengen...und infolge ungenügender Kühlung droht der Kernbrennstoff zusammenzuschmelzen..." Das heißt, bereits bei relativ kleinen Lecks kann das Gebäude auseinanderfliegen. (Vgl. Projektbereich Ökologie der VDS, Atomenergie International, Bochum 1978.)

Hier in Cicnfuegos sind 1600 Megawatt geplant (wie auch in Mariel und Holguin), vier Atomreaktoren mit je 400 Megawatt.

Zwei Reaktoren mit je 400 Megawatt sind seit 1982 im Bau und sollten 1990 fertig sein, vermutlich wird es 1991 worden.

Der WWER sei "besonders sicher", und man "mache ihn besonders sicher", erfahren wir. Ausgelegt gegen Erdbeben der Stärke acht, gegen hohe Wellen bis 25 Mctcr und gegen Flugzeugabstürze aus 200 Metern Höhe, ist alles "kein Problem". Gegen Bomben aus den USA, deren Handelsembargo und Zentralamerikapolitik einen guten Teil der Rechtfertigung für Atomenergie hergeben, haben die cubanischen AKW-Bauer keine Sicherheit.

Pläne zeigen, wie der Reaktor aussehen wird: eine dicke Scheibe wie aus einem Baumstamm, auf einem runden Sockel kleineren Durchmessers. Obenauf eine halbrunde Kappe mit noch kleinerem Durchmesser und ein schmaler hoher Schornstein. Einmal im Jahr werden die Brennelemente gewechselt, alle elf Jahre soll die Anlage zwecks Instandhaltungsarbeiten abgeschaltet werden.

Fidel Castro hat sich - nach möglichen Zweifeln nach Tschernobylentschieden: für die Atomenergie. Am 26.Juli 1986 sagte er in seiner Rede in Sancti Spiritu: "Wir können mit Sicherheit sagen, daß dieses Atomkraftwerk sicherer sein wird als irgendeines der Atomkraftwerke in den Vereinigten Staaten... (es wird) mit absolut sicherer Technologie gebaut (sein)... und darüber hinaus wird es mit hochqualifiziertem wissenschaftlichen und technischen Personal ausgerüstet".

Mit diesem "hochqualifizierten" Personal geraten wir in Streit. Es können "zwei von drei Systemen ausfallen, es passiert nichts". Und was ist, wenn drei von drei ausfallen? Die Frage wird nicht beantwortet. Fehler des Personals sind nicht so schlimm, weil notfalls die Automatik in der Lage ist, "ohne die menschliche Hand abzuschalten". Und wenn die Automatik versagt? Irritiertes,

etwas verwundertes Lächeln. Wir sind die ökologischen Spinner aus Europa.

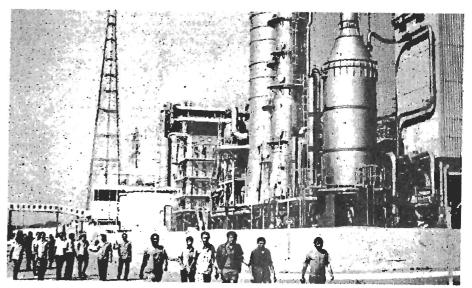
Natürlich, an die Luft geht nichts ab und an das Wasser auch nicht. Aber das wäre ein technisches Wunder? Na gut, es sind "winzige Mengen", "alles kein Problem", ganz bestimmt ungefährlich, "beim Fernsehen kriegt man doch viel mehr Strahlung ab" – bekannte Argumente. Über Niedrigstrahlung zu reden, die radioaktive Umweltbelastung im sogenannten ungestörten Normalbetrieb von Atomanlagen, erweist sich als völlig aussichtslos.

#### Keine Alternative

"Der Gebrauch dieser neuen Energiequelle, der Atomkraft, (ist) wesentlich für unser Land, denn wir haben keine Alternative", behauptete Fidel Castro am 26.Juli 1986.

Cuba, das Land der ersten lateinamerikanischen Revolution, glaubt keine Alternativen zur Atomenergie zu haben? Gut, keine eigene Kohle. Zu wenig eigenes Öl? Von der gegenwärtigen Förderung von 400.000 Tonnen Öl will man im neuen Fünfjahresplan auf 1.000.000 Tonnen eigene Förderung kommen. Bolanos, Ex-Vizeaußenminister, ist noch ehrgeiziger: 2.000.000 Tonnen Öl sollen langfristig gefördert werden, meint er im Gespräch mit uns. Noch mehr von den 17.000.000 Tonnen Öl, die jährlich aus der Sowjetunion importiert werden, sollen gegen konvertierbare Währung reexportiert werden.

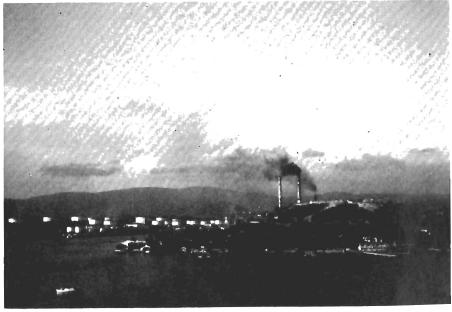
Keine Alternative? Gut, das Öl soll Devisen bringen, und Gubas Flüsse, träge und blau-grün, sind kurz und nicht sehr kräftig.



Das Düngemittelwerk Cienfuegos

Aber Energie gibt es in Cuba im Überfluß: Sonne, Wind, Biogas zum Beispiel.

Technologische Entwicklungen sind nie rein technische Fragen, sondern immer und überall immens politische und ideologische. Das ist in Cuba nicht anders. So wie Cuba Ärztinnen und Lehrerinne in befreundete Drittweltländer schickt, aus Solidarität und politischer Klugheit, so läßt das Land selbst viele Wissenschaftler/innen und Techniker/innen in der DDR und in der Sowjetunion ausbilden. Das bedeutet oft genug nicht nur das Erlernen von Fertigkeiten und Faktenwissen, sondern die Übernahme von traditionellen technologischen Pfaden, von harten Technologien, die unter den Konkurrenzbedingungen eines kapitalistischen Weltmarktsentwickelt und gebaut wurden und Umweltschutz rücksichtslos



Industrieanlagen in Santiago de Cuba

vernachlässigen. Marx sagte: Der Kapitalismus zerstört den Arbeiter und die Erde. Viele unserer cubanischen Gesprächspartner sprechen über die Natur, als böte diese unerschöpfliche Ressourcen und als ließen sich alle Schäden, die wir ihr zufügen, mit Hilfe von weiterem technischen Fortschritt doch wieder in den menschlichen Griff kriegen. Der Glaube vieler unserer Gesprächspartner und -partnerinnen an einen fast automatischen gesellschaftlichen Fortschritt durch größtmögliches Wirtschaftswachstum scheint grenzenlos. Während die UdSSR mit der Bundesrepublik im April 1987 einen Vertrag über die Lieferung von rund einem Dutzend Atomanlagen in die Sowjetunion abschließt, pünktlich

zum Jahrestag von Tschernobyl, werden die alten sowjetischen Anlagen auch in Länder der sog. Dritten Welt geliefert. Da, wo die UdSSR und die DDR selber so verzweifelt versuchen, das Wachstums- und Fortschrittsmodell westlicher kapitalistischer Länder zu kopieren, landen die Kopien dieser ökologischen und sozialen Fehler, zum Beispiel in Form ausrangierter Technologie aus der Sowjetunion, eben auch in Cuba und über Cuba in weiteren Ländern der "Dritten Welt".

#### Atomkraftwerke neben Tourismuszentren

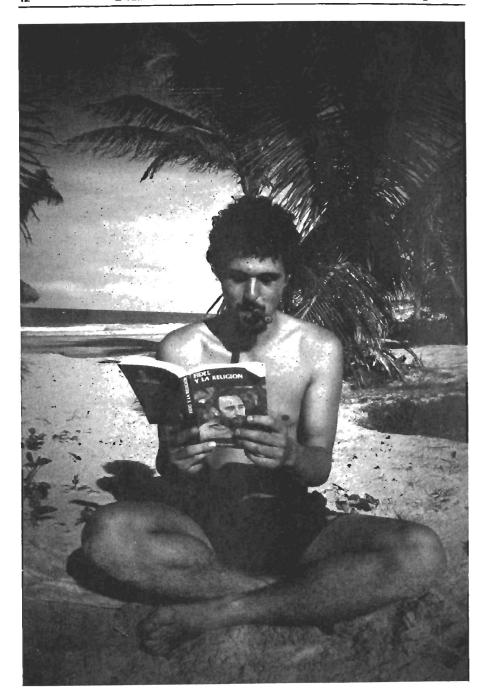
Juli/August 1988

Cuba ist ungeheuer reich an natürlichen Ressourcen und zielt auf eine Energiepolitik, die diese Natur schleichender Radioaktivität aussetzen wird, ganz zu schweigen von Reaktorunfällen, die den karibischen Raum verwüsten würden und aufgrund der Windrichtung auch bei uns Folgen hätten, ganz abgesehen von weiteren Folgen für das Ökosystem Erde. Und Cuba ist dabei, sich mit diesem Weg selbst immense wirtschaftliche Probleme einzuhandeln: Es könnte sich, neben den Betriebs- und Folgekosten für Atomenergie, langfristig den Zugang zum "weißen Gold", dem Tourismus, abgraben.

Noch ist Cuba - bei allen Transport- und Verteilungsproblemenein Paradies für müde Mitteleuropäer, die Giftalltag und nervenzerfetzende Hektik ihrer Länder hinter sich lassen wollen.

Nicht west von der "Bocksbeutel-Bucht" von Cienfuegos, etwas östlich Richtung Trinidad, liegen Touristenzentren wie Rancho Luna. Dicht und laut bevölkert mit Menschen aus Italien, Frankreich, der Bundesrepublik und anderswoher. Wie die Gold(sprich: Dollar)grube Cayo Largo, ein Korallenriff mit unglaublichen Sandstränden, Pelikanen und Unterwasserwildnis, liegt auch dieses Tourismuszentrum im Einzugsbereich des Reaktorkühlwassers. Schlimm genug, daß mit aller Macht bei Cienfuegos die Industriezonen 1 und 2 hochgezogen werden - praktisch ohne Umwelteinrichtungen.

Cienfuegos, erst 1819 gegründet, hat heute rund 340.000 Einwohner, davon 110.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Wo früher hauptsächlich Landwirtschaft herrschte - 72 Prozent des Bodens sind fruchtbar - begann nach der Revolution ein 2,4 Millionen schweres Investitionsprogramm. Rund die Hälfte des Geldes wurde in den Aufbau von Industriebetrieben in Cienfuegos gesteckt. Geplant sind zweiundfünfzig Betriebe, etwa zur Hälfte fertig, viele von ihnen "von nationaler Bedeutung", erzählt uns Daniel Diaz Andrades, der Bezirkssekretär des Exekutivkomitees der Bezirksversammlung der "Podcr Popular" in Cienfuegos. Unter diesen Betrieben sind eine Düngemittelfabrik, eine Zementfabrik, das Fischkombinat, das Milchkombinat, ein Wärmekraftwerk, eine Getreidemühlenfabrik, natürlich eine große Zuckerfabrik, der Ladehafen für Rohzucker mit circa 90.000 Tonnen Lagerkapazität, eine Erdölraffincric, die sechs Millionen Tonnen Erdöl verarbeiten kann, und fast hundert landwirtschaftliche Bauvorhaben. Wir



können einige der Betriebe besichtigen, waten durch die Bodendämpfe der Fischfabrik, in der Langusten der Marke "Caribbean Queen" cingefroren werden. Ich wundere mich über das Fotografierverbot - "Sicherheitsinteressen" - ausgerechnet in der Zuckerfabrik, die sich so gar nicht zu unterscheiden scheint von der, in die mein Großvater Ende der fünfziger Jahre in der Nähe von Hannover seine Rüben lieferte. Der Hafen von Cienfuegos ist immer von besonderer Bedeutung, zuerst als natürlicher Hafen. Man braucht ihn für die Wasserkühlung der Düngemittelfabrik und des Wärmekraftwerkes. Die Industriezone 1, die dreckigere von beiden, blieb am Hafen, die Zone 2, die "saubere", wurde wenige Kilometer entfernt hochgezogen. "Nach der Revolution konnten wir eine Reihe von Betrieben aus wirtschaftlichen Gründen nicht dicht machen, die eigentlich hätten geschlossen werden müssen", sagt uns ein Ingenieur. Heute sind Stillegungen bei extremer Umweltbelastung ohne weiteres möglich, doch wie die Praxis ist, konnten wir nicht herausfinden. Vor zwei Jahren wurde in Cienfuegos die erste auf Berufskrankheiten spezialisierte Poliklinik Cubas eingerichtet.

Die Ausbildung von "Spezialisten für Sicherheit und Hygiene", die Einrichtung von "Umweltkommissionen" und "speziell Beauftragten in den Betrieben" sollen mit den gesundheitlichen und ökologischen Folgen der Industrieentwicklung fertig werden. Wir sehen die gelben Naphtalinschwaden über der Düngemittelfabrik an, den Hafen, wo gerade ein sowjetischer Frachter Mais ablädt und Zucker holt, die Erdölraffinerie, die Abwässer der Fischfabrik und wissen, daß das nicht funktioniert. Ökologie ist hier in Cienfuegos allenfalls nachbereitender, unzureichend reparierender Umweltschutz - wenn überhaupt - und nirgendwo Bestandteil einer ökologisch weiterentwickelten Form der Produktion.

Cuba ist Vorbild für viele Länder der sog. Dritten Welt, die sich aus kolonialer Abhängigkeit befreit haben oder sich aus der Abhängigkeit von den USA lösen wollen. Was in Cuba geschieht, hat wesentlich mehr außenpolitischen Bedeutung - nicht nur in Lateinamerika - als das in der Bundesrepublik wahrgenommen wird.

Cuba strotzt vor Kontrasten. Im Süden die Schornsteine von Cienfuegos, mit deren Dreck allerdings so manch eine Mangosaftfabrik im Osten, am Rand der Sierra Maestra oder die Batteriefabrik bei Manzanillo mithalten kann. Im äußersten Osten der Insel die kleine Stadt Baracoa, weit ins Meer gewandt, hinter Bergen verborgen, als ob sie der Rest von Cuba nichts anginge. In urwaldähnlicher Vegetation stehen indianische Pfahlbauten, und im endlos trägen Fluß, der sich durch Wald und Städtchen schleicht, stehen die Menschen in der Hitze stundenlang bis zur Brust im Wasser, am Ufer Seife und Handtuch, albern und reden miteinander. Weiter hinten wird ein alter LKW im Fluß gewaschen, genau wie die komplette Garderobe einer ganzen Familie, die sich vor uns halbnackt und kichernd unter einem großen

Busch versteckt. Es war der mühseligste Teil der Reise in diesen äußeren Osten; manchmal fährt auch ein Bus. Baracoa ist soweit weg, daß es hier spezielle Süßigkeiten und Arten von Nahrung gibt, die man ansonsten nirgendwo auf Cuba findet. Und Havanna ist weit.

## Poder Popular contra Schweinefarm

Rund hundertvierzig Kilometer östlich von Havanna liegt der Bezirk und die Stadt Matanzas, vielen bundesdeutschen Touristen bekannt als Bezirk, in dem Varadero liegt, Inbegriff von Strandurlaub, weiß, türkis, Sonne. Ehemalige US-Millionärsvillen verfallen oder wurden zu Hotels renoviert. Auf dem Weg nach Matanzas eine flache Küstenlandschaft, blickt man ins Landinnere, fühlt man sich in ein Kleintexas der fünfziger Jahre versetzt: alte, rostige Öltürme, kleine Ölpumpen, teilweise in Betrieb, Tanks. Matanzas selbst eine hübsche, nicht weiter auffällige Stadt. Im Bezirk an der Südküste auch die Playa Girón, die Schweinebucht, wo die USA mit Hilfe von Exilcubanern 1961 einen mißlungenen

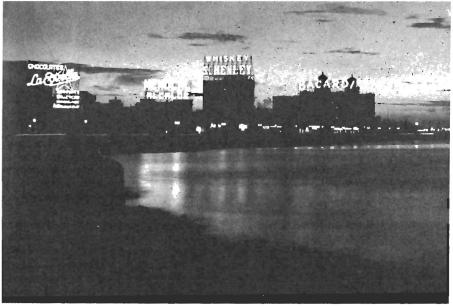


Invasionsversuch machten, zur Reinstallierung eines von den USA abhängigen, kapitalistischen cubanischen Regimes. Matanzas lebt von Zucker, Zitrusfrüchten, Öl und Tourismus. Wir treffen hier zwei politisch Verantwortliche, Ernesto Billa, ehemaliger Kinderarzt, Mitglied der Bezirksversammlung und zuständig für Umweltschutz, Wasser und kommunale Dienstleistungen, und Pedro Luis Ramirez, einen seiner Mitarbeiter. Nirgendwo auf Cuba haben wir bislang so offen über Umweltprobleme reden können.

"Das Politbüro hat jahrelang eine Binde vor den Augen gehabt, die es jetzt abgenommen hat", sagt Billa. 1983 beschloß man, zur Entwicklung des Umweltschutzes eine Umweltkommission einzurichten, die er leitet. Es gibt dicke Probleme. Papier- und Düngemittelfabriken verdrecken die Luft. Ein großes Problem ist die Abfallbeseitigung. Man wußte "noch lange nach der Revolution nicht, welche Zusammensetzung der Abfall hatte". Das Wasser ist vielfach gefährdet, von der Industrie, von landwirtschaftlichen und kommunalen Abwässern und dem Öl.

Wieder das Öl. Gerade in diesem Bezirk soll verstärkt Öl gefördert werden. Bedroht sind hochwertige Grundwasserreservoirs. Der Zielkonflikt ist nicht gelöst, noch hoffen alle, beides zu bekommen, mehr Öl und sauberes Trinkwasser. Es gibt eine "Prämie für umweltbewußtes Bohren". Jetzt soll mit den ersten Bohrungen im Meer begonnen werden. Zuvor will man aber noch eine Reihe technischer Schwierigkeiten lösen. Die Ölspeicher sollen schräg angebohrt werden, und Hecken will man als optischen Schutz für die Touristen anpflanzen lassen. Unter der Erde soll eine Ölleitung von Matanzas nach Havanna gelegt werden. Im Sommer 1987 wurde mit den Bauarbeiten für die Teilstrecke nach Sta. Cruz del Norte begonnen.

Für diese unterirdische Erdölleitung gab es ein jugoslawisches und ein französisches Bauangebot, man entschied sich für das französische. In die Bucht von Matanzas, die einen großen Badestrand hat, soll ein Hafen für Erdölsupertanker. Gleichzeitig hegen Billa und Ramirez die trügerische Hoffnung, daß dies keine nennenswerten ökologischen Folgen für die Bucht haben wird. Aber was sollen uns die beiden auch anderes sagen, bei den ökonomischen Problemen, die Cuba hat, nachdem es aufgrund von Embargos, jahrelanger Dürre, fallenden Zuckerpreisen, fallen-



Sauberes Wasser in Havanna?

den Ölpreisen, hoher Verschuldung im Herbst 1986 ein fünfjähriges Sparprogramm festsetzen mußte?

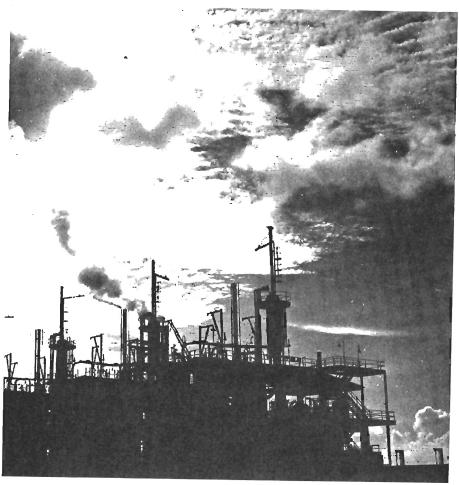
Eine Rumfabrik bei Matanzas vergiftet durch 1500 Kubikmeter Abwasser täglich das Wasser. Ihr wurde ein Ultimatum gestellt: das Problem zu lösen, oder sie wird geschlossen. "Eine Kläranlage nach der anderen wird hochgezogen", berichten unsere Gesprächspartner. Von zwanzig Zuckerfabriken im Bezirk Matanzas haben erst sechs eine. Aber bei genauerem Nachfragen stellt sich heraus, daß diese Kläranlagen nur Klärbecken sind, mit geringer biologischer Reinigungskraft. Woanders sieht es nicht besser aus... An den meisten Orten gibt es nichtmal Klärbecken, geschweige denn Kläranlagen. In Havanna zum Beispiel stehen von sieben geplanten Kläranlagen erst eine und eine halbe. Die Ursachen hierfür sind allerdings ganz andere als zum Beispiel in der reichen Bundesrepublik. In Cuba geht es nicht um Profit, und - mal abgesehen vom unterentwickelten ökologischen Bewußtsein bei einigen Verantwortlichen - Cuba hat kein Geld. "5000 Schweine machen soviel Dreck wie eine ganze Stadt mit 50.000 Menschen", sagt Billa, und daraus will so manch ein Schweinefarmleiter keine Konsequenzen ziehen, Unwissen paart sich mit Ignoranz, wissen Billa und Ramirez. Die Umweltkommission von Matanzas hat hier ein wirkungsvolles Mittel gefunden. Zu unserer Überraschung sehen wir einen Umweltfilm auf Video-Cassette, hergestellt in Verantwortung der "Poder Popular". Ein Schweinefarmdirektor hatte die Warnungen der Behörde nicht ernstgenommen und wird nun vorgeführt. Er muß im Film - der zwecks Umweltaufklärung im Bezirk, besonders in den Schulen, gezeigt wird erklären, wie er die Abwässerprobleme lösen will. Und der Leiter einer Fabrik, die Zitrusfrüchte verarbeitet, hat eigenmächtig ausgerechnet die Planstellen wegrationalisiert, die für die Klärung der Abfälle notwendig waren, auch ihm werden die Leviten gelesen. Die Rumfabrik in der Bucht von Cárdenas hat mit ihren Giften tausende von Fischen getötet, die jetzt den Bildschirm füllen.

Hier in Matanzas gibt es Ansätze für langfristiges Umdenken. Seit man weiß, woraus die Abwässer bestehen, kann man die Ursachen nicht länger ignorieren. Die rund zwanzig verwendeten Pestizidbehandlungen in umliegenden landwirtschaftlichen Betrieben hat man auf vier bis fünf reduziert. Ich überlege, wie man wohl Cuba auf den Biotrip kriegt, und wie die Fruchtfolgen auf den Äckern in einer tropischen Landwirtschaft aussehen könnten.

Carlos Rafael Rodríguez, Fidel Castros Stellvertreter, ist ein alter Mann mit wachem, humorvollem Gesicht. Er ist klug und hat sich über unsere Besichtigungen und Streigespräche informieren lassen. Nun sitzt er uns in seinem kalt klimatisierten Büro im Hochhaus des Staatsrates am Platz der Revolution in Havanna gegenüber und zeigt sich offen für unkonventionelle Ideen. Unter anderem bei ihm finden wir ein Bewußtsein für ökologische Probleme, das wir bei einigen der Dreißig- bis

Vierzigjährigen vermißt haben. Er ist ehrlich oder klug genug, nichts zu beschönigen: "Wir haben in der Vergangenheit zum Teil schlecht gearbeitet, wir hatten kein kollektives Bewußtsein von Umweltschutz, es gab nur ein individuelles. Wir haben Fehler bei der Errichtung von Fabriken gemacht". Atomenergie? "Wir sind offen für Alternativen, offen für neue Ideen von unseren ökologischen Freunden aus Europa. Warum sollte Cuba nicht auf Atomenergie verzichten können, wenn wirklich bessere Alternativen vorhanden sind?"

Wir danken dem Elefanten Press Verlag für die Erlaubnis zum Abdruck des Artikels. Er ist in dem in diesem Heft besprochenen Länder-Bilder-Lesebuch "Cuba - Menschenlandschaften" enthalten.



Öl in Cuba

19

## Perestroika in der Freundschaftsgesellschaft

Das "Neue Denken" macht auch vor der "Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba" (FG) nicht halt. Die Wogen in der bislang klar DKP-orientierten/-kontrollierten "größten und bestorganisierten internationalistischen Vereinigung in der BRD" gehen hoch. "Die Demokratie muß innerhalb der FG beginnen", fordern da Mitglieder in Briefen an die Zeitschrift der FG, "Cuba Libre" (Mai 88): "Kein Austricksen mit erschlichenen Delegiertenkarten, kein Ausstellen unerlaubter Schecks, kein Vortäuschen nicht stattgefundener Redaktionsentscheidungen (...), kein Anbrüllen Andersdenkender als Verräter und Erpresser usw."

Cofordert wird die Aufgabe des Elite-Anspruchs, eine "pluralistische Freundschaftsgesellschaft, die nicht ideologische Auslese betreibt, sondern allen offensteht, die an besseren Beziehungen zu Kuba interessiert sind." Die Diskussion um "kritische Solidarität" in den 70er Jahren wird wieder ausgegraben. Die FG müsse endlich daraus lernen, daß anti-imperialistische Solidarität Kritik nicht ausschließt, ganz im Gegenteil. "Kuba ist sehr viel komplexer und widersprüchlicher, als unsere politische Psychohygiene verkraften kann. Aber das reale Kuba ist allemal lebendiger und liebenswerter als das sterile Abziehbild einer Revolution, das, in der Phantasie der Reinheitsapostel, von hier aus an den karibischen Himmel projiziert wird."

Es geht um eine politische Öffnung der Freundschaftsgesellschaft, aber nicht als verordnete "moralische Pflicht für Kommunisten, Sozialisten und Anti-Imperialisten", sondern durch ein Zugehen auf andere Gruppen, die freie Diskussion mit Grünen, Christen, Gewerkschaftern usw. "Wer gegen Gauweilers Aids-Politik ist, wird sich die Frage stellen dürfen, warum HIV-Positive in Kuba in einer Spezialklinik eingesperrt werden. Wer das Atomprogramm der Bundesregierung für lebensgefährlich hält, kann, wenn er nicht zur Schizophrenie neigt, von den kubanischen Atommeilern nicht entzückt sein. (...) Diese und andere Tabu-Themen darf es nicht geben."

Eine erste Reaktion der "Offiziellen" ist bereits in derselben Cuba Libre-Ausgabe vom Mai zu finden: Ein langer Artikel beschäftigt sich mit "Umweltpolitik in Kuba". "Der Artikel bezieht an manchen Stellen Positionen, die auch in der Cuba Libre-Redaktion nicht unumstritten sind", warnen die Redakteure vorab die Leser (die solch einer Warnung vielleicht gar nicht bedurft hätten...). Mit vielen interessanten Fakten, wenn auch sehr trocken, wird das Thema angegangen, werden Mißstände beschrieben. Lesenswert. Aber am Ende ist es dann doch die "hoch entwickelte Biotechnologie" Kubas, die kaum hinterfragt den Weg in eine bossere Zukunft weist. Aber immerhin. Bei den Kuba-Freunden tut sich was. Wenn der Kampf gegen die Scheuklappen fortgeführt wird, könnten die Freundschaftsgesellschaft und Cuba Libre für die Soli-Bewegung glatt wieder interessant werden. Und das wär doch was.

## **Kommt Castro?**

Die Alternative Liste Berlin hat Fidel Castro eingeladen, auf der Gegenveranstaltung zum IWF- und Weltbank-Treffen im September als Hauptredner zu sprechen. Thomas Fruth vom Anti-IWF-Büro der AL und Sabine Nitz-Spatz von der Abgeordnetenhaus-Fraktion waren vor kurzem in Kuba und haben dem bärtigen Alt-Revolutionär die Einladung überbracht. Über die Reaktion der Kubaner und über die in Kuba geführten Gespräche, über das, was der IWF ist, und das, was er nach Meinung Castros sein sollte, über die Streichung der Auslandsschulden der Dritten Welt und über Kubas Umgang mit seine eigenen Auslandsschulden haben die Lateinamerika Nachrichten Thomas Fruth befragt.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

LN: Wieso ist die AL bei der Suche nach einem Hauptredner für die Abschlußkundgebung gegen den IWF gerade auf Fidel gekommen? Thomas Fruth: Wir haben Fidel Castro eingeladen, weil er wohl der prominenteste Vertreter einer Position ist, die - wie es auch die AL fordert - für eine radikale Streichung der Auslandsschulden der Dritten Welt eintritt. Hinzu kommt natürlich auch, daß das kubanische Entwicklungsmodell einen besonderen Stellenwert in der Dritte-Welt-Diskussion hat.

LN: Was versprecht Ihr Euch davon, wenn Castro in Berlin auf der Abschlußkundgebung spricht?

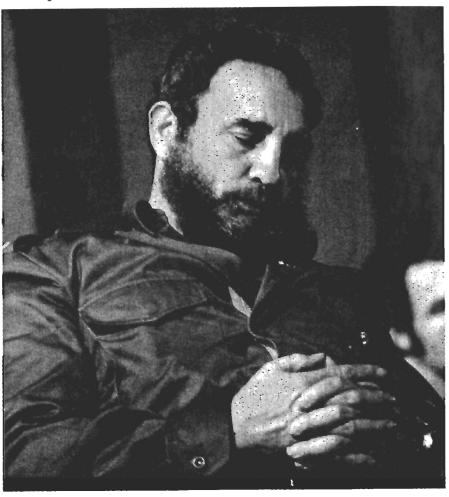
T.F.: Ich denke, daß damit ungleich mehr Menschen angesprochen werden können als durch eine Kundgebung mit weniger bekannten Leuten. Wenn jemand wie Castro sich hinstellt und öffentlich gegen diese Versammlung von IWF und Weltbank Position bezieht, hat das natürlich sehr viel größere Wirkung – besonders auch international – und übt einen ungleich größeren Druck aus auf die Regierenden hier, als wenn das weniger bekannte Personen sind.

IN: Wie war denn die Reaktion von Castro und den kubanischen Regierungsvertretern auf Eure Einladung?

T.F.: Unsere Einladung sowie die von dem Anti-IWF-Bündnis geplanten Gegenaktivitäten zur IWF/Weltbank-Tagung sind von den Kubanern in jeder Hinsicht positiv aufgenommen worden. Fidel Castro selbst wird in den kommenden Wochen über seine Teilnahme entscheiden, wobei nicht zuletzt auch aus Sicherheitsgründen damit zu rechnen ist, daß die Entscheidung erst relativ kurzfristig bekanntgegeben wird. Sofort und definitiv sein Kommen zugesagt hat aber der wohl bekannteste kubanische Wirtschaftsexperte, der Präsident der "Vereinigung der Wirtschaftswissenschaftler Kubas", Laureano León. Wir freuen uns sehr darüber, daß er am Gegenkongreß teilnehmen wird. Hier sind mit Sicherheit hochinteressante Diskussionen und Gespräche zu erwarten.

IN: Castros vor einigen Jahren propagiertes "Kartell der Schuldnerländer" ist ja nie zustandegekommen, und zur Zeit wird es eigentlich nicht einmal mehr diskutiert. Welche kurz- und mittelfristigen Lösungsansätze im Hinblick auf die Verschuldungsfrage stehen bei Castro denn gegenwärtig im Vordergrund?

T.F.: Zunächst einmal wird die Einberufung einer globalen Schuldenkonferenz gefordert, in der die Länder der Dritten Welt die Stimmenmehrheit haben sollen. Die Hauptforderung Castros ist aber vor allem die Streichung des als "illegitim" bezeichneten Teils der Auslandsschulden, der von den westlichen Industrieländern übernommen werden sollte. Zur Finanzierung wäre es ausreichend für den gesamten Betrag der Schulden, wenn dazu die Militär-Etats um nur 10-20% gesenkt würden.



IN: Was meint denn diese Unterscheidung zwischen "illegitimen" und "legitimen" Schulden?

T.F.: "Illegitim", so die kubanische Position, sind insbesondere die Schulden, die nach dem Amtsantritt Reagans entstanden sind. Es wird argumentiert, daß mit der unter Reagan begonnenen Hochzinspolitik der USA eine grundlegende Änderung in der Weltwirtschaft erfolgt ist, die die Schulden- und Zinslast der verschuldeten Länder massiv verstärkt hat. Und weder auf diese Zinspolitik noch auf die Politik der Dollar-Kurs-Manipulation hatten die Länder der Dritten Welt den geringsten Einfluß. Trotzdem müssen sie deren Folgen in Form riesiger Zinsen und sich weiter verschlechternder Austauschbeziehungen (Terms of Trade) tragen.

LN: Mir scheint diese Unterscheidung relativ willkürlich zu sein, denn so wahnsinnig gerecht und "legitim" waren die weltwirtschaftlichen Beziehungen vor Reagan ja nun auch nicht! T.F.: Nun, ich persönlich denke auch, daß es bei dieser Unterscheidung in erster Linie um die Frage der politischen Umsetzbarkeit einer Forderung geht. Im Hinblick auf andere verschuldete Länder, so ist wohl die Einschätzung der Kubaner, hat eine auf diese Weise etwas moderater formulierte Forderung eine größere Wirkung - zumal es sich im Ergebnis ja nicht groß unterscheidet, denn der allergrößte Teil der Schulden ist in diesem Zeitraum entstanden. In unseren Gesprächen mit den kubanischen Vertretern war dies aber auch ambivalent. Da wird schon gesagt, daß, ausgehend von kolonialer Ausbeutungsgeschichte, Neo-Kolonialismus, den ungerechten Austauschbeziehungen etc im Prinzip alle Schulden "illegitim" sind. Und das wär dann im Grunde die Position der AL, denn wir treten ja für die völlige Schuldenstreichung ein, ohne eine derartige Unterscheidung.

IN: Wie steht Castro denn - über die Forderung nach Schuldenstreichung hinaus - zu den Institutionen IWF und Weltbank?
T:F.: Castros zentrale Forderung ist, daß der IWF wieder auf die

T.F.: Castros zentrale Forderung ist, daß der IWF wieder auf die Funktion zurückgeführt werden muß, die er ursprünglich haben sollte: Für den Ausgleich kurzfristiger Zahlungsbilanzprobleme zu sorgen. Und das entsprechende bei der Weltbank: Sie soll sich um eine wirkliche Entwicklungsförderung kümmern – allerdings in Form von Zuschüssen, nicht Krediten. Abgelehnt wird hingegen die gesamte Politik der Strukturanpassung, die ja immer mit Eingriffen in die inneren Angelegenheiten, in die Wirtschaftspolitik der verschuldeten Länder verbunden ist.

Abgelehnt werden auch die neuesten Formen des Schuldenmanagements, die sogenannten "Debt-to-equity-swaps" (die Umwandlung von Schuldpapieren in Beteiligungskapital an einheimischen Unternehmen im Schuldnerland – d. Red.) und "Debt-to-nature-swaps" (Schuldpapiere werden dem Schuldnerland abgekauft, dafür müssen – beispielsweise – bestimmte Flächen zu Naturparks – unter Kontrolle des Schuldenkäufers – gemacht werden – d.Red.).

Als Voraussetzung für ein Funktionieren von IWF und Weltbank im

Interesse der Länder der Dritten Welt wird von Castro die innere Umstrukturierung und Demokratisierung dieser Organisationen nach dem Prinzip One Land - One Vote, Ein Land - Eine Stimme, gefordert. Wenn dieses Prinzip tatsächlich durchgesetzt wird, werden diese Institutionen die Politik machen, die dann Mehrheitsmeinung ist - und das werden nicht mehr die Metropolen sein.

In all diesen Punkten gibt es eine ganz weitgehende Übereinstimmung zwischen der Haltung Castros und den Positionen, die wir als AL vertreten.

IN: Jugoslawien, Ungarn, Polen, Rumänien und China sind inzwischen schon Mitglieder des IWF. Mit dem Gorbatschow-Kurs steht wohl auch der IWF-Beitritt der UdSSR in absehbarer Zeit ins Haus. Wie wird diese Entwicklung in Kuba gesehen, macht mensch sich da auch schon Gedanken über einen Beitritt zum IWF?

T.F.: Diese Frage haben wir in Kuba natürlich gestellt, und die Kubaner haben in allen Gesprächen betont, daß ein Eintritt Kubas in den IWF oder die Weltbank absolut nicht zu erwarten sei. Bezüglich der anderen Länder haben sie natürlich keine Wertung abgegeben. Die lakonische Antwort war, daß wir das diese Länder schon selbst fragen müßten, allerdings habe mensch vom angeblichen Beitrittswunsch der Sowjetunion nur aus den westlichen Zeitungen erfahren. Auch bei einem Eintritt aller sozialistischen Länder, so wurde uns wiederholt gesagt, sei kein entscheidender Einfluß auf die Politik von IWF und Weltbank zu nehmen.



LN: Wie sieht es denn mit Kubas eigener Auslandsverschuldung aus, denn auch Kuba hat ja Schulden bei westlichen Banken?

T.F.: Zur Zeit führt Kuba - natürlich ohne den IWF - Verhandlungen mit den westlichen Banken, um seine Schulden ihnen gegenüber handhabbarer zu machen. Kuba kam seit 1986 in Schwierigkeiten bei der Rückzahlung seiner im Westen aufgenommenen Kredite, bedingt durch eine Reihe von Ereignissen: Das Sinken des Zuckerpreises auf dem Weltmarkt, große Ernteverluste durch Wirbelstürme, das Sinken des Weltmarktpreises für Erdöl. (Kuba erhält von der Sowjetunion sehr günstig Erdöllieferungen in großer Menge. Mit einem Teil davon deckt Kuba seinen Eigenbedarf, den größten Teil kann Kuba aber zu Weltmarktpreisen weiterexportieren, so daß Erdöl zu den wichtigsten Exportprodukten Kubas gehört - d. Red.)

Allerdings ist Kuba nur in vergleichsweise sehr geringem Maße bei westlichen Banken verschuldet. Der größte Teil der kubanischen Auslandsverschuldung ist gegenüber der Sowjetunion, mit der es auch bereits Umschuldungsverhandlungen gegeben hat. Die Konditionen hierbei sind jedoch ungleich günstiger, die Kredite haben sehr lange Laufzeiten, mit sehr niedrigen Zinssätzen – maximal 2 1/2% –, teils zinslos. So wurde die Schuldensituation Kubas von unseren Gesprächspartnern übereinstimmend als völlig problemlos angesehen.

IN: Es ist zu hoffen, daß sich diese Einschätzung nicht als zu optimistisch erweist. Gorbatschow rückt ja deutlich von dem bisherigen "Internationalismus" der Sowjetunion ab und wendet sich verstärkt dem "gemeinsamen Haus Europa" und der Entwicklung der UdSSR selbst zu. Damit werden sich in der Zukunft sicherlich auch für die sowjetisch-kubanischen Beziehungen Veränderungen und Umbrüche ergeben, die in ihrer Tragweite heute nur schwer abzuschätzen sind.



## **REZENSION**

## Cuba als LänderBilderLeseBuch

Cuba ist in den letzten Jahren zu einem beliebten - nicht zuletzt auch weil: billigen - Reiseland geworden. Der sporadische Revolutionstourismus ist Vergangenheit. Er ist verdrängt worden durch den kontrollierten Besucherstrom von Alternativ-Sonnensuchern und aufgeklärten Neckermännern und -frauen. Urlaub in Kuba ist in.

Genau darauf setzt das "LänderBilderLeseBuch CUBA" der Elefanten Press: Der Preis ist stolz, so richtig zum An-Cuba-Reisende-Freunde-Verschenken, großformatig, viele Bilder, schwarz-weiß, vermitteln Charme und Flair der Altstadt von Havanna, die tanzenden Alten, die trommelnden Schwarzen, die lachenden Frauen. Irgendwie alles nett. Der Revolutionär mit der Knarre in der Hand wird fast zur Folklore. Che liegt im Bett und liest Goethe.

Dazu 26 Berichte und Reportagen. "Ana erzählt. Der Stolz, Cubanerin zu sein"; "Boxen für Fidel"; "Mit Kolumbus fing das Unglück an"; "Brennendes Wasser. Wer den cubanischen Rum nicht kennt, kennt Cuba nicht" - Titel, die das versprechen, was sie dann auch halten: Nichts Neues, nichts Aufregendes. So glatt, es könnte eine Broschüre vom Tourismus-Ministerium sein.

So liest mensch über die Geschichte Kubas. Häppchen, locker lesbar auch am Strand. Zum Teil gut und informativ, zum Teil auch nicht. Über die Spanier und die Negersklaven. Über die "abenteuerlichen Stationen der Revolution" - ist Fidel denn Huckleberry Finn? - und "Augenzeugenberichte aus dem Guerilla-Krieg": "...Che: Ich blieb liegen. Ich schoß einen Schuß in den Berg, dem dunklen Instinkt des Verwundeten folgend. Sofort begann ich an die beste Art zu sterben zu denken in jener Minute, als alles verloren schien. Ich erinnerte mich an eine alte Geschichte Jack Londons ..." Wer's

lesen will.

Unter der Überschrift "El Che. Held - Idol - Legende" verbirgt sich die Frage: "Wer waren die Frauen, die er liebte?". Celia, Chichina, Hilda, Aleida, Tania, antworten die Zwischenüberschriften. Das erfordert wirklich schon recht hartgesottene Leser/innen.

In der zweiten Hälfte wird das Buch dann aber doch spannend. Die Themen verlassen das Folklorische, eigentlich: das folklorisierte Historische. Auf der Cover-Rückseite ist der schwarze Zuckerrohrarbeiter noch malerisch. Así es Cuba! Der Beitrag über Landwirtschaft jedoch verdirbt das Bild: Von den Exporterlösen der kolonialen Monokultur Zuckerrohr bestreitet Cuba 80% seines Staatshaushalts. Und Saccharin, Iglukose & co sind auf dem Vormarsch.

"Neue Verwertungsmöglichkeiten des Rohstoffs Zucker" sollen die Abhängigkeit vom Zuckerweltmarktpreis abbauen. Gemeint sein kann damit wohl nur - der Autor selbst verrät es nicht - das, was in Brasilien als großangelegtes "Pro-Alcool"-Programm läuft: Zucker wird zu Auto-Treibstoff. ökologisch ist's katastrophal.

Auch hervorragende Aufsätze finden sich in dem Buch. Wilfried Huismann schreibt einfühlsam über Glauben und Glaubenskrisen, Schwarze und Weiße. Afrikanische Religionen, Mythen, Riten, die sinnesfreudigen Götter des Waldes sind bei den Schwarzen Kubas lebendig geblieben. Lebendiger als manchen Recht ist, Fidel Castro söhnt sich da lieber mit der katholischen Kirche aus. Christliche Sexual- und Arbeitsmoral vertragen sich halt gut mit der "Pflicht des Revolutionärs zum Opfer, sowie zum genügsamen und bescheidenen Leben bereit zu sein". Castros Gespräche mit dem Katholiken Frei Betto sind ein Best-Seller. Im Politbüro sitzt jetzt ein Schwarzer. "Ach, du meinst den Alibi-Neger, den die sich da reingeholt haben?"

Der Beitrag über Atomenergie und Ökologie von Jutta Ditfurth hat uns so gut gefallen, daß wir ihn - mit Dank an die Elefanten Pressin diesem Heft der Lateinamerika Nachrichten abdrucken.

"Unser Ziel ist es, die Insel in den herrlichsten Ferienort und damit in das schönste und wichtigste Touristenzentrum der Welt zu verwandeln." Oktober 1959, Castro war gerade zehn Monate an der Macht. Die 2000 aus den USA angereisten Mitglieder der American Society of Tourist Agents waren's zufrieden. Wenig später ließ die Wirtschaftsblockade der Kennedy-Regierung Castros Pläne wie eine Seifenblase zerplatzen. Der Artikel von Thomas Wilde zeigt plastisch, daß Tourismus für Cuba keine Neu-Entdeckung ist. Eher feiert er zur Zeit sein Comeback.

Das bringt dem Land dringend notwendige Devisen. Aber auch - wie sollte es anders sein - Probleme: In Joint-Venture-Unternehmen gebaute Hotelanlagen nur für West-Touristen, Luxus-Läden für's US-Dollar-Shopping. Unerfüllbare Konsumbedürfnisse werden erzeugt. Der Schwarzmarkt blüht. (AIDS allerdings kommt weniger durch die Touristen auf die Karibikinsel als vielmehr durch die Kubaner, die in Angola und Äthiopien ihre internationalistische Pflicht erfüllt haben.)

Kuba als Reiseland. Ein Buch, das gemacht ist für Cuba-Reisende. Der Eindruck bleibt zwiespältig. Neben etlichem Mittelmäßigem, Seichtem, auch unbedingt Lesenswertes, gute Artikel, die wenig bekannte Seiten Kubas zeigen, interessante Gedanken entwickeln, wo das Lesen Spaß macht. Ob sich's lohnt für das Geld, muß nach Maßgabe des eigenen Portemonnaies entschieden werden.

Dorothea Bayer, Rüdiger Liedtke, Günter Mletzko (Hg): LänderBilderLeseBuch CUBA - MenschenLandschaften; 128 S., ca. 80 Abbildungen; Elefanten Press (Berlin)

## **IWF**

## IWF-Kampagne - Lelio-Basso-Tribunal in Berlin

Vom 26. bis 29. September wird im Rahmen der Anti-IWF-Weltbank-Kampagne in Berlin ein Internationales Tribunal gegen die Politik der beiden Weltorganisationen stattfinden. Die Lelio Basso – Stiftung wird das Tribunal mit Beteiligung namhafter Vertreter aus Ländern der "Dritten Welt" organisieren.

1976, auf dem dritten und letzten Hearing des II. Russell-Tribunals zu Lateinamerika kündigte Lelio Basso die Gründung einer internationalen "Liga für die Rechte und die Befreiung der Völker" an. Bereits 1973 hatte er die Lelio und Lisli Basso Stiftung - ISSOCO (Institute for the Study of Contemporary Society) ins Leben gerufen. Die Stiftung, die in einem alten Gebäude im Zentrum Roms ihren Sitz erhalten hat, beherbergt dort eine außergewöhnlich reiche Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die Basso in 50 Jahren politischer Arbeit und des Studiums der Sozialgeschichte zusammengetragen hatte. Hier sollte es möglich sein, Forschung zu betreiben, während hinter der Gründung der "Liga für die Rechte und Befreiung der Völker" die Idee stand, den politischen Kampf zu strukturieren und ihm eine institutionelle Stütze zu geben. Mit der Organisation sollte das Ziel verfolgt werden, Initiativen zu unterstützen, die für die Emanzipation der Völker kämpfen, die Solidarität mit ihnen organisieren und die öffentliche Meinung weitgehender zu sensibilisieren.

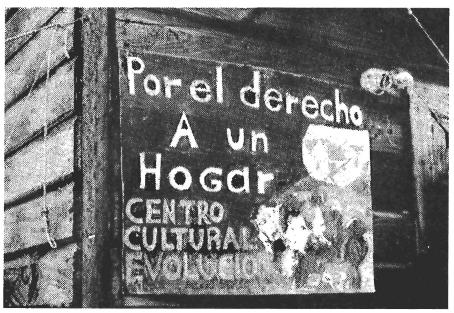
Einige Grundgedanken prägen das Denken Lelio Bassos und erklären auch seine Arbeit für die Stiftung und die Menschenrechts-Liga: Die tatsächliche Emanzipation der Arbeiterklasse der sogenannten "Alten Welt" ist unmöglich ohne die Unterstützung der Völker der "Dritten Welt".

Die politische Arbeit kann nicht getrennt werden vom Studium und der Forschung, wenn man nicht Gefahr laufen will, sich schrittweise von seinen ursprünglichen politischen Zielen fortzubewegen.

Aber auch umgekehrt gilt:

Man kann nicht politische und soziale Situationen untersuchen, ohne daß die Aktion das Studium verstärkt und reorientiert.

Basso selbst hatte Jura und Philosophie studiert, war während des italienischen Faschismus politisch verfolgt worden und hatte zwei Jahre im Gefängnis verbracht. Später hatte er maßgeblichen Einfluß auf die italienische Verfassung gehabt. Recht wurde von ihm nie ausschließlich als Instrument der herrschenden Klasse verstanden, sondern als widersprüchlicher Ausdruck des Klassenkampfes, als Ausdruck des Konfliktes zwischen zwei antagonistischen Rationalitäten um die Dominanz in der kapitalistischen Gesellschaft. So ist auch die Entwicklung des Rechtssystems, und das Entstehen der Menschenrechtscharta nur zu erklären durch den Kampf der Völker für ihre Emanzipation.



Für das Recht auf Wohnung

1966 engagierte sich Basso, der Mitbegründer der Sozialistischen Partei Italiens und zwischen 1946 und 1948 ihr Generalsekretär gewesen war, beim Russell-Tribunal gegen die Kriegführung der USA in Vietnam. Die Bedeutung des Tribunals für die Information und den langfristigen Umschwung der öffentlichen Meinung kann nicht überschätzt werden. Dennoch hat gerade Basso immer wieder hervorgehoben, daß die Funktion eines Meinungs-Tribunals nicht mit der eines durch einen Nationalstaat eingerichteten Gerichtshofes verwechselt werden sollte. Natürlich handele es sich um zwei verschiedene Autoritäten. Langfristig geht es jedoch auch darum. einem Menschenrechtsbegriff zum Durchbruch zu verhelfen, der die sozialen und kulturellen Rechte der Völker miteinschließt und sich nicht auf die Individualrechte beschränkt, wie ihn die westlichen Industrienationen nach wie vor in der UNO vertreten. Dieses Ziel hatte Basso auch mit der 1976 veröffentlichten "Erklärung der Rechte der Völker", die in Algier von Vertretern zahlreicher Befreiungsbewegungen aus der "Dritten Welt" erarbeitet worden war, verfolgt. In den 70er und 80er Jahren hat es zahlreiche internationale Hearings zur Menschenrechtssituation in Ländern wie z.B. Argentinien, El Salvador, Zaíre oder Afghanistan gegeben, an denen sich Lelio Basso bis zu seinem Tode im Dezember 1978 beteiligt hatte.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Im September wird auf dem Berliner Tribunal darüber verhandelt werden, ob IWF und Weltbank durch ihre Politik - besonders durch die mit der Kreditvergabe verbundenen Konditionalitäten - nicht nur herrschendes Völkerrecht verletzen, sondern auch die sozialen und kulturellen Rechte der Völker in den Schuldnerländern mißachten. Namhafte Vertreter aus Dritte-Welt-Ländern werden anwesend sein, so aus Lateinamerika Adolfo Perez Esquivel, Eduardo Galeano und Gabriel Garcia Marquez. Grundlage für die Anklageschrift werden Arbeiten sein, die zwischen dem 25. und 29. Januar auf der Nord-Süd-Konferenz von Nicht-Regierungs-Organisationen zur Verschuldung, Kooperation und Entwicklung in Lima vorgestellt wurden. Auf diese Arbeiten werden wir im nächsten Heft inhaltlich genauer eingehen.

MAFALDA, HEB DAS KLEID ALIF, DAS DU PA HINGESCHMISSEN HAST!



UND KH BIN PIE
WELTBANK, PER
CLUB OF ROME UNP
PER INTERNATIONALE
WÄHRUNGSFONDS!



KH BRAUCHE NIEMANDEM ZU GEHORCHEN, MAMA KH BIN DIE PRÄSIDENTIN!





## **BANKEN UND STAAT**

## Interview mit Thomas Hurtienne

Die Verstaatlichung der peruanischen Banken ist endgültig am Ende, die komplette Regierung mit dem eigens ins Amt gehobenen Ministerpräsidenten Larco Cox ist zurückgetreten, die Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas ist um einen gescheiterten Versuch reicher, die Machtfülle des privaten Kapitals einzuschränken und das nationale Bankwesen und die Devisenflüsse unter staatliche Kontrolle zu stellen. Grund genug für die LN, grundsätzlich nach Mechanismen und Strukturen im Verhältnis zwischen Staat und Bankwesen in Lateinamerika und dem Sinn und Unsinn von Bankenverstaatlichungen zu fragen.

Thomas Hurtienne ist Soziologe/Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin mit dem Schwerpunkt wirtschaftliche Entwicklung.

LN: Die meisten Staaten Lateinamerikas haben inzwischen gewählte bürgerliche Regierungen und nachwievor ein kapitalistisches Wirtschaftssystem. Wie stellt sich das Verhältnis zwischen Staat und Banken in diesen Ländern dar?

Th.H.: Das ganze Problem Staat und Banken müßte in der linken Diskussion insofern nochmal neu angegangen werden, als in Lateinamerika der größte Teil der Banken staatlich ist, was häufig vergessen wird. Es gibt das Problem eines gespaltenen Kreditmarkts. Der größte Teil der Investitionskredite wird in den meisten Ländern über die weitgehend staatlichen Entwicklungsbanken sowohl besorgt, als auch nach Kriterien verteilt, die nicht immer Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit widerspiegeln, zwei im Bankensystem sehr wichtige Aspekte. Das Problem der Effizienz liegt darin, daß die Banken natürlich das als Kredit vergebene Geld wieder zurückbekommen müssen, um es wiederverleihen zu können. Von den Entwicklungsbanken ist das bisher immer so angegangen worden, daß man sich primär nach den staatlichen Planungsvorgaben richtete und subventionierte Kredite an die Sektoren vergab, die prioritär entwickelt werden sollten. In Brasilien und Mexiko z.B. war das in einer gewissen Phase die Kapitalgüterindustrie, in den 50er und 60er Jahren viel mehr die großen langlebige Konsumgüter produzierenden Industrien, wobei staatliche Kredite auch direkt in den Bereich der Privatwirtschaft und gerade auch der Multis gingen. Man kann sagen, daß in den großen Ländern Lateinamerikas mehr als 50% der gesamten Kreditsumme bereits über den staatlichen Kreditsektor vermittelt ist, und da kann man feststellen, daß die Entwicklungsbanken einerseits nach Effizienzberichten vorgehen, d.h. sie suchen

sich die Bereiche heraus, aus denen mit einem gewissen Rückfluss zu rechnen ist. Andererseits versuchen sie, das zu kombinieren mit den staatlichen Planvorgaben. Es werden auch subventionierte Kredite vergeben, deren Rückfluss nicht so sicher ist, was dann auch bei den Entwicklungsbanken zu großen finanziellen Schwierigkeiten führt.

LN: Welchen Stellenwert haben die privaten Banken?

Soweit ich das für die großen Flächenstaaten kenne, haben die privaten Banken überhaupt nicht die Rolle, die sie bei uns haben. Die privaten Banken sind fast nie in das Geschäft der Finanzierung von langfristigen Binneninvestitionen hineingekommen, es hat sie auch nicht interessiert. Sie haben immer nur Umlaufkapitalfinanzierung betrieben, d.h. sie haben kurzfristige Kredite vergeben, und sie haben natürlich in den 70er Jahren eine wichtige Rolle gespielt bei der Vermittlung der externen Kapitalzuflüsse, daher sind Privatbanken in Lateinamerika überhaupt nicht zu vergleichen mit Privatbanken bei uns. Wenn man Privatbanken in der BRD ansieht, weiß man, daß sie auch sehr Interesse an der Industrie haben, was wieder entsprechend zu kritisieren wäre, aber in Lateinamerika ist es eher andersherum. Die Hauptkritik an den Privatbanken läuft eigentlich darauf hinaus, daß sie sich überhaupt nicht an der Investitionsmitfinanzierung orientiert haben, sondern immer nur bei kurzfristigen Krediten und bei der Vermittlung von externen Krediten eine Rolle gespielt haben. Dazu kommt, daß sie auch an der internen Finanzspekulation ganz aktiv beteiligt waren. Insofern kann man schon sagen, auch wenn man nach kapitalistischen Kriterien vorgeht, daß die Privatbanken ihre Rolle nicht erfüllt haben, langfristige Kredite zu vermitteln.

Was bekannt, aber zuwenig untersucht ist, und auch von den Linken zu spät angegangen worden ist, ist das Kapitalfluchtsyndrom, das man eher als Propaganda der anderen Seite hinstellte, abgesehen von Argentinien, Mexiko und Venezuela, wo sie solche Dimensionen erreicht hat, daß es schon seit einigen Jahren heftig diskutiert wird. Es ist klar, daß die Privatbanken ein günstiger Weg sind, um solche Geschäfte zu tätigen, auf legale oder auf nichtlegale Weise Gelder zu verschieben.

LN: Steht die Vehikelfunktion der privaten Banken bei der Kapitalflucht im Interessengegensatz zum Staat, oder handelt es sich von Seiten des Staates eher um eine stillschweigende Duldung?

Th.H.: Ich glaube, daß es eine stillschweigende Duldung war. Das kann man vielleicht nicht für alle Länder sagen, aber für den großen Teil der Länder Lateinamerikas wurde das Problem der Kapitalflucht oder des Verschiebens von Geld erst zum Problem, als keine neuen Kredite mehr bewilligt wurden. Dann wurde es diskutiert, war aber kein großes Konfliktthema, bis so spektakuläre Fälle wie in Peru oder Mexiko eintraten und vor allem

deswegen, weil ein Großteil der politischen Elite dieser Länder selbst betroffen ist, d.h. die Kapitalflüchtlinge, die ihr Geld in sicheren Währungen mit hohen Zinsen anlegen, wo immer das auch sei, sind ein Großteil der politischen Elite.



LN: Nun ist die Kontrolle und Unterbindung der Kapitalflucht neben der Demokratisierung des Kredits eine Hauptintention der Bankenverstaatlichung in Peru gewesen. Ist die Verstaatlichung von privaten Banken ein geeignetes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen?

Th.H.: Ich bin da sehr skeptisch. Das beruht auch auf den Untersuchungen, die es darüber gibt, deren Ergebnis in der Regel ist, daß allein durch das Mittel der Verstaatlichung der privaten Banken man vielleicht ein bißchen die Kapitalflucht dämmen kann, diese aber immer noch ganz andere Wege findet. Machbar wäre so etwas z.B. in Korea oder bei einer Orientierung der Elite an langfristigen Zielen, im Sinne etwa einer Selbstbeschränkung, aber in Lateinamerika ist es nach meiner Einschätzung fast unmöglich, nur durch dieses Mittel die Kapitalflucht zu unterbinden. Die Bankenverstaatlichung hat nur dann Sinn, wenn sie Bestandteil eines größeren Programms ist, das die Rahmenbedingungen so verändert, daß die Gründe für Kapitalflucht nicht mehr vorliegen.

LN: Was könnten wichtige Elemente eines solchen Programms sein?

Ein wichtiger Punkt für ein solches Programm, jetzt unter kapitalistischen Verhältnissen, wäre, daß man notgedrungen begreift, so wie das (der peruanische Präsident, Anm.d.R.) García allmählich zu begreifen scheint und viele in Argentinien und Mexiko auch auf der Linken das begriffen haben, daß man das Problem der Kapitalflucht nur dann unter Kontrolle bekommt, wenn den Vermögenseigentümern irgendein Anreiz geboten wird, das Geld im eigenen Land zu investieren. Das ist natürlich keine entwicklungsförderliche Perspektive. Im Prinzip müßte gemacht werden, was Brasilien gemacht hat, finanzielle Anlagemöglichkeiten auf der Basis von hochverzinslichen staatlichen Schuldverschreibungen zu schaffen, von denen auch eine gewisse Sicherheit erwartet wird. Daher ist es Brasilien gelungen, die Kapitalflucht in Grenzen zu halten, was sich nach den dazu vorliegenden Daten z.B. gut mit Südkorea vergleichen läßt. Nur entsteht dann das Problem einer riesigen internen Verschuldung und eines hohen

Realzinsniveaus, um die Vermögensbesitzer daran zu hindern, das Kapital nach Miami zu transferieren. Das ist der Weg, der in einigen Ländern bisher gut funktioniert hat, nur steht er im Widerspruch zur Entwicklung im produktiven Bereich. In einem weitergehenden Programm wäre es notwendig, Wege zu entwickeln, die Rentabilität im privaten produktiven Sektor zu vergrößern, was allerdings zur Folge hat, daß man zwar Kapitalflucht verhindert, aber bestimmt nicht die Demokratisierung des Kredits erreicht und auch nicht unbedingt die Förderung der produktiven Investitionen.

LN: Dadurch, daß der Staat ohnehin einen großen Anteil am Kreditwesen hat, klingt die "Demokratisierungs des Kredits" als Argument für die Verstaatlichung der privaten Banken vorgeschoben. Ist die Demokratisierung des Kredits nicht zunächst eine politische Entscheidung des Staates in Bezug auf das von ihm kontrollierte Kreditvolumen?

Th.H.: Wenn es wirklich eine Verstaatlichung der Banken längerfristig geben würde, was ja weder in Mexiko noch in Peru der Fall ist, würde man sehen, daß die entscheidende Frage nicht die Verstaatlichung der Banken als solche ist und auch nicht die Demokraisierung des Kredits als solche, sondern die Demokratisierung der vorgelagerten Prozesse, der Entscheidungsfindung innerhalb des Staatsapparates. Erst einmal muß der Staat z.B. dadurch demokratisiert werden, daß die unteren Ebenen, die Gemeinden und Bundesstaaten, soweit es sie gibt, ein größeres Gewicht bekommen, daß es, obwohl das kostspieliger ist für die Banken, eine feste Quote für Kleinbauern gibt. Das war auch eine Vorstellung in Peru, und diese Vorstellung ist eigentlich nicht falsch, nur wird man das nicht durch die Verstaatlichung von Banken als einen isolierten Vorgang bewirken, sondern

dann, wenn sich auch die Formen, wie der Staat zu seinen Entscheidungen kommt und seine Mittel streut, demokratisiert werden. Unter kapitalistischen Verhältnissen gibt es noch unausgeschöpfte Möglichkeiten, für die aber z.T. noch die Programme fehlen, etwa die Stärkung der Verhandlungsmacht der Bauernorganisationen durch Druck von unten, damit Banken anders agieren und eine Demokratisierung des Kredits realisieren. Die Kehrseite ist immer die, das man ein gewisses Haushaltsdefizit als entwicklungsnotwendig ansieht, was der IWF gerade nicht will.

Die ganz andere Frage ist, welche Rolle das Kreditsystem in einem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg spielt, wofür es auch gute Beispiele gibt, das kubanische Beispiel etwa. Dort werden Kredite und Mittel auf eine ganz andere Weise nach planwirtschaftlichen Gesichtspußkten verteilt, wobei es auch schon Kritik gibt, daß dies nicht unbedingt eine Demokratisierung des Kredits ist. Zumindest wird das Entwicklungsziel, wenn man das nur rein ökonomisch begreift, doch eher erreicht. Man könnte sich natürlich vorstellen, daß heute ein Land wie Nicaragua, wenn wirklich ein Friedensvertrag zustandekommt, versuchen könnte, einen dritten Weg einzuschlagen.

LN: Eine gemischte Wirtschaft?

Juli/August 1988

Th.H.: Obwohl es heute mehr Kritiker an einem gemischten Wirtschaftssystem gibt als Befürworter, glaube ich, daß es da Möglichkeiten gibt, die allerdings darauf basieren müßten, die Rolle des Kredits und des Geldsystems, der Währung und der Wechselkurse auch von einem linken Standpunkt viel wichtiger und ernster zu nehmen. Wenn man z.B. in Nicaragua eine Währungsreform durchführt und den Wechselkurs wieder vollkommen künstlich festlegt, kann man schon vorhersagen, daß nach drei Monaten der Schwarzmarkt das alles wieder überrollt haben wird. Selbst beim Versuch, ein gemischtes System aufzubauen, müßte man noch das schwierige Problem der Behandlung dieses Schwarzmarktes in den Griff kriegen. Kann man ihn wirklich administrativ unterdrücken, was große Folgen hätte und z.T. auch gar nicht machbar ist? Welche Wege wären also gangbar, mit den sich dort bewegenden Geldern umzugehen, die oft von Leuten stammen, die im staatlichen Sektor Geld verdienen, aber kein Vertrauen in die einheimische Währung haben? Es müßten Systeme entwickelt werden in Richtung auf eine nachholende Entwicklung eines entwicklungsförderlichen Bankensystems, Man muß sagen, daß das Bankensystem unterentwickelt ist. Es ist viel unterentwickelter, als das in der Diskussion um die Verschuldungskrise den Anschein hatte. Die Unterentwicklung des Bankensystems und der Bankenfunktionen sowohl unter kapitalistischen Bedingungen, als vielleicht auch für nichtkapitalistische Entwicklungswege, hat etwas damit zu tun, daß der Zufluss von billigem Geld und Krediten, daß auch die Entwicklung von eigenständigen, an landesspezifischen Kriterien orientierten Bankensystemen blockiert worden sind.

## Wahlen in Mexico: Mehr vom Selben?

1 ATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Wenn der Leser und die Leserin dieses Heft in der Hand halten, hat in Mexico die Wahl des neuen Präsidenten bereits stattgefunden. Die beiden wissen daher mehr als die Redaktion jetzt, in der Produktionsphase des Heftes. Eines wissen wir aber jetzt schon, nämlich wer gewonnen haben wird: Carlos Salinas de Gortari, bis zu seiner Kandidatenkür Minister im Kabinett Miguel de la Madrids, ist für die seit Jahrzehnten die politische Bühne beherrschende Institutionelle Revolutionspartei (Partido Revolucionario Institucional / PRI) ins "Rennen" gegangen. Die wirtschaftliche Krise, die Koalition der linken Oppositionsparteien, die Stärke der Partei der Rechten, der PAN (Partido Acción Nacional und die Widersprüche in der PRI geben der Wahl vom 6. Juli jedoch eine bisher noch nie erreichte Sprengkraft.

Die Regierungszeit von Miquel de la Madrid (1982 - 1988): Monetarischer als der IWF

"Das wichtigste Gut der Nation ist ihre Bevölkerung: 75 Millionen Einwohner, wovon mehr als 70% jünger als 30 Jahre alt sind; in ihnen steckt die außerordentliche Kraft und Energie der Entwicklung." Miguel de la Madrid, heutiger mexikanischer

Miguel de la Madrid, heutiger mexikanischer Präsident, 1983.

Sechs Jahre unter Miguel de la Madrid haben Mexiko entscheidend verändert. Die Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 ermöglichte die direkte Intervention des IWF durch radikale Auflagen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Die Förderung des privaten Sektors, Reduzierung des Haushaltsdefizits, Streichung von Subventionen, Exportforcierung und Zahlung des Schuldendienstes wurden die Richtlinien der mexikanischen Regierung, um ein 'stabiles Wachstum' zu ermöglichen.

Die bis Mitte der 70er Jahre verfolgte Importsubstitutionspolitik wurde durch eine 'öffnung des mexikani-

schen Marktes' ersetzt, die 1986 mit der Mitgliedschaft Mexikos im GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) kulminierte. Vor dem GATT-Abkommen erhob die Regierung Steuern auf alle eingeführten Produkte von mindestens 5% und höchstens 100%. Ab 1986 blieben 68% der Importe völlig steuerfrei und die höchsten Importsteuern wurden auf 20% gesenkt.

Durch die seit 1982 erfolgten Abwertungen, Lohnstopps und drastischen Importrestriktionen konnten die Exporterlöse durch hohe Volumensteigerungen und sinkende Weltmarktpreise relativ stabil gehalten werden und eine positive Handelsbilanz erzielen. Dennoch war Mexiko nicht in der Lage, ohne Umschuldungen und neue Kredite den Schuldendienst zu leisten, der von 1982-1987 jährlich ca. 7% des Bruttoinlandsprodukt (BIP) betragen hat.

Diese neoliberalen Austeritätspläne sollten durch eine 'Umstrukturierung' der mexikanischen Wirtschaft begleitet werden. Subventionen für Grundnahrungs- und Transportmittel wurden drastisch gestrichen und die Privatisierung der staatlichen Betriebe, vom IWF gefordert, wurde in vollem Maße vollzogen. Während 1982 noch 412 Betriebe vom Staat geleitet wurden, reduzierte sich diese Zahl 1987 auf 110. Anfang dieses Jahres sollten auf der staatlichen Verkaufsliste sogar einige Teile der 1938 nationalisierten Erdölgesellschaft PEMEX stehen.

Die sozialen Folgen dieser 'Shock-Politik' sind unvorstellbar. Der Anteil des Lohneinkommens am BIP ist von 1977 bis 1987 von 39.6% auf 24.9% gesunken, und die Reallöhne der Arbeiter sind seit 1982 um 50% gefallen. Die Förderung der exportorientierten Großgrundbesitzer

#### EL CUARTO REICH Palomo



Juli/August 1988

"und die Preise steigen und steigen und steigen.."

"Ohne anzuhalten."



"Ich weiß nicht, wie hoch sie noch steigen."

"Nicht mehr viel..."



"...sie steigen nur so weit, bis wir nicht mehr 'rankommen!" treibt zusätzlich jährlich Hunderttausende von Landarbeitern in die Großstädte, die ohnehin weder Arbeit noch eine Infrastruktur bieten können.

Die verfolgte Austeritätspolitik trifft jedoch zum ersten Mal die mexikanische Mittelklasse. Zehntausende von Bürokraten mußten durch Sparmaßnahmen entlassen werden, und die überschwemmung mit importierten Waren seit 1986 treibt viele Klein- und Mittelbetriebe in den Bankrott. Sogar in Regierungskreisen wird vom 'verlorenen Jahrzehnt' der 80er Jahren gesprochen.

## 1987 - 1988: Verschärfung der Krise

36

Der Sturz der Preise für Erdöl 1986 (Erdöl machte ca. 65% der gesamten Exporte Mexikos aus) und anderer Exportprodukte verursachte Exportausfälle in Höhe von ca. 8 Mrd. USS. Zum dritten Mal seit 1982 mußte Mexiko mit dem IWF um eine Umschuldung verhandeln. Mexiko ereichte 1987 neue Kredite in Höhe von 14 Mrd. US\$, die mit neuen Auflagen verbunden waren: Die vollständige Durchsetzung des Austeritätsprogrammes und eine restriktive Geldpolitik zur Bekämpfung der steigenden Inflation, die 1987 160% erreichte. Diese Forderungen wurden durch den 'Pakt der ökonomischen Solidarität' (PSE) Anfang 1988 durchgesetzt. Kernpunkt des PSE ist die Einfrierung der Löhne, der Preise der staatlichen Dienstleistungen und der mexikanischen Währung. Obwohl im Antiinflationsprogramm ein Preisstopp vorgesehen ist; steigen die Preise 1988 weiter. Die Spekulation von Grundnahrungsmitteln und aller Art von Waren hat derart zugenommen, daß zwar die Preise niedrig erscheinen mögen, die jeweiligen Waren jedoch nirgendwo zu finden sind. Dennoch betrug die Inflationsrate bis Mai 'nur' 35.5%, ein scheinbarer Erfolg der Regierungspolitik.

Der PSE ist zusätzlich durch die agressive Politik gegenüber regierungsunabhängigen Gewerkschaften gekennzeichnet. Beispielhaft ist der Fall der staatlichen Fluggesellschaft Aeroméxico, die nach hohen Verlusten im vorangegangenen Jahr 1987 wieder Profite aufwies. Ohne Vorankündigung oder Besprechung mit der gutorganisierten Betriebsgewerkschaft, löste die Regierung Aeroméxico im Mai 1988 auf und überließ Fluglinien und rechte privaten Fluggesellschaften, die einen Teil der 12000 entlassenen Arbeiter unter der Bedingung aufnehmen wollten, einen niedrigeren Lohn zu akzeptieren und keinen Tarifvertrag (contrato colectivo) abzuschließen. Ähnliches steht der anderen staatlichen Fluggesellschaft (Mexicana de Aviación) bevor, sowie den noch zum Verkauf stehenden staatlichen Betrieben.

Doch der PSE trügt in Mexiko niemanden: Obwohl er bis Ende des Jahres von der Regierung fortgesetzt werden soll, gilt als sicher, daß nach den Wahlen eine Abwertung des mexikanischen Peso durchgesetzt wird. Die einzige Stütze der PSE sind 14 Mrd. US\$ Devisenreserven, die nicht produktiv investiert werden, sondern als 'Sicherheit' den internationalen Gläubigern zur Schau gestellt werden.

Die privaten und öffentlichen Investitionen sind die niedrigsten in den letzten 50 Jahren und die positive Handelsbilanz ist im ersten Quartal 1988 um ca. 26% geschrumpft (Exporte und Importe sind jeweils um 11.8% und 49.3% gestiegen). Berücksichtigt man noch den immer stärker werdenden Druck der Exporteure, die eine Abwertung verlangen, so bestätigt sich die Vermutung, daß der PSE langfristig unhaltbar ist, jedoch bis zu den Wahlen eine bisher noch nie erreichte stabile Wirtschaftspolitik vorführen soll.

## Die Wahlen am 6. Juli: Aussicht auf Änderung?

Die politische Stabilität der Regierungspartei ist zum ersten Mal seit ihrer Entstehung in Frage gestellt. Durch Wahlbetrüge und niedrige Wahlbeteiligung hat die PRI in den 50er und 60er Jahren als einzige zu wählende Partei Ergebnisse zwischen 80% und 90% der abgegebenen Stimmen erreicht. Erst 1982 wurden andere Parteien zugelassen und die PRI erzielte ca. 70% der Stimmen. Die politische Krise macht sich nicht nur durch die Unzufriedenheit der mexikanischen Industrie-, Landarbeiter und der Mittelklasse bemerkbar. Aus den eigenen Reihen der PRI ist ihr ernsthaftester Oppositionskandidat entstanden. Cuauhtémoc Cardenas, Sohn des legendaren Generals Lázaro Cárdenas und bis 1986 Gouverneur des Bundesstaates Michoacan, entschied sich 1987, selber als Oppositionskandidat anzutreten. Unterstützt von anderen kleinen Parteien wurde die Demokratische Nationale Front (FDN) gegründet, die aus dem Nichts heute die ernsthafteste Oppositionspartei darstellt.

Ginge es nach die PRI, so sind die Wahlen schon längst entschieden. Die Regierungspartei machte vor einigen Wochen bekannt, mit welcher Prozentzahl Carlos Salinas, ihr Präsidentschaftskandidat, am 6. Juli zum neuen Präsidenten gewählt werden soll – wenn für den PRI alles nach Wunsch läuft. Danach wird die PRI mit etwa 65-70% der abgegebenen Stimmen vor der rechten PAN (Partido Acción Nacional) mit etwa 15% liegen. FDN und PMS

(Partido Mexicano Socialista) sollten jeweils 6% und 5% erhalten. Vor einigen Tagen noch hob die PRI die Erwartungen an: 20 Millionen Stimmen will sie erreichen, 90% der abgegebenen Stimmen, berücksichtigt man die 'traditionelle' Wahlenthaltung von über 50%!



Wahlkampf für den PRI-Kandidaten in Michoacán, dem Heimatstaat seines Herausforderers Cárdenas

Diese erhofften Ergebnisse scheinen für diese Wahlen zweifelhaft zu sein. Alle Oppositionsparteien sehen in dieser Prognose der PRI einen Versuch, die öffentlichkeit auf den Wahlbetrug vorzubereiten. Seitdem der Wahlkampf läuft, ist auch der Betrug in Vorbereitung, wobei die bekannten Maßnahmen benutzt werden: Die Kosten der Wahlkampagne trägt der Staat, den Oppositionsparteien wird, wenn überhaupt, in Radio und Fernsehen eine vergleichsweise lächerlich kurze Sendezeit zugestanden, Gewerkschaftsmitglieder und Bevölkerung werden gezwungen, an Wahlkampfveranstaltungen der PRI teilzunehmen, den Staatsangestellten wird mit Entlassung gedroht, wenn sie nicht für die PRI stimmen, usw. Aber all dieses und der zu erwartende Betrug an den Wahlurnen scheint nicht auszureichen, so daß auch auf höherer Ebene 'qearbeitet' werden muß. Das vor kurzem veröffentlichte Wahlregister weist erhebliche Mängel auf: Wiederholung von Namen (bis zu 20mal), Namen Verstorbener 'die wählen können', Auslassung von Wählern, Wahlberechtigte ohne Wahlschein, Wahlscheine ohne Wahlberechtigte, registrierte Kinder, usw.

In Mexiko-Stadt hat die Universidad Nacional Autónoma (UNAM) eine Untersuchung über das Wahlregister durchgeführt. Neben den bereits erwähnten Fehlern wurde entdeckt, daß falsche Adressen angegeben wurden und ganze Bezirke aufgeführt wurden, die seit dem Erdbeben von 1985 nicht mehr existieren. Das Ergebnis der Studie ist frappierend: Von den insgesamt 40 Wahlbezirken im hauptstädtischen Distrito Federal ist das Register in 11 Fällen nicht vertrauenswürdig, in 13 Bezirken höchst zweifelhaft, in 12 Bezirken offensichtlich auf Betrug ausgerichtet und in 4 Bezirken ist es praktisch unmöglich, Wahlen durchzuführen.

Carlos Salinas, Doktor in Harvard und bis zur Bekanntmachung seiner Kandidatur Wirtschaftsminister unter
Miguel de la Madrid und somit Architekt der heutigen
Wirtschaftsmisere, beruhigte die internationale öffentlichkeit und machte deutlich, daß er als zukünftiger
Präsident, die wesentlichen Richtlinien beibehalten
werde. In der japanischen Zeitschrift Nihon Kezai erklärte er: "Wir haben ähnliche Meinungen und ich
glaube, daß die neue Regierung dieselbe Politik meiner
Administration verfolgen wird".

Trotz dieser Tatsachen führen die Oppositionsparteien ihren Wahlkampf weiter. Die rechte PAN gewinnt weiter an Zulauf und wird hauptsächlich im Norden Mexikos und in der Hauptstadt zu einem ernsthaften Gegner der PRI. Die linke PMS zog Mitte Juni ihren Kandidaten zurück und unterstützt jetzt Cuauhtémoc Cardenas unter der Bedingung eines 20 Punkte-Programmes, deren Hauptforderung die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und die Verweigerung der Schuldenzahlung sind. Cårdenas ging auf das Angebot ein. Dem scheint die PRI alles entgegenzusetzen wollen. Aus 'technischen Gründen' sollen die notwendigen neuen Wahlzettel, in staatseigenen Druckereien gedruckt und noch mit der Kandidatur des PMS beschriftet, nicht mehr verändert werden können. Diffamierungskampagnen gegen Cårdenas, der den Namen seines Vaters mißbrauchen soll, gehören zu den Schlagzeilen der staatsfreundlichen Tagespresse.

Und dennoch scheint der Mystizismus, der Cuauhtémoc Cårdenas durch die Geschichte seiner Vaters umhüllt, ungebrochen. Während Carlos Salinas, zum ersten Mal in der politischen Geschichte Mexikos, in La Laguna seine Wahlkampfrede nicht beenden durfte, weil er ausgebuht

Carlos Salinas de Gortari: Meine Verpflichtung...



wurde, versammelte Cuahtémoc Cârdenas in der UNAM 60000 Studenten. Bezeichnend ist, daß der letzte Präsident-schaftsskandidat der PRI, der sich in die UNAM traute, 1975 während seiner Rede tätlich angegriffen wurde und fluchtartig die Universität verlassen mußte.

Ein Wahlsieg der Opposition scheint am 6. Juli noch nicht möglich zu sein. Doch die Unzufriedenheit und das wachsende politische Bewußtsein der mexikanischen Bevölkerung sowie die wirtschaftliche und politische Krise Mexikos stellen die Unfähigkeit der mexikanischen Regierung nackt dar. Die korrupte und diktatorische Struktur der PRI scheint langfristig nicht mehr tragfähig zu sein. Es ist überhaupt fraglich, ob sie andere Formen annehmen kann.

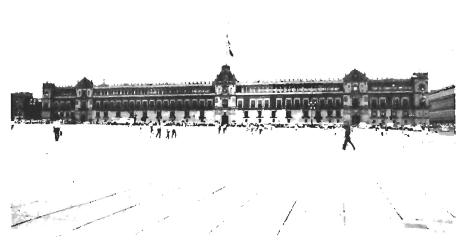
## Cuauhtemoc Cárdenas: A star is born?

Cuahtémoc Cardenas ist der Sohn eines der populärsten Prāsidenten Mexikos, General Lazaro Cardenas, der zwischen 1934 und 1940 regierte und mit der Verstaatlichung der im ausländischen Besitz befindlichen ölindustrie und der Agrarreform die Grundsteine für den 'sozialen Frieden' und die mexikanische Stabilität sorgte, aber auch für das fortschrittliche Image der politischen Klasse Mexikos legte. Der Sohn war zwischen 1980 und 1986 für den PRI Gouverneur des Bundesstaates Michoacan und bildete dann zusammen mit einigen anderen führenden PRI-Politikern die "Demokratische Strömung" innerhalb der Partei. Nachdem diese Opposition parteiintern isoliert worden und einige Mitglieder und er selbst ausgeschlossen worden waren, ging Cardenas den "Weg nach draußen" und erklärte sich zum Präsidentschaftskandidaten.

Einem Zusammenschluß mit den linken Parteien stand zunächst neben seiner PRI-Vergangenheit die Tatsache entgegen, daß er für seine Kandidatur Unterstützung von Parteien bekam, die traditionell als Manipulationsinstrumente der PRI gelten: Mit PRI-unabhängiger Propaganda sollten sie Unzufriedene sammeln, faktisch waren sie aber Satelliten der PRI. Dabei siedelte die PARM, einer dieser Parteien, ihren Diskurs rechts der PRI an. Im Laufe des Wahlkampfs wurde aber gegenüber dieser Parteistrukturen die Mobilisierung unabhängiger Basisorganisationen immer wichtiger, so daß schließlich mit

guten Wahlergebnissen sowohl in der Hauptstadt als auch auf dem Land gerechnet wurde. Die Hoffnung, eine mobilisierungsfähige Alternative zur PRI "von links" stellen und damit der Gefahr begegnen zu können, daß die wachsende Unzufriedenheit vor allem der reaktionären PAN zugute kommen würde, hat schließlich die traditionelle Linke der PMS bewogen, ein Wahlbündnis mit Cårdenas einzugehen. Nicht an diesem Wahlbündnis beteiligt sich die Revolutionäre Arbeiterpartei (PRT), der in der erwähnten PRI-Wahlprognose 1.5% der Stimmen eingeräumt wurden.

Zu den wichtigsten politischen Forderungen Cårdenas' gehören die Demokratisierung des politischen Systems, die Unabhängigkeit der heute vom Staat kontrollierten Gewerkschaften, die Beendigung der Privatisierung der Staatsunternehmen, der Entnationalisierung der Wirtschaft, des Rückgangs der Reallöhne und ein Zahlungsstopp des Schuldendienstes. Seine wirtschaftlichen und sozialen Forderungen scheinen die ursprünglichen Gedanken der PRI wieder aufzunehmen, die sich gegen die neoliberalen Technokraten der jetzigen PRI wenden. Seine Politik wird von einigen Kreisen 'priistischer als die der PRI' bezeichnet.



Das Ziel des Kampfes: der Nationalpalast

Foto: Jens Holst

## **NICARAGUA**

## Wirtschaftsreformen

Sogar zwei Wirtschaftsreformen hat Nicaragua innerhalb der letzten vier Monate über sich ergehen lassen müssen. Schon jetzt ist klar, daß alle Maßnahmen der Regierung die Probleme nicht lösen können. Die wichtigste Ursache der Wirtschaftsmisere ist der Krieg·und zur Zeit stehen die Chancen für eine Verhandlungslösung wieder schlecht. Ende Juni läuft der von der Regierung einseitig verlängerte Waffenstillstand aus und eine Wiederaufnahme der Gespräche durch die Contra ist nicht absehbar.

Die Krise

Eine Inflationsrate von 1500 und ein Reallohnverlust von 90% im Vergleich zu dem Wert von 1980 kennzeichneten die sich zuspitzende wirtschaftliche Misere zu Beginn diesen Jahres. Sicherlich sind hausgemachte Probleme, wie eine oftmals ineffiziente und unrentable Produktion nicht von der Hand zu weisen. Doch liegt der Hauptgrund für den desolaten Zustand der nationalen Ökonomie, der die Weltbank noch 1980 die günstigste Entwicklungsprognose aller zentralamerikanischen Länder erstellt hatte, im anhaltenden wirtschaftlichen und militärischen Krieg der USA. Mittlerweile verschlingen die Verteidigungsausgaben 62% des Staatshaushalts Nicaraguas. Da die Regierung versucht, die Ausgaben für Gesundheit und Bildung möglichst nicht zu reduzieren, bleiben für den Bereich der Produktion lediglich 14%des Budgets.

Welche Opfer dem nicaraguanischen Volk in den letzten Jahren abverlangt wurden, zeigt auch ein Blick auf die Verteilung des Bruttoinlandprodukts (BIP). Während 1980 die Bevölkerung 84% des BIP konsumierte und der Staat 16, veränderte sich das Verhältnis bis zum letzten Jahr drastisch. So stieg der Anteil der Staatsausgaben am BIP im Jahre 1987 auf 52% an. Die Inflationsrate betrug allein im vergangenen Jahr 1.347%.

#### Die Währungsreform

Der Begriff der "Chilenisierung" Nicaraguas machte bereits seit geraumer Zeit in FSLN-Kreisen die Runde, als sich die Regierung im Februar entschloß, mit der Währungsreform drastische Korrekturen im Wirtschaftssektor in Angriff zu nehmen.



Die Reform, deren Vorbereitung bereits 1985 unter strengster Geheimhaltung begonnen hatte, umfaβt eine Abwertung der nationalen Währung (Córdoba) gegenüber dem US S um 3000%. Zusätzlich wurden die Wechselkurse vereinheitlicht, d.h. der zur Bekämpfung des Schwarzmarktes eingeführte Parallelkurs wurde aufgehoben.

Das wichtigste Ziel der Reform ist es, ein weiteres Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung zu verhindern, das Einkommen des informellen Sektors zu begrenzen und allgemein die Produktivität zu erhöhen. Als flankierende Maßnahme legte die Regierung eine durchschnittliche Erhöhung des Nominallohns von 400% fest und tilgte die Bauschulden von 4% der ärmsten Bevölkerungsschichten, um die Nachfragekapazität zu schützen.

Innerhalb von drei Tagen (15.2.-17.2.), an denen die Grenzen zu den Nachbarländern geschlossen wurden, konnte der Umtausch des Geldes dank der Beteiligung von 60.000 Mitgliedern der Massenorganisationen (z.B. Stadtteilkomitees) abgeschlossen werden. Das Gesetz über die Währungsreform legte eine Höchstgrenze für den

Umtausch alter gegen neuer Córdoba (im Verhältnis von 1000 zu 1) von maximal 10 Mio. alter Córdoba pro Familienmitglied fest. Darüberhinausgehende Beträge konnten bei der Zentralbank gegen Zertifikat für die nächsten ein bis zwei Jahre hinterlegt werden.

Natürlich versuchten viele Spekulanten, unter anderem auch die Botschaft der Vereinigten Staaten, ihr gehortetes Geld durch Strohmänner wechseln zu lassen, was mehrere Festnahmen zur Folge hatte. Insgesamt konnten an diesen drei Tagen 19,8% der im Umlauf befindlichen Geldmenge eingetauscht werden.

#### Erste Ergebnisse

Allerdings ist mittlerweile die anfängliche Euphorie, welche die Währungsreform bei einem Großteil der Bevölkerung hervorgerufen hatte, durch die wirtschaftliche Realität wieder gedämpft worden. Dies konnte auch die bereits erwähnte Lohnanpassung und die Flexibilisierung des gesetzlichen Lohnsystems (das Verhältnis von Höchst- zu Minimallohn beträgt jetzt statt 8:1 15:1).

Der Versuch, die Kaufkraft der Bevölkerung zu schützen, muß zumindest kurzfristig als gescheitert betrachtet werden. Die Preise galoppieren davon, während die Löhne stagnieren. Allein von Februar bis März war im Bereich der Grundversorgungsgüter eine Inflationsrate um 113% zu verzeichnen.

Deutlich wird die schwindende Kaufkraft v.a. bei den Beziehern niedriger Einkommen. Während ein ungelernter Arbeiter mit seinem Lohn vor der Reform bestenfalls 30% des 46-teiligen Basiswarenkorbs bezahlen konnte und sich seine Kaufkraft diesbezüglich durch die Reform kurzfristig auf 60% erhöhte, reichte sein Einkommen im März nur noch für 27% dieser Grundversorgungsgüter. Selbst in den Verkaufsstellen in den Stadtvierteln und Betrieben, die Basisprodukte zu staatlich garantierten Preisen abgeben, sind seit Februar z.B. bei Bohnen Preissteigerungen um 200% festzustellen. Die staatliche Aufkaufgesellschaft ENABAS begründete dies mit einer Erhöhung der Ankaufpreise bei den landwirtschaftlichen Produzenten, um dadurch den spekulierenden Zwischenhandel zu bekämpfen.

Angesichts dieser Entwicklung wächst die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Angestellten. So forderten unlängst Bauarbeiter der sandinistischen Gewerkschaft CST eine Revision der Akkordzuschläge und die Fahrer und Mechaniker der staatlichen Busbetriebe eine Lohnerhöhung von 100%. Weiteren Nährboden erhält die Unzufriedenheit durch den Mangel an Basisprodukten in den staatlichen Verkaufsstellen, was die Konsumenten zwingt, auf den freien Markt auszuweichen, wo die Preise höher sind (beim Reis z.B. um 600%).

Allerdings reagierten die Gewerkschaften bei aller Kritik bislang nicht mit der Androhung eines Streiks. Den einzigen Streik organisierten in einem paradoxen Bündnis Bauarbeiter aus den Gewerkschaften, die der sozialistischen Partei oder dem rechten Parteienspektrum nahestehen. Mit großer Unterstützung der US-Botschaft gingen insgesamt 25 Arbeiter kurz vor der zweiten Verhandlungsrunde der Regierung mit der Contra in den Hungerstreik. Es ging in diesem Fall wohl weniger um die eigentliche Forderung einer 200-prozentigen Lohnerhöhung, als darum, die nicaraguanische Regierung in der internationalen Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen.

Der Reallohnverlust nach der Währungsieform war nach Angaben der Regierung vorauszusehen. Aber sie vertritt die Ansicht, daß die notwendigen wirtschaftlichen Korrekturen, die vorrangig die Senkung der Produktionskosten zum Ziel haben, im Moment keine Lohnsteigerung erlauben. Doch die Strategie der Regierung kann fehlschlagen. Nach Auskunft von Gewerkschaftsführern der staatlichen Busbetriebe sank die Arbeitsproduktivität in den Werkstätten in den letzten drei Monaten spürbar. Auch sei zu erkennen, daß viele der Fahrer, deren Monatseinkommen durchschnittlich 1300 Cordobas beträgt, ihre Busse am Abend bereits zwischen 19 und 20 Uhr abstellen und ihren Dienst vorzeitig beenden.

Klagen sind auch aus den Reihen der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Produzenten zu hören. Vielen mangelt es an Wirtschaftskraft um die 20% Eigenbeteiligung für die nächste Aussaat aufzubringen. Bislang erhielten sie vom Staat keinen Ausgleich für die Nachteile, die sie durch die Währungsreform erlitten haben. Durch die Abwertung des Córdoba liegt jetzt beispielsweise der Aufkaufpreis für Bohnen um 50% unter dem vom Dezember 1987, während die Importkosten um 3000% gestiegen sind. Dies hat zur Folge, daß viele Produzenten nicht mehr an den Staat verkaufen, da der private Zwischenhandel das dreifache des staatlichen Preises bezahlt, was natürlich inflationäre Tendenzen zur Folge hat.

Noch verständlicher wird die Kritik des Verbandes der kleinen und mittleren Produzenten, wenn man berücksichtigt, daß der Staat nach der Währungsreform auf Druck der landwirtschaftlichen Großproduzenten Absprachen getroffen hat, die diesen Preise sichern, welche die Weltmarktpreise um ein Vielfaches übersteigen.



Zerstörung durch eine Granate der Contra; Büroräume des Energieministeriums in Ocotal, Juli 1984 Foto: Cordelia Dilg

So einigte man sich mit den großen vienzüchtern auf einen Abnahmepreis von 2,25 US\$ pro libra (gleich 465 Gramm). Auf dem internationalen Fleischmarkt jedoch liegt der Preis gegenwärtig bei 0,85 US\$ pro libra. Das gleiche geschah in den Verhandlungen mit den großen Milchproduzenten, die im Vergleich wesentlich ineffizienter produzieren als die kleinen und mittleren Erzeuger, da sie wesentlich abhängiger von Importen sind. Das heißt, die Regierung fördert durch die getroffenen Vereinbarungen die Neigung der Großproduzenten zu Importen, also eines jener Phänomene, die sie ja gerade bekämpfen will.

"Compactacion" - Die Staatsgewalt effizienter machen

Nach der Währungsreform verkündete die Regierung im März verschiedene institutionelle Reformen, um die Produktivkraft des Landes zu stärken. Die beabsichtigte zehnprozentige Kürzung des Staatshaushalts soll durch die Zusammenlegung verschiedener Ministerien, die Reduzierung von Arbeitsplätzen in der Verwaltung und die Versetzung von qualifiziertem Personal in den produktiven Sektor erreicht werden.

Inzwischen fusionierten das Industrie-. Außenhandelsund Binnenhandelsministerium zu einem einzigen Wirtschaftsministerium. Auch das Bildungs- und das Kulturministerium wurden zusammengelegt, um nur zwei Beispiele zu nennen. Ziel dieser "Compactación", wie diese Rationalisierungsmaßnahmen genannt werden, ist die Entbürokratisierung des Staates eine und Rentabilitätserhöhung der staatlichen Betriebe. Dabei ist sich die Regierung darüber im klaren, daß nach Beendigung dieses Prozesses nicht alle freigesetzten Arbeitskräfte sofort wieder eine Arbeitsstelle finden werden. Aber dies nehmen die Sandinisten in Kauf, da mit weniger Arbeitskraft mit gleichen Mitteln wirtschaftlicher Fortschritt erzielt werden soll.

Nach den Plänen der Regierung sollen freigesetzte qualifizierte Kräfte dazu angeregt werden, sich in landwirtschaftlichen Kooperativen zu integrieren, da diesen oftmals das administrative und technische Know-how fehlt. Auf diese Weise könnten die Produktionskosten gesenkt werden, die Kooperativen würden rentabler produzieren und die Verbraucherpreise würden niedriger werden. Für die Arbeitskräfte, die bereit sind, sich in Kooperativen zu integrieren, zahlt das Arbeitsministerium im ersten Monat 100 und im zweiten Monat 75% des letzten Gehaltes als Überbrückungsgeld.

Bislang allerdings kommt die "Compactación" nur schleppend in Gang. Das Arbeitsministerium habe es bislang nicht geschafft, einen kohärenten Plan auszuarbeiten und die aus den Regionen eintreffenden Informationen über den jeweiligen Arbeitskräftebedarf zu systematisieren, kritisiert die nationale Kommission der Angestellten, die sich aus Mitgliedern verschiedener sandinistischer Gewerkschaften und Interessenverbänden zusammensetzt. Nach ihren Angaben haben mehr als 2000 "Freigesetzte" keinen neuen Arbeitsplatz gefunden, obwohl allein in der Region 6 (Matagalpa-Jinotega) 1000 Techniker und Facharbeiter gesucht werden.



Markt in Jinotepe, 1986

Juli/August 1988

Foto: Lisa Luger

Sicherlich wiegen die genannten Defizite in der organisatorischen Handhabung schwer, doch sollte berücksichtigt werden, daß es enorme Anstrengungen in der politischen Bewußtseinsarbeit bedarf, um Mitglieder städtischer Schichten von der Notwendigkeit eines Wechsels auf das Land zu überzeugen. Zusätzlich müßte verstärkt die Strategie der sozialen Kontrolle, wie sie von den Sandinisten genannt wird, verfolgt werden. Gemeint ist dabei unter anderem, durch Preiskontrollen Druck auf die Händler in den Stadtvierteln auszuüben oder den kollektiven Einkauf der Barrios beim Erzeuger zu organisieren. War nach der Währungsreform der Mobilisierungsgrad der Bevölkerung z.B. auf dem Gebiet der Preiskontrolle enorm hoch, so liegt hier mittlerweile wieder vieles im Argen.

#### Wirtschaftsreform 2.Teil

Eine teilweise Revision der erst im Februar eingeleiteten Maβnahmen war schon Mitte Juni erforderlich. Die Regierung hat sich u.a. dazu entschlossen, die Preise dem Markt zu überlassen, lediglich der Bezug von Milch und der vier über Rationierungskarte erhältlichen Produkte (Zucker, Öl, Reis, Seife) wird weiterhin subventioniert.

Der offizielle Wechselkurs ist nun auf 80 Córdobas für 1 US\$ festgelegt (10:1 im Februar) und soll regelmäßig überprüft werden. Zusätzlich wurde auch der Parallelkurs wieder zugelassen, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet (z.Zt. 130 bzw. 137 Córdobas pro \$ - Ankauf bzw. Verkauf).

Für die von den verstaatlichten Banken gewährten Kredite wird nun zusätzlich ein Inflationszins berechnet.

Die staatlichen Subventionen werden auf einige wenige Bereiche beschränkt (Bildungs- und Gesundheitswesen, ländliche Entwicklungsprogramme und den öffentlichen Transport).



Grundschulklasse in einem Arbeiterviertel von Managua, 1983 — Foto: Cordelia Dilg

Auch das Verteidigungsministerium hat Federn lassen müssen, ihm wurden 30% seiner Devisenzuteilung gestrichen.

Es dürfte die Herausforderung für die nicaraguanische Regierung und die sandinistischen Massenorganisationen im Jahre 1988 sein, die eingeleiteten Reformen fortwährend politisch zu vermitteln, um die Wirtschaft trotz der widrigen Umstände des Krieges einigermaßen stabilisieren zu können.

## Für einen Frieden in Würde - Esquipulas II

Am 1. Juli läuft der einseitig von der nicaraguanischen Regierung verlängerte Waffenstillstand mit den Contras aus. Die Contras hatten sich zwar grundsätzlich mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes einverstanden erklärt. hatten jedoch kurzfristig neue Verhandlungen in Managua abgelehnt, mit der Begründung, ihre Sicherheit wäre in Managua nicht gewährleistet. Im Verwirrspiel über die Teilnahme oder Nicht-Tellnahme der Contras, über ihre internen Streitigkeiten und widersprüchlichen Verlautbarungen droht man den Überblick zu verlieren über Inhalt und Stand der für die nicaraguanische Bevölkerung so wichtigen Verhandlungen.

Der folgende Artikel gibt einen ausführlichen Überblick über den Verlauf des Dialogs zwischen Regierung und Contra und die unterschiedlichen Positionen. Da sich der Artikel lediglich auf die Zeit bis Anfang Mai bezieht, erfolgt im Anschluß daran eine kurze aktuelle Ergänzung.

Am 7. August 1987 unterzeichneten die Regierungschefs der fünf mittelamerikanischen Länder das Abkommen Esquipulas II. Nicaragua erfüllte als einziges Land die Übereinkünfte von Esquipulas wie:

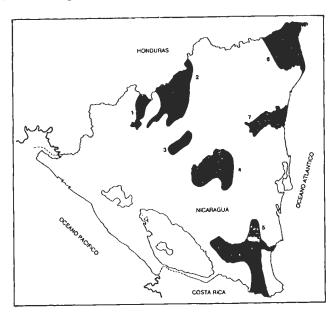
- Nationale Aussöhnung/Dialog/Amnestie
- Waffenstillstand
- Demokratisierung
- Beendigung der Unterstützung von Irregulären Kräften oder Aufständischen Bewegungen.

#### Nationaler Dialog

Seit dem 25.3.88 findet ein Nationaler Dialg zwischen der Regierung und 14 Oppositionsparteien statt. Am 12. April trat die MAP-ML - eine marxistisch-leninistische Partei - dem Dialog bei. Über deren Beitritt beklagten sich die anderen Parteien bitterlich (1). Der Dialog wird von einer Kommission aus drei Vertretern der Regierung und drei Parteienvertretern vorangetrieben. Die Regierung vertreten der Generalbevollmächtigte der Justiz, Rodrigo Reyes Portocarrero, der Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten, Jose Leon Talavera, und der Finanzminister William Hupper. Die Opposition wird von Francisco Taboada, Sozialchristliche Partei (PSC), Illezcas, Conservative Demokratische Partei (PCD) und Carlos Salgado, Sozialistische Partei (PSN), vertreten (2). Am Dialog beteiligt sind die PSD, PCD, die Grüne Gruppe, vier liberale Parteien (PLI, PLC, MD-PLI und PALI), außer der PSC drei sozialchristliche Splitterparteien wie die PPSU und die PUCA. Den linken Flügel gestalten die PSN, PCdeN, MAP-ML und die PRT (3).

#### Verhandlungen in Sapoa

Nicaragua ging selbst über die in Esquipulas II geforderten Punkte hinaus. So erklärte Daniel Ortega am 16.1. in San Jose, Costa Rica, die Bereitshaft an direkten Verhandlungen mit der Contra. Am 23. März fanden in Sapoa - im Südwesten Nicaraguas - die ersten Verhandlungen im Land statt. Es wurde eine Feuerpause ab dem 1. April, sieben Zonen, in denen sich die Contras sammeln sollen (s. Karte), und die Beteiligung der Contra am Nationalen Dialog - nach der Niederlage der Waffen - festgelegt. Die Freiheit und körperliche Unversehrtheit der Contra und der dort lebenden Bevölkerung sind ein weiterer Punkt in dem Abkommen (4). Weitere Ausführungen wurden von militärischen/technischen Kommissionen vom 5.-8. April in Sapoa ausgearbeitet.



## Verhandlungen in Managua

Die Verhandlungen wurden auf den 15.-18. April in Managua vertagt. Dort trafen sich im Hotel Camino Real die 43-köpfige Delegation der Contras und die Delegation der nicaraguanischen Regierung zur Weiterführung des begonnenen Dialoges. Im Vorfeld gab es kleinere Differenzen, z.B. über den Termin und die Tagesordnung. Am 13./14. April versuchten die technischen Kommissionen einige strittige Fragen zu klären. Desweiteren stellte sich die Contra ihr Auftreten in Managua folgendermaßen vor:

- einige Stunden Gespräche mit den Parteien der Coordinadora Democratica - rechte, nicht im Parlament vertretene Opposition.
- einige Stunden Gespräche mit der Regierung (:).

Juli/August 1988

- einige Stunden Gespräche mit der Führung der Amtskirche - sprich Obando y Bravo u.a..
- einige Stunden Gespräche mit der oppositionellen Presse.
- und der Besuch der vom CIA gesponsorten Tageszeitung La Prensa.

Daniel Ortega charakterisierte diese Forderung folgendermaßen: Die Contra möchte so auftreten als sei sie eine Regierung, die nach Nicaragua kommt, oder als sei sie ein Yanki Senator\* (5). Neben einer internationalen Pressekonferenz und Gesprächen mit der Amtskirche stand vom 15.-18.4. doch der direkte Dialog im Mittelpunkt. Azucena Ferrey, Alfredo Cesar, Adolfo Calero und Pedro Chamorro Barios nahmen als Vertreter des fünfköpfigen Direktoriums der Contra an den Verhandlungen teil. Aristides Sanchez, der zur Fraktion von Enrique Bermudez - Ex-Coronel der Guardia Nacional und militärischer Führer der FDN - zugeschrieben wird, nahm an den Verhandlungen nicht teil. Es wurden nochmals die Ergebnisse von Sapoa bestätigt. Weitere Übereinkünfte wie das Erreichen und Durchführen eines endgültigen Waffenstillstandes und einer Eingliederung der Contra in das zivile Leben konnten nicht getroffen werden. Die Verhandlungen wurden auf den 28. -30.4. in Managua vertagt und verliefen dort praktisch ergebnislos. Zum ersten Mal war die 'Resistencia Nicaraquense' mit ihrem vollständigen fünfköpfigen Direktorium und vier ihrer höchsten Militärs erschienen (6). Comandante Mack und Quiche, enge Vertraute von Enrique Bermudez, waren in Managua vertreten. Sie sollten anscheinend die Verhandlungen torpedieren. So schloß Bermudez die militärischen Führer Tono und Ferndando aus der Führung aus, nachdem sie in Sapoa die Feuerpause mitunterzeichnet hatten (7). Die honduranischen Behörden verwiesen die beiden - neben weiteren verhandlungswilligen Contras - des Landes und bezogen somit eindeutig Stellung (8). Auf Contra-Seite nahm der CDU-Bundestagsabgeordnete Heribert Scharrenbroich an den Verhandlungen teil (!) (9). Nach Angaben des Verteidigungsministers Humberto Ortega haben sich die Delegationen in 16 von 23 noch nicht bereinigten Punkten des unverändert aus der ersten Runde übernommenen sandinistischen Vertragsentwurfes geeinigt. Die Contra hat nach Angaben aus Delegationskreisen in folgenden Punkten nachgegeben: Auch die Contra beteiligt sich an der Ausgrabung und Entschärfung der Minen in den Kampfgebieten: die Verwaltung der sieben Sammelzonen obliegt Widerstand und Regierungsbehörden gemeinsam; schließlich scheint es, daß man einer Regelung der Waffenabgabe und Waffendeponierung nahe ist (10). Die Verhandlungen sollen im Mai weitergeführt werden. Eine Einigung über Ort und Zeit konnte jedoch nicht erzielt werden.

sieben Zonen - bewaffnet wohlgemerkt.



LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Vorschlag der Contra über die Durchführung des Friedensprozesses  $\overline{(11)}$ 

In dem Vorschlag der Contra dürften unter anderem folgende Streitpunkte enthalten sein:

- Neben den nicaraguanischen Streitkräften sollen alle politischen, administrativen und zivilen Personen, die im Dienste der Regierung arbeiten, die Sammelzonen verlassen. Alle vom Staat bestehenden Dienstleistungen sollen jedoch erhalten bleiben.
- Die Asentamientos und Cooperativen in jenen Zonen sollen entmilitarisiert werden.
- Alle zur Zeit der Feuerpause festgenommenen Personen sollen als Kriegsgefangene betrachtet werden und innerhalb von 24 Stunden alle Fälle der Überprüfungskommision bekanntgegeben werden.
- Die interamerikanische Menschenrechtsorganisation der OAS und die CPDH - bei uns als Quelle der erzreaktionären Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) bekannt -, die übelste Contrapropaganda betreibt, sollen sofort Zutritt zu diesen Gefangenen erhalten.

## Vorschlag der Regierung zur Beendigung des Krieges (12)

Die Feuerpause soll um mindestens 30 Tage verlängert werden.

- Die nicaraguanischen Streitkräfte werden innerhalb von 7 Tagen aus den Sammelzonen abgezogen. Die Contras begeben sich anschließend binnen 20 Tage in die
- In den darauffolgenden 7 Tagen sollen die aus Contras und Sandinisten gebildeten Überprüfungskommissionen die Anzahl und Identität der Contras festellen - hiergegen wehren sich die Contras vehement.
- Parallel hierzu fallen die ersten 50 % der gefangenen Contras unter das Amnestie-Dekret.
- Die Contraführer können sich am Nationalen Dialog beteiligen.
- Die Eingliederung der Contra in das zivile Leben, sprich auch die Abgabe der Waffen, soll innerhalb 30 Tagen zonenweise stattfinden.
- Die abgegebenen Waffen sollen ein Jahr lang von der Überwachungskommission kontrolliert werden.
- Der Rest der gefangenen Contras soll mit Beginn der Eingliederung der Contras in das zivile Leben in der 4. Sammelzone freigelassen werden.
- Die Fälle der einsitzenden Nationalgardisten sollen von der interamerikanischen Menschenrechtsorganisation der OAS überprüft und entschieden werden. D.h. Folter und Mord gelten auch weiterhin als Straftaten und werden nicht mit Freiheit belohnt.
- Die humanitäre Hilfe soll über das Internationale Rote Kreuz (IRK) abgewickelt werden. Die Contra möchte diese Hilfe über eine private US-Organisation beziehen - wobei die Sandinisten wohl nicht zu Unrecht Waffenlieferungen befürchten - aber keinesfalls über das IRK. Hierzu kann es eine historische Erklärung geben: Unmittelbar nach dem Sieg der Revolution im Juli 1979 wurde vom nationalen Roten Kreuz Nicaraguas ein Aufruf an Somozisten und Angehörige der Nationalgarde erlassen, sich zu ergeben und die Waffen abzuliefern. Der Text war nicht ganz klar formuliert, konnte aber die Annahme stützen, die Somoza-Leute erhielten danach freies Geleit ins Ausland: die Sache ging anders aus: Die meisten Nationalgardisten kamen ins Gefängnis, wo sie bis heute gut aufgehoben sind (13).

## Begleiterscheinungen

Juli/August 1988

Längst nicht alle Contras sind verhandlungsbereit; so überfiel am 17. April ein Trupp von 30 Contras eine evangelische Kirche bei Matiquas und ermordete zwei Kinder und zwei Erwachsene (14). Aus den USA wurde ein Contraführer, der mit den Sandinisten verhandelt hatte, ausgewiesen. Clemens Rode, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nicaragua sagte, daß in Contrakreisen in Miami verhandlungswillige Contras als Sandinokommunisten bezeichnet werden. Statt Contras wird im Gegensatz hierzu im offiziellen regierungsamtlichen Sprachgebrauch verstärkt der Begriff 'Resi-

stencia' (Widerstand, d.Red.) benutzt. Dies soll die Bevölkerung auf die Wiedereingliederung derselbigen vorbereiten. So führt z.B. auch das SMP Gespräche mit der Bevölkerung, um deren Mißtrauen gegen zurückkehrende Contras abzubauen. Zwischen 1979 und 86 kam auf 273 Einwohner 1 Toter. Die hierdurch entstandenen Spannungen in der betroffenen Bevölkerung sind nicht von heute auf morgen zu beseitigen; desweiteren wird die wirtschaftliche Versorgung der eingliederungswilligen Contra mit Nahrungsmitteln und Land die bestehenden ökonomischen Probleme verschärfen. Ein gewisser spürbarer Erfolg wurde jedoch in den letzten Wochen erreicht. So nehmen schon jetzt kleinere Contragruppen bis zu 100 Mann direkte Verhandlungen über ihre Eingliederung ins zivile Leben mit den zuständigen Militärs in ihren Zonen auf (15). Desweiteren laufen Verhandlungen mit verschiedenen Contratruppen der indigenen Bevölkerung an der Atlantikküste, wobei mit diversen Gruppen eine Einigung erzielt werden konnte, während sie z.B. mit der YATAMA noch geführt werden (16).

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173



#### Internationale Reaktionen

56 Abgeordnete der Demokraten haben Präsident Reagan aufgefordert, die Wirtschaftssanktionen gegen Nicaragua nicht mehr zu erneuern (17). Präsident Ortega hat Washington für den 15. Mai

die Wiederaufnahme der Anfang 1985 von den USA einseitig abgebrochenen Gespräche über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen im mexikanischen Seebad Manzanillo vorgeschlagen (18). Ein Sprecher des honduranischen Außenministeriums erklärte in Tegucigalpa, die Außenminister von El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica seien für den 20. Mai zu einer Konferenz über den Friedensprozeß in der Region eingeladen worden (17). In der BRD wird heftig über die Entsendung einer "Bundeswehrfriedenstruppe" nach Nicaragua zur Überprüfung eines eventuellen Friedensvertrages diskutiert.

#### Einschätzung

Juli/August 1988

Sowohl beim nicaraguanischen Volk als auch in Regierungskreisen ist eine starke Zuversicht auf einen baldigen Frieden spürbar. Nach einem Frieden wollen sich die politischen Führer der Contra entweder einer der bestehenden Parteien anschließen wie Calero oder neue gründen wie Alfredo Cesar. Bei der schon jetzt bestehenden Parteienvielfalt (17 Parteien) wird diesen jedoch bei den anstehenden Regionalwahlen nur geringe Erfolgsaussichten eingeräumt. Die Sandinisten profitieren zweifelsohne von der gespaltenen Opposition. Kleinere Contragruppen werden wohl weiterhin Morde und Überfälle begehen, aber von der internationalen Hilfe der Schreibtischtäter weitgehend isoliert. die Verfolgung dieser Mörderbanden wird dann in den Bereich der Terrorismusbekämfpung fallen und somit Aufgabe der Polizei sein. Daniel Ortega droht nicht grundlos mit einer gewaltigen, die Contra zermalmenden Operation, falls es zu keinem Friedensschluß kommen sollte. Das Volk von Nicaragua braucht Frieden, einen Frieden in Würde!

#### Anmerkungen:

(1)vgl. Barricada, 13.4.88, (2) Nuevo diario, 18.4.88, (3) Barricada, 13.4.88, (4) vgl. Übereinkunft zw. d. nic. Regierung u.Resistencia; dokumentiert in Barricada, 9.4.88, (5) Barricada, 13.4.88, (6) Neue Zürcher Zeitung, 3.5.88, (7) vgl. taz, 30.4.88, (8) vgl. Neue Zürcher Zeitung 12./13.5.88, (9) SZ, 30.4./1.5.88, (10) Neue Zürcher Zeitung, 3.5.88, (11) vgl. Barricada, 9.4.88, (12) vgl. Barricada, 18.4.88, (13) vgl. Neue Zürcher Zeituzng, 3.5.88 (14) vgl. Barricada u. Nuevo Diario, 18.4.88, (15) Vgl. Nuevo Diario, 18.4.88, (126) vgl. SZ, 17.5.88, (17) S/, 30.4./1.5.88, (18) UZ, 2.5.88

Zwei Gesprächsrunden sind bereits ergebnislos geblieben. Mitlerweile ist einige Zeit ins Land gegangen. Die nicaraguanische Regierung hat den Ende Mai auslaufenden Waffenstillstand mit den Contras einseitig um 30 Tage verlängert. (taz 25.5.88) Die Sandinisten forderten neue Gespräche in der Hauptstadt Managua, doch die Contras lehnten dies ab, sie wollten wieder in Sapoa an der Grenze zu Costa Rica, vor allem deshalb, um sich von dort jeden Abend nach Costa Rica zurückziehen und sich mit ihren Beratern vom CIA kurzschließen zu können. Präsident Reagans Angebot, den nicaraguanischen Contras neue Militärhilfe zu gewähren, falls die Friedensverhandlungen zwischen den Sandinisten und der Contra ohne Erfolg verlaufen, gibt der militärisch angeschlagenen Contra wieder Auftrieb.

Die Sandinisten legten für eine neue Verhandlungsrunde vor dem 31. Mai einen konkreten Vorschlag vor, der außer einer Verlängerung der Feuerpause bis Ende Juni, einen Vorschlag für einen nationalen dialog vorsieht, wo alle Fragen der Garantien für international anerkannte Kommunalwahlen sowie Eigentumsgärantien im Rahmen der Mischwirtschaft diskutiert werden sollten. (taz 25.5.88)

Nach einigem Hin und Her um den Versammlungsort Managua oder Sapoa für die Gespräche zum Do. den 25. Mai, kam schließlich die gesamte Führung der Contra mit Ausnahme von Adolfo Calero, dem ehemaligen Delegationsleiter, am Mittwoch



abend zu einer dritten Gesprächsrunde nach Managua. Einige der Contra-Führer kamen aus Washington angereist, wo sie tags zuvor noch Gespräche mit US-Außenminister Shultz und dessen Lateinamerika-Berater Elliot Abrams geführt hatten. In einem umfassenden Plan, den die Contras bei der Gesprächsrunde vorlegten, forderten sie die Einsetzung einer unabhängigen Justiz und vor allem das Ende der Kontrolle der Sandinisten über die Streitkräfte. (taz 27.5.88) Der stellvertretende Außenminister Tinoco forderte die Contras auf, bis September ihre Waffen niederzulegen und ins Zivilleben zurückzukehren. Der Leiter der Contra-Delegation, Alfredo Cesar warf der sandinistischen Regierung vor, die Ende März in Sapoa getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten zu haben. Die politischen Gefangenen seien nicht freigelassen worden. (FAZ 27.5.88)

Vor der nächsten Runde der Friedensverhandlungen Anfang Juni sind die Kämpfe zwischen der Armee und den Contras wieder aufgeflammt. Nach Berichten aus Managua sind in den ersten Junitagen mind. elf Contras bei Feuergefechten in verschiedenen Teilen des Landes getötet worden. (taz 6.6.88) Präsident Ortega beschuldigte die Contras in Managua sie wollten offenbar den Krieg weiterführen. Hunderte von Contras seien unter dem Schutz der vereinbarten Feuerpause aus Honduras einmarschiert nach Nicaragua. Ortega führte weiter an, daß der militärische Contra-Führer Bermudez, ein Offizier der Nationalgarde des früheren Diktators, auf Anweisung der US-Regierung die bisherigen Waffenstillstands-Abkommen brechen und die Verhandlungen sabotieren solle.

Ab Dienstag, den 7. Juni fanden weitere Verhandlungen zwischen der Regierung und den contras in Managua über die Beendigung des seit über sieben Jahren dauernden Krieges statt. Als Berater wirkten zwei bundesrepublikanische Politiker mit: auf Seiten der nicaraguanischen Regierung der SPD-Politiker Wischnewski, für die Contra der CDU-Politiker Scharrenbroich. (FAZ 6.6.88)

Am Do., den 9. Juni, gab Alfredo Cesar, der Verhandlungsführer der Contra, das Ende der Verhandlungen bekannt und erklärte den Friedensversuch für gescheitert. Die Contra wolle jedoch weiterhin um eine friedliche Lösung ringen. Allerdings weigerten sie sich, ein gemeinsames Abkommen zur Verlängerung des Waffenstillstandes zu unterzeichnen und einen neuen Verhandlungstermin festzulegen. In ihrem ultimativen Papier, das die Contras zu den Verhandlungen vorgelegt hatten und das in einigen Punkten dem Abkommen von Sapoa eindeutig widersprach, forderten sie eine sofortige Amnestie aller wegen politischer Delikte Verhafteten, während das Abkommen von Sapoa eine etappenweise Entlassung und eine Überprüfung der Fälle durch die Menschenrechtsorganisation

der OAS vorsieht. Weitere Contra-Forderungen, wie freie Wahlen, Trennung von Partei und Staat, Trennung von Partei und Armee, unabhängige Gerichtspartei, Wahrung aller bürgerlichen Freiheiten und Organisationsrechte, Wahrung der Menschenrecht nahm die Regierung in ihren Verhandlungsvorschlag auf. (taz 11.6.88)

Hans-Jürgen Wischnewski machte nach dem Treffen die von den USA gestützten contras für den Mißerfolg der Friedensbemühungen verantwortlich. Dies sei vor allem dem wachsenden Einfluß des Militärbefehlshabers der Contra, Enrique Bermudez, zuzuschreiben, der seit Anbeginn ein Gegner des Waffenstillstandsabkommens gewesen sei. Wischnewski bezeichnete die Contras als unseriös. Die sandinistische Regierung hingegen sei mit ihren Angeboten an die Contras weit über das im Mittelamerika-Friedensplan Festgelegte hinausgegangen. Die Sandinisten hätten in ihren Themenvorschlägen alle Wünsche der Contras berücksichtigt. Die Contras hätten hingegen zwei Stunden vor Schluß der Gespräche überraschend ein umfangreiches neues Papier mit zum Teil absurden Forderungen vorgelegt, u.a. mit dem Wunsch nach einem eigenen Büro in Managua. (taz 15.6.88)

Nach dem Scheitern der Gespräche zwischen Regierung und Contra verschärften sich die Auseinandersetzungen innerhalb der contras. Nachdem erneut am Mo., den 20.6. der Vorschlag der nicaraguanischen Regierung für weitere Verhandlungen vor Ablauf des zeitlich begrenzten Waffenstillstandes am 30. Juni in eine neue Verhandlungsrunde einzutreten abgelehnt worden ist, (taz 22.6.88) hat sich wenige Tage danach der Contra-Führer Pedro Joaquin Chamorro auf die Seite der Kritiker des umstrittenen Militärchefs der Contra, Enrique Bermudez, geschlagen und den Rücktritt des Oberbefehlshabers gefordet. Chamorro ist für eine Fortsetzung der Friedensverhandlungen mit der Regierung in Nicaragua. (taz 24.6.88)

Mittlerweile haben die Contras einer Verlängerung des Waffenstillstandes grundsätzlich zugestimmt, weitere Verhandlungen in Managua lehnten sie jedoch ab, mit der Begründung, ihre Sicherheit wäre in Managua nicht gewährleistet, sie fühlten sich bedroht.

Durch ihre Verzögerungstaktik, ihre innere Verstrittenheit und fadenscheinigen Argumente verliert die contra zunehmend an Glaubwürdigkeit. Die unterschiedlichen Positionen können sowohl die Befürchtung nähren, daß die contra die Gespräche endgültig abbricht und mit der erneuten verstärkten Unterstützung der US-Regierung sich für einen militärischen Vernichtungschlag rüstet. Wenn sich jedoch die verhandlungswilligen Vertreter mit ihrer Position durchsetzen sollten,

könnte dies bedeuten, daß vielleicht doch in absehbarer zeit der Krieg ein Ende nehmen könnte. Der Bevölkerung in Nicaragua wäre es zu wünschen. Sie hat unter dem Katz-und Maus-Spiel der Contra am stärksten zu leiden. (Aber um sie geht es am allerwenigsten.)



## **COSTA RICA**

## »Halbzeit« der Regierung Arias: Strukturanpassung und Nobelpreis

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Oscar Arias hat die "Halbzeit" seiner vierjährigen Amtszeit hinter sich. Vor seiner Wahl hatte er geäußert, daß den Costaricanern innenpolitisch großer Spielraum bliebe, wenn sie nur außenpolitisch treu ihre anti-sandinistische Stellung an Seiten der US-Regierung hielten. Seine tatsächliche Politik war eher umgekehrt: Die costaricanische Gesellschaft wird einem, wenn auch modifizierten, Anpassungsprozeß nach Weltbank-Muster unterzogen, während die Erarbeitung einer eigenständigen außenpolitischen Linie mit dem Friedensnobelpreis und dem Zorn der US-Regierung "belohnt" wurde.

#### Krise als Dauerzustand

Am Ende der Regierungsperiode.von Präsident Monge (1982-1986) verkündete die scheidende Regierung, die schwere Wirtschaftskrise, die das Land zu Beginn der achtziger Jahre erfaßt hatte, sei überwunden. Nun war der Regierung Monge in der Tat relativ kurzfristig eine bemerkenswerte Stabilisierung gelungen - u.a. war die Inflation von 81,7% 1982 auf 10,9% 1985 gedrosselt worden, die Reallöhne waren wieder fast auf Vorkrisenniveau gestiegen, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Diese Erfolge waren aber in großem Maße den kräftig fließenden Krediten und Schenkungen der USA zu verdanken, und von einer Reaktivierung der Wirtschaft, die der Stabilität eine dauerhafte Grundlage gegeben hätte, konnte nicht gesprochen werden. Der Finanzminister der neuen Regierung Arias, Fernando Naranjo, erklärte denn auch gleich nach Amtsübernahme, daß die Krise mitnichten überstanden sei. In der Zwischenzeit hatten ja auch viele im Vertrauen auf die Erklärungen Monges und daher in der Hoffnung, daß es von nun an bergauf ginge, ihr Wahlkreuzchen bei der Partido Liberación Nacional (PLN) Monges und Arias' gemacht.

Die Behauptung der Regierung Monge steht schon in scharfem Kon-Auslandsverschuldung, die wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern unbezahlbar und ein ständiges Hemmnis für jegliche Reaktivierungspolitik ist. Haben unter der Regierung Monge zunächst die reichlichen Neuzuflüsse den Schulden-

dienst z.T. gedeckt (mit der Folge der weiteren Erhöhung der Schulden - zwischen 1981 und 1986 um 33%, Balance 18, S.7), sind diese in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen - von 1984 604 Mio. \$ Nettokapitalimport auf 1986 185,4 Mio \$ (Balance 20, S.15). Dies liegt zum Teil an der Spar-Politik im US-Kongreß; darüber, inwieweit auch außenpolitisch motivierter Druck dahintersteht, kann nur spekuliert werden. Jedenfalls hat die costaricanische Regierung seit Mitte 1986 ihren Schuldendienst stark gedrosselt und 1987 nur 120 Mio. \$ gezahlt (1985: 507 Mio. \$. 1986: 450 Mio. \$. Balance 23, S.10f). Außer mit diesem Quasi-Moratorium versucht die Regierung Arias von den Gläubigern günstigere Bedingungen und eine Kopplung des Schuldendienstes an die Exporterlöse gewährt zu bekommen. Bislang ohne Erfolg.



Das Gebäude der Zentralbank - und des IWF-Büros

## Wirtschaftspolitik = Stabilitätspolitik

Das zentrale Dokument der Stabilitätspolitik ist - wie so oft heutzutage - die Absichtserklärung der Regierung gegenüber dem IWF. Auch die Instrumente dieser Politik sind aus anderen Ländern bekannt, sie werden jedoch durchaus unterschiedlich scharf und konsequent angewandt, was der Vielzahl der sozialen und politischen Kräfte entspricht, die politisch Einfluß nehmen kön-

Begrenzung der Staatsdefizits: Das Defizit der Zentralregierung sank zwischen 1984 und 1987von 3,1 auf 2,2% des Bruttoinlandsprodukt, das des gesamten öffentlichen Sektors von 6,2 auf 3,8%. Dabei wurde eine Doppelstrategie aus Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen ("Steuerpaket", Ende 1987) befolgt. Trotz stän-

diger Beteuerungen, daß die Lasten der Stabilitätspolitik gleichmäßig verteilt werden sollten, sind die Sozialausgaben in den letzten Jahren anteilsmäßig und auch in realen Zahlen deutlich zurückgegangen. So betrug der Anteil der Posten Erziehung, Gesundheit, Sozialversicherung und Wohnungsbau am Budget 1978 52%, 1984 nur noch 41,5% (Balance 16, 12). Und die Kürzungen im Sozialbereich werden fortgesetzt, z.T. werden Sozial- und Gesundheitsprogramme zugunsten des Wohnungsbaus beschnitten, der von der Regierung zur obersten Priorität erklärt wurde, z.T. werden diese Programme aber einfach zur Gesundung des Haushaltsdefizits zusammengestrichen. Ist dieses auf dem Weg zur Besserung, so tauchen gleichzeitig im Land verschiedene Krankheiten wieder auf, die in Costa Rica bereits als besiegt galten. Eine Ursache dafür sind die Kürzungen im Bereich der Prävention (Kinderspeisung, hygienische Maßnahmen), die vor allem die ländliche Bevölkerung treffen (MIDEPLAN, S.37ff). - Andere Elemente der Defizitverringerung sind die Privatisierung und Subventionssenkungen, auf die weiter unten zurückgekommen wird.



Im Sozialbereich gibt es rur Geld für Wohnungsbauprogramme

Restriktive Lohnpolitik: Während die Regierung Monge nach dem 42%igen Rückgang der Reallöhne zwischen 1979 und 1982 auf ihre Erholung zielte, und dieses ein wichitges Element der Reaktivierung darstellte (Auslastung ungenutzter Kapazitäten über Kaufkrafterhöhungen), wurde unter der Regierung Arias ein neues Modell der Lohnanpassung entwickelt, das einen Inflationsausgleich, jedoch keine Reallohnerhöhungen mehr vorsah. Tatsächlich blieb der Reallohn 1987 praktisch konstant (nach offiziel-

len Zahlen Anstieg um 0,6%), womit zwar den Forderungen der Industriekammer, den Reallohn zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu drücken, nicht nachgekommen wurde, die gerade auf der Höhe des Mindestlohnes aber völlig unzureichenden Einkünfte jedoch auch nicht erhöht wurden. Der Mindestlohn deckt zur Zeit gerade den Nahrungsbedarf, reicht jedoch nicht für die Befriedigung anderer Grundbedürfnisse wie Wohnung und Kleidung (MIDEPLAN, S.35f) – statistisch gesehen.

Die Kreditpolitik war in den ersten beiden Jahren der Regierung Arias entgegen den Verpflichtungen gegenüber dem IWF durchaus nicht restriktiv. 1987 stieg die interne Kreditsumme um 73,8%, und während der Kredit an die Privatwirtschaft um einen Prozentsatz etwas über der Inflationsrate wuchs, stieg derjenige für den Staat auf das Vierfache des Vorjahres. Diese der IWF-Strategie völlig zuwider laufende Politik hatte ihre Ursache u.a. darin, daß das erwähnte Steuerpaket im Parlament "festhing", die Ausgaben aber nicht weiter gedrosselt werden konnten.

#### ...plus Strukturanpassung

Juli/August 1988

Die Reaktivierung wird unter der Regierung Arias noch stärker als unter seinem Vorgänger von den sogenannten nicht-traditionellen Exporten (also nicht: Kaffee, Bananen, Zucker, Fleisch) in "Drittmärkte" (v.a. USA, Europa) erhofft. Dafür wurden einerseits umfangreiche und teure Förderungs- und Anreizmechanismen entwickelt, dafür steht andererseits aber auch das gesamte Konzept der "Strukturanpassung" an die Vorgaben des Marktes, welches gerade eine Rücknahme der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft fordert. Da viele der nicht-traditionellen Produkte aber staatliche Eingriffe in Form von Subventionen usw. benötigen, wächst hier ein Konflikt zwischen den verschiedenen Interpretationen von Exportorientierung, bzw. den dahinterstehenden Gruppen heran. Einige Elemente der jetzigen Anpassungspolitik in Costa Rica sind:

Verstärkter Markteinfluß im Finanzsystem: Neben den staatlichen Geschäftsbanken wurde Privatbanken und Kreditinstituten (den sog financieras) immer vielfältigere Geschäfte auf dem Finanzmarkt erlaubt. Gleichzeitig wurden die politischen Vorgaben für die Staatsbanken, die ursprünglich zugleich als Entwicklungsbanken begriffen wurden, mehr und mehr zurückgenommen, damit sie in der Konkurrenz mit den privaten bestehen können (Tribuna Económica 2/1987). Auch für die Kreditvergabe der staatlichen Banken soll verstärkt der Rentabilitätsgesichtspunkt ausschlaggebend sein. Und daß auf diesem Markt Geschäfte zu machen sind, zeigen die neuen Luxusgebäude der Privatbanken, die bedeutendsten architektonischen Veränderungen im Zentrum San Josés in den letzten Jahren. Wo die Gewinne hoch sind, ist der Fall aber besonders tief: Nach dem Krach der New Yorker Börse, wo offensichtlich viele der financieras spekuliert hatten, um die bis zu 30%

(real!) hohen Zinsen zahlen zu können, und nach einigen die Liquidität begrenzenden Maßnahmen der Zentralbank zur Bekämpfung der Inflation Ende 1987 gingen eine Reihe der größten financieras bankrott. Costa Rica hatte seinen Finanzskandal: viele kleine Sparer, die sich von den hohen Zinsen hatten anlocken lassen, um ihr Geld gebracht, Flucht ins Ausland und Selbstmord von financiera-Eigentümern, Aufstand der Gläubiger, um zu retten, was zu retten ist usw. (aportes 42). Gleichzeitig wurde die Diskussion um die Zukunft des Bankensystems wieder angeheizt, da die Bankenverstaatlichung 1948 zu den zentralen Maßnahmen bei der Herausbildung des "sozialdemokratischen" Entwicklungsmodells der PLN gehört hatte, das mit der Wirtschaftskrise Anfang der achtziger Jahre an seine Grenzen gestoßen war.



Strukturanpassung in der Landwirtschaft

Der Abbau staatlicher Subventionen (bei Preisen und Krediten) hat vor allem die Produktion von Grundnahrungsmitteln getroffen (vgl. LN 167). Die restriktive Politik in diesen Bereichen hat dazu geführt, daß Costa Rica 1988 Reis und Mais einführen muß, wovon 1986 noch Überschüsse produziert wurden. Die Regierung bekennt sich allerdings weiterhin dazu, bei diesen und anderen Grundnahrungsmitteln die nationale Selbstversorgung sicherstellen zu wollen. Bleibt abzuwarten, welche Taten diesen Worten folgen werden.

Die Privatisierung von Staatsbetrieben wird gegenüber dem Drängen von USAID und der Weltbank eher langsam vollzogen. Als "costaricanische Variante" sollen die entsprechenden Betriebe oder Abteilungen z.T. in Arbeitnehmerunternehmen umgewandelt werden. Der größte Coup war bislang der Verkauf der modernen Zuckermühle und Alkoholdestillerie CATSA an die Genossenschaftsbewegung (an individuelle Mitglieder und Genossenschaften).

Um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, werden laufend Miniabwertungen des Colón vorgenommen. Damit werden gleichzeitig Importe verteuert, was zum einen die inländische Wirtschaft schützt, zum anderen einen ständigen Inflationsdruck erzeugt.

#### Wirtschaftspolitik und politische Auseinandersetzungen

Die "Öffnungspolitiker", die die strukturelle Anpassung der costaricanischen Wirtschaft und den Weltmarkt propagieren und innerhalb der Regierung von Zentralbankchef Lizano angeführt werden, sind weiterhin in der Offensive, allerdings ist es ihnen - wie einige der dargestellten Politiken zeigen - nicht gelungen, ihr Programm ungebrochen durchzusetzen. Widerstand dagegen formiert sich nicht nur bei den direkt Betroffenen, so bei den Bauern, wo Kleinbauernverbände sich jetzt zur Vertretung gemeinsamer interessen mit eher kapitalkräftigen Landwirten in einem Koordinationsgremium (Unión Nacional del Sector Agropecuario) zusammengeschlossen haben und bei den Gewerkschaften, wo die verschiedenen Dachverbände zum ersten Mal in einem relativ stabilen Gremium, dem Consejo Permanente de los Trabajadores, gemeinsame Positionen und Aktionen abstimmen. Widerstand gibt es vielmehr auch in Regierungspartei und Regierung selbst, wo die "Gradualisten" die Anpassung so behutsam wie möglich vollziehen wollen, um die "sozialen Kosten" so gering wie möglich zu halten. Das heißt z.B., daß Kleinbauern, für die sich der Anbau von Mais nicht mehr lohnt (bzw. nicht mehr lohnen soll), sollen genügend Zeit und Mittel für eine Diversifizierung oder Umstellung auf andere Produkte bekommen. Andere Gruppen warnen vor einer Orientierung auf die gegenwärtigen "komparativen Vorteile" und setzen statt einer daraus abgeleiteten Spezialisierung auf Billigprodukte mit entsprechend niedrigem Lohnund Qualifikationsniveau auf technologische Entwicklung, Qualifikation der Arbeitskraft und erhöhte Wertschöpfung im Lande selbst. Alle diese Gruppen haben es aber nicht vermocht, ein schlagkräftiges Gegenprojekt zu entwickeln, so daß sie häufig eher defensiv agieren, d.h. das Bestehende gegen neoliberale "Reformen" verteidigen müssen. Unter den costaricanischen Verhältnissen ist ihr Einfluß zwar auch so stark genug, dabei gewisse Erfolge zu erzielen, das Projekt "strukturelle Anpassung" schreitet jedoch voran.

## Wandel in der costaricanischen Außenpolitik

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Arias hatte seinen Wahlerfolg 1986 in nicht geringem Maße der Wahlkampftaktik zu verdanken, die Entscheidung zwischen ihm und seinem Konkurrenten Calderón als Frage von Krieg und Frieden darzustellen (vgl. LN 146). Zugleich war nach seinen Worten zu erwarten, daß er im Prinzip die Politik seines Vorgängers Monge fortführen würde, Costa Rica in den zentralamerikanischen Konflikten militärisch als neutral, politisch und ideologisch jedoch auf der Seite des "freien Westens" zu erklären. Tatsächlich fiel Arias bei seinem ersten größeren Auftritt auf der internationalen Bühne, bei einer Rede vor der UN-Vollversammlung. eher durch scharfe Angriffe auf die sandinistische Regierung, denn als Friedensstifter auf. Er warf ihr vor, Sandino verraten zu haben und die Bemühungen der Contadora-Gruppe ausgenutzt zu haben, "um Zeit für die Konsolidierung eines militärischen und totalitären Staates zu gewinnen".

Der politisch-ideologische Standpunkt war damit geklärt. Nachträglich drängt sich jedoch die Vermutung auf, daß es dabei zumindest auch darum gegangen sein könnte, die eigene ideologische Standfestigkeit und Bündnistreue zur USA zu-dokumentieren, bevor es zu Konflikten kommen würde. Und die ließen nicht auf sich warten, denn war der Contra und ihren Hintermännern in der Regierungszeit Monges nicht nur weitgehend freie Hand gewährt, sondern ihnen von ideologisch oder finanziell "motivierten" Funktionären der Regierung sogar Unterstützung geleistet worden, so machte Arias zunehmend Ernst mit der offiziellen Politik, von Costa Rica aus keine militärischen Aktionen gegen Nicaragua zu gestatten. Galt unter Monge - war es denn unmöglich, Aktivitäten der Contra im Norden Costa Ricas überhaupt zu leugnen - immer die Unwegsamkeit der Grenzregion und die schlechte Ausrüstung der Zivilgarde als Vorwand, solche Aktivitäten nicht unterbinden zu können, wurden plötzlich logistische Stützpunkte der Contra ausgehoben und sogar eine Versorgungslandepiste geschlossen, die - wie sich herausstellte - mit Billigung Monges nahe der Grenze zu Nicaragua angelegt worden war. Als auch ein Anruf des Ober-Contra Ollie North nachts um 3 Uhr bei Arias die Bekanntgabe und Schließung der Piste nicht verhindern konnte, wurde deutlich, daß die Administration Reagan es mit dem neuen Präsidenten schwerer haben würde. Nach dem Auffliegen des "Irangate"-Skandals mußte dann nicht nur North, sondern u.a. auch der US-Botschafter in Costa Rica Tambs (der vor dem Kongreßausschuß erklärte, daß seine Hauptaufgabe in San José die Organisation der Unterstützung der Contra war) und der örtliche CIA-Chef Fernández ihren Hut nehmen. Der Botschafterposten blieb längere Zeit unbesetzt, Ausdruck zum einen der Widersprüche innerhalb der US-Regierung. zum anderen des Grolls gegenüber der costaricanischen.

Arias kritisierte zwar weiterhin die Sandinisten, gleichzeitig entfaltete die costaricanische Regierung jedoch Aktivitäten, die die Schwächung der US-Regierung ("Irangate", Verlust der republikanischen Mehrheit im Senat) ausnutzte und schrittweise eine Strategie zur friedlichen Konfliktlösung entwickelte:

- im Februar 1987 ein Treffen der vier nicht-sandinistischen Präsidenten Mittelamerikas, auf dem Arias seinen Friedensplan zur Diskussion stellte.
- eine Europareise, die die Unterstützung der westeuropäischen Regierungen für eine friedliche Lösung erbrachte,
- "Esquipulas II", wo trotz der massiven Einflußnahme der USA der Friedenplan von allen zentralamerikanischen Präsidenten unterzeichnet wurde - was mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Arias weiter internationale Unterstützung erhielt,
- Einflußnahme auf den US-Kongreß gegen die militärische Unterstützung der Contra (als Folge mußte der costaricanische Botschafter in den USA, Guido Fernández, seinen Posten aufgeben. da die US-Regierung ihm unzulässiges "lobbying" vorwarf).
- "Esquipulas III" im Januar 1988 mit der Bestätigung der Politik der friedlichen Konfliktlösung.
- verschiedene Treffen der fünf zentralamerikanischen Länder mit den EG-Staaten (so Februar 1987 in Guatemala, Januar 1988 in Hamburg, Juni 1986 inManagua), wo die Mittelamerikaner gemeinsame wirtschaftliche Positionen vertreten.



Esquipulas II: Winken für den Frieden

An dieser Stelle können nicht die Vor- und Nachteile untersucht werden, die "Esquipulas II" und die folgenden Verhandlungen bzw. Nicht-Verhandlungen für die politischen Entwicklungen in den einzelnen Ländern hatten und haben. Festzuhalten ist jedoch, daß der Vertrag als zentralen und unabdingbaren Punkt für einen Konsens die Legitimität <u>aller</u> zentralamerikanischen Regierungen anerkennt und damit stärkt.

Woran lag es nun, daß Arias diese Politik entwickelte, die offensichtlich weit mehr war und ist, als nur das ideologische Element innerhalb einer integrierten Strategie der US-Regierung? In der Nordregion Costa Ricas hatte sich – in etwas schwächerem Maße als in der honduranisch-nicaraguanischen Grenzregion – eine Art "Contra-Land" herausgebildet, in dem nicht nur die Wirtschaft stark auf die kaufkräftige, weil dollargestützte Nachfrage der Contra-Aktivitäten ausgerichtet wurde, sondern in dem Contras auch weitgehend unbestraft Verbrechen vom Rinderdiebstahl bis zum Mord begehen konnten. Gleichzeitig wurde Costa Rica in diesem Zusammenhang zunehmend zu einer Drehscheibe des internationalen Drogenhandels. Die costaricanische Souveränität war zunehmend in Frage gestellt.

Gleichzeitig gab es eine reale Kriegsgefahr für Costa Rica, war doch bekannt, daß die US-Regierung sich die Option vorbehielt, einen Krieg gegen Nicaragua über einen Konflikt zwischen diesem Land und Costa Rica zu provozieren und zu legitimieren. Der erste Sicherheitsminister der Regierung Monge, Angel Edmundo Solano, der 1984 auf Druck der Rechtskräfte abgesetzt wurde (vgl. LN 130), berichtete z.B., daß der damalige US-Botschafter Winsor ihm einen solchen Plan unterbreitet habe. In einer Lage, in der die Regierung aber nicht die wirkliche Kontrolle über die Grenzregion innehat, ist ein entsprechender Vorwand leicht zu fabrizieren, wie verschiedene Grenzzwischenfälle gezeigt haben. Die großen Summen, die 1986 vom US-Kongreß für die Contra bewilligt wurden, ließen schließlich eine militärische Eskalation befürchten.

Letztendlich ist die Frage von Krieg und Frieden in Mittelamerika weiterhin auch ein wirtschaftliches Problem, denn auch wenn die Wirtschaftsstrategie mehr auf andere Exportmärkte zielt, bleibt die Lage des mittelamerikanischen Marktes für die costaricanische Wirtschaft ein wichtiger Faktor für Stagnation oder Wachstum.

Die Rechte in Costa Rica, die Arias' außenpolitische Aktivitäten zunächst verdammte, da sie den Sandinisten Zeitgewinn und Legitimität erbrachten, mußte nach den diplomatischen Erfolgen und v.a. dem Nobelpreis etwas zurückstecken und kritisierte danach v.a., daß Arias sich zu sehr um die Außenpolitik kümmere und innere Angelegenheiten vernachlässige. Die Argumentation kommt auch durchaus an, denn wenn auch Arias' Popularitätskurve mit dem Nobelpreis nach oben ging, ist Außenpolitik als solche in Costa Rica

doch wenig massenwirksam, und die Alltagsprobleme haben für die große Mehrheit größere Bedeutung. Auf der anderen Seite riskierte Arias es nicht, auf die Kriegsgefahr hinzuweisen, in die die US-Politik das Land gebracht hat, um die Administration Reagan nicht noch mehr zu verärgern.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Aber selbst in der PLN, seiner eigenen Partei, ist Arias trotz der außenpolitischen Erfolge nicht unbestrittene Leitfigur. Das liegt weniger an der Kritik an seiner Wirtschaftspolitik, da — wie erwähnt — ein chancenreiches Alternativkonzept nicht vorliegt, sondern v.a. am Gerangel um die Kandidatur für die 1990er Präsidentschaftswahlen. Das zeigte sich, als bei der Wahl des Nachfolgers des PLN-Generalsekretärs Araya, der jetzt Kandidat werden möchte, nicht der Favorit Arias', Danilo Jiménez, ein mehrfacher Minister und Schwiegersohn des "großen, alten Mannes" der costaricanischen Politik, Jose Figueres, gewählt wurde, sondern ein vorher weitgehend unbekannter Aspirant, von dem die Vor-Kandidaten Araya und Castillo offensichtlich Neutralität erwarteten.

Quellen: Balance de la Situación, Tribuna Económica, aportes, La Nación, MIDEPLAN: Evolución Económica y Social de Costa Rica, Primer Semestre de 1987, San José Dic.1987



Protestveranstaltung gegen den IWF und die Landwirtschaftspolitik der Regierung

## **EL SALVADOR**

#### Armee entführt Rücksiedler

Am Dienstag, den 31. Mai 1988, drangen ungefähr 300 Soldaten in die Hacienda Florida bei Panchimilama, Verwaltungsbezirk San Miguel Tepezonte, Departement La Paz, ein. Dort hatten sich Anfang 1988 sechs Kriegsvertriebenen-Familien mit Unterstützung der Lutherischen Kirche El Salvadors wieder angesiedelt. Nach Pachimilama selbst hatte sich Anfang 1987, ebenfalls unterstützt von der Lutherischen Kirche und organisiert von der "Nationalen Koordination für Rücksiedlung" eine größere Gruppe von Kriegsvertriebenen zurückbegeben.

Die Soldaten verhörten die Männer der Hacienda, und am nächsten Tag entführten sie EUGENIO MEJIA, 47 Jahre alt, und MIGUEL AN-GEL SERRANO, 42 Jahre alt, mit einem Hubschrauber, wobei sie auch die Lebensmittelvorräte für einen Monat mitnahmen. Diese Vorräte waren den Leuten von der Lutherischen Kirche zur Überbrückung der Zeit bis zur ersten Ernte zur Verfügung gestellt worden.

Ihr werdet gebeten, in Briefen und Telegrammen an General Juan Rafael Bustillo, Luftwaffe, und General Adolfo O. Blandón, Oberbefehlshaber der salvadorianischen Streitkräfte, Eure Sorge zum Ausdruck zu bringen und die sofortige Freilassung der beiden Männer zu fordern.

Am Mittwoch, dem 8. Juni 1988, wurde im Flüchtlingslager Mesa Grande, Honduras der 26 jährige salvadorianische Flüchtling EBELINO AYALA BONILLA von Angehörigen der hondurenischen Armee angeschossen. Er liegt jetzt, schwerverwundet am Magen und in der Schulter, im Krankenhaus in Tegucigalpa.

Ihr werdet gebeten, in Briefen und Telegrammen an den hondurenischen Präsidenten José Azcona Hoyo, Presidente de la República, Casa Presidencial, Tegucigalpa, Honduras, Telex 1129, und an den Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, Jean Pierre Hocké, UNHCR, Palais des Nations, CH-1211 Genf, Schweiz, energisch gegen diesen neuen Übergriff der hondurenischen Armee zu protestieren und Eure Sorge über die Häufung der militärischen Angriffe auf salvadorenische Flüchtlinge in Honduras auszudrücken. Fordert bitte den UNHCR auf, seinem Schutzauftrag endlich gerecht zu werden.

Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V., c/o ZEF, Pariser Str.7, 8000~Munchen~80

## **CHILE**

## Kinderprostitution in Chile

Kleine Mädchen am Tag, Frauen in der Nacht

Schmutzig, heruntergekommen und barfuß ziehen die Mädchen ziellos und naiv durch die poblaciones und die Straßen. Wie Tiere halten sie sich den Rücken frei, um nicht zuviel leiden zu müssen. Plötzlich merken sie, daß sie seit langem Hunger haben, gedemütigt und frustriert sind. Sie haben keine Eltern, die ihnen Zärtlichkeit, Brot oder irgendeine Puppe geben, die sie im Fernsehen gesehen haben.

Sie sind 8, 12 oder 15 Jahre alt. Sie wissen, daß es andere Mädchen gibt, die ein bißchen mehr Geld haben, die zumindest keinen Hunger leiden. Diese machen sich zurecht und ziehen sich auffällig an. Sie haben Schuhe und kaufen sich manchmal sogar Süßigkeiten. Sie arbeiten an der 'rotonda' (Kreisverkehr). Die berühmte 'rotonda', von wo das Geld kommt.

Sie blicken auf ihre nackten und schmutzigen Füße, wollen was zu Essen, etwas Respekt innerhalb der Familie, und etwas zu Naschen wäre auch nicht schlecht. Sie fangen an, zur rotonda zu gehen. Jetzt spielen sie nicht mehr wie Kinder, ziehen nicht mehr ziellos durch das Viertel. Jetzt schleichen sie um die Oben-Ohne-Bars herum, auf den Straßen, auf der Suche nach Männern, die für ihre kindlichen Körper bezahlen. Und während sie in diese Autos einsteigen und aussteigen, verlieren sie ihre Kindheit, ihre Liebe zu sich selbst, ihre Identität.

Wenn es dunkel wird, kommen sie aus ihren poblaciones. Aufgemacht und aufgeputzt lenken sie ihre Schritte allein oder in einer Gruppe Richtung rotonda.

Frierend, aber mehr vor Angst als vor Kälte stehen sie und warten auf Kunden. Besorgt, einige denken an das Geld, das sie in dieser Nacht zusammenbekommen müssen, andere beten, daß sie nicht an einen Verrückten geraten, der sie umbringt, oder daß nicht die Polizei kommt, oder die Schläger aus dem Viertel, die scharf darauf sind, ihre Körper wüst zuzurichten.

Aus ihren Ängsten werden sie hochgerissen, wenn die unterschiedlichsten Autos vor den Mädchen halten. Teure Autos, billige, große, kleine. Mögliche Kunden. Die Mädchen produzieren sich, um erwählt zu werden.



Foto: Kena Lorenzini

Die glücklich Erwählte handelt den Preis mit dem Kunden aus. Er schwankt normalerweise zwischen 500 und 1.000 Pesos (2-4 US-Dollar). Wenn sie sich einig sind, gehen sie weg von der rotonda und suchen einen dunklen unbewohnten Platz, vielleicht ein verstecktes verlassenes Stück Land.

Im Auto, dem gleichen, mit dem der Kunde mit seiner Familie ausfährt, befriedigen die Kunden, geschützt durch die Anonymität, ihre perversen sexuellen Gelüste, was sie mit ihren Frauen nicht machen können, sondern nur mit diesen 8, 10 oder 15jährigen Mädchen. Sie bezahlen dafür. Wenn sie fertig sind, bringen sie die Mädchen an den selben Ort zurück, wo sie sie gefunden haben. Dort sie warten müde auf den nächsten Kunden.

Die rotondas sind bekannte Plätze, wo die Mädchen auf den Strich gehen. Sie müssen damit rechnen, daß sie vergewaltigt, mißhandelt oder rausgeschmissen werden, oder sogar ein Messer reingejagt bekommen. Denn auf der Straße kann alles passieren. Und sie wissen dies schon, trotz ihrer jungen Jahre.

#### Es war einmal ein Mädchen ...

Zerrüttete Familienverhältnisse sind der gemeinsame Nenner dieser jungen Prostituierten. Meist hat einer der Ehepartner das Heim verlassen. Die zugezogenen Verwandten, die nach Santiago gekommen sind, um Arbeit zu suchen, aber keinerlei Einkommen haben, leben mit in der viel zu kleinen Hütte. Die Familien leben in extremer Armut. Es gibt viel Arbeitslosigkeit und wenig zu essen. Die erdrückende Enge und die häufig wechselnden Geschlechtspartner der Mitbewohner bestimmen das Milieu dieser Häuser aus Ziegel, Karton und Holz. 5 oder 6 Menschen pro Zimmer, 3 oder 4 teilen sich ein Bett.

Aufgrund dieser Lebensbedingungen haben die Mädchen von klein auf Kontakt mit der Sexualität, einer meist rohen Sexualität, bekommen. Sie beobachten direkt die sexuellen Beziehungen ihrer Eltern und Verwandten, erleben eine rohe Sexualität, die die Frauen passiv über sich ergehen lassen, und die für sie wenig Vergnügen bringt, während der Mann ohne jedes Gefühl die Befriedigung seiner animalischen Bedürfnisse sucht. Es kommt auch häufig vor, daß diese Mädchen von diesen zugezogenen Familienangehörigen oder sogar vom eigenen Vater vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden sind. So machten sie auf sehr direkte Weise sexuelle Erfahrungen, jedoch ohne jegliche Information, die es ihnen ermöglichen würde, das zu verarbeiten, was sie erlebt haben.

#### Armut verpflichtet

Die Arbeitslosigkeit regiert in diesen armen Familien der poblaciones. Und obwohl es viele sind, die in so einem Haus leben, sind die Quellen der Einkünfte sehr karq. Fast alle sind arbeitslos oder arbeiten in einem der völlig unterbezahlten Arbeitsbeschaffungsprogramme (PEM, POJH). Die Mütter müssen außer Haus als Hausangestellte oder Waschfrauen arbeiten, die kleinen Mädchen müssen unausweichlich vorzeitig die Schule verlassen, um die kleineren Geschwister zu versorgen. Sie verbringen ihre Zeit damit, die Rolle der Hausfrau zu spielen, nicht mehr wie früher, wo sie mit anderen Mädchen aus der poblacion "Hausfrau" oder "Mutter" spielten. Jetzt ist das Spiel Wirklichkeit geworden und endgültig. Sie müssen ihre Lust, mit den Puppen zu spielen mit den Pflichten im Haushalt in Einklang bringen.

Dieses Klima des familiären Verlassenseins, zusammen mit dem Abgang von der Schule und der extremen Armut bringt für die Mädchen eine tiefe Spannung und Perspektivlosigkeit. Sie wissen nicht, was morgen mit ihnen passiert. Sie haben keine Familie, die sie emotional und ökonomisch unterstützt. Sie haben auch keinerlei weitergehende Schulbildung. Sie identifizieren sich immer mit den Schlechtesten, den Drogenabhängigen und Prostituierten. Das sind zwei gebranntmarkte Gruppen innerhalb der poblacion. Und die Marginalität, in der sie gewöhnt sind, zu leben, bringt sie diesen Gruppen näher. Sie identifizieren sich mit der Problematik und den Frustrationen die diese erleben. Und diese Marginalität verursacht ein familiäres Gefühl. Sie nähern sich den Drogenabhängigen, die eine Form der Realität zu entfliehen, repräsentieren, und den Prostituierten, die ihnen eine Strategie zum Überleben zeigen.

Diese Freundeskreise sind wichtige Sozialisationspartner geworden. Mit ihnen verbringen sie die meiste Zeit, lernen ihre Gewohnheiten, ihre Umgangsformen, ihren Zeitvertreib und ihre Gebräuche, ihre Art, ihre Lebensphilosophie.

Einmal in diesem Kreis, ist der Schritt zur Prostitution klein.

Immer wenn das Geld fehlt, lockt die rotonda, die wichtigste Alternative für ein Einkommen. Wer dort hingeht, muß keinen Hunger leiden, sie hat Kleidung und Schminke. Es genügt ein kleiner Schubs irgendeiner Freundin - oder manchmal sogar der eigenen Familie und die Prostitution ist eine Tatsache.



La prostitución: única forma de sobrevivencia

Die Prostitution: Die einzige Form zu überleben

#### Kinder, rotonda und andere Alpträume

Attraktiv, dunkelhäutig und sehr gesprächig: Andrea (Name von der Red. geändert) ist 17 Jahre alt. Sie hat bereits drei Kinder. Fast jeden Tag geht sie zur 'Rotonda Grecia', für die 2.000 Pesos, die sie braucht, um ihre Familie und ihre Kinder zu ernähren. Am Anfang war ihre Familie total dagegen und hat versucht, sie davon abzuhalten. Aber da sie die einzige ist, die nennenswerte Einkünfte nach Hause bringt, sagen ihre Mutter, ihre Geschwister und die Verwandten mittlerweile nur, daß sie auf sich aufpassen soll. Von den 12 Personen, mit denen sie in ihrer dürftigen Hütte in der Nähe der rotonda lebt, haben nur zwei Arbeit und beide im POJH. Die ganze Familie lebt



Armut in den poblaciones von Santiago: Der Erlös aus dem Papier- und Kartonsammeln ist viel zu gering, um davon eine Familie zu ernähren

Foto: Lisa Luger

letztendlich von dem Geld, das sie durch die Prostitution verdient. Wie viele der kindlichen Prostituierten fordert Andrea von ihrer Familie, daß man sie respektiert und ihren Beruf akzeptiert. Sie fordert auch, daß ihre Mutter auf ihre Kinder aufpaßt.

Sie fing mit 13 Jahren an, auf den Strich zu gehen. In der 6. Klasse ging sie von der Schule ab und schloß sich mit einer Freundin einer Gruppe von 'neopreneros' an (Jugendlichen, die den Klebstoff Neopren schnüffeln). Einige Zeit später brachte sie die Freundin mit einem alten Mann zusammen, "der für sexuelle Beziehungen bezahlt". Aufgrund des ökonomischen Vorteils, den ihr die Besuche des Mannes einbrachten, begann sie nun, regelmäßig der Prostitution nachzugehen.

Trotz ihrer Arbeit benutzt Andrea, wie die Mehrheit der jugendlichen Prostitutierten, keinerlei Verhütungsmittel. Es gefällt ihr überhaupt nicht, daß ihr jemand eine Spirale einsetzt. Vielleicht ist es ihre Art, das Risiko nicht wahrnehmen zu wollen; die kleinen Mädchen, die wie Erwachsene leben müssen. Andrea bekam ihr erstes Kind mit 14 Jahren. Mittlerweile hat sie drei und sicher wird sie noch mehr haben, mit allen Risiken, die für die Mutter und das Kind eine frühreife Schwangerschaft bedeutet.

Geschlechtskrankheiten und AIDS sind andere schwerwiegende Gefahren, denen sie ausgesetzt sind. Andrea sagt, daß sie, um Infektionen zu vermeiden, es lieber "auf französisch" macht (oraler Geschlechtsverkehr). "Der Samen ekelt mich an, aber wenn man es auf französisch macht, putzt man sich die Zähne, und fertig".

#### Paseo Ahumada: das Gesetz der Straße

Rund um die Plaza de Armas und einige Fußgängerzonen im Zentrum Santiagos ziehen die streunenden Mädchen umher. Mit schmutzigen Gesichtern und zerrissener Kleidung laufen sie durch die Straßen, betteln, verkaufen Bonbons und manchmal stehlen sie. Wenn es damit nicht reicht, prostituieren sich die kleinen Mädchen, für einen Teller Essen oder ein paar Münzen.

Sie leben in Gruppen. Verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen Gewohnheiten schließen sich diese heimatlosen, herumstromernden Kinder in ihrer Hilflosigkeit und Einsamkeit zusammen. Nachts treffen sie



Eine typische Szene: Kleine Mädchen bieten älteren Männern Blumen an; in einigen Fällen ist es nur ein Vorwand für eine sexuelle Transaktion.

sich in ihrer Behausung. Das sind verlassene, unbewohnte Orte – normalerweise halb verfallene Häuser oder Brücken am Mapocho – wo sie übernachten.

Einige dieser Kinder versuchen durch Straßenhandel, Geld zu verdienen. Angesichts schlechten Einkünfte wenden sie sich dem Verkauf ihrer Körper zu. Das ist gefragter und wird besser bezahlt. Andere Kinder verkaufen Blumen oder Obst auf der Straße. Aber manchmal bieten sie mit den Blumen auch ihren Körper an und gehen mit dem Kunden, der sie anspricht. Nicht alle Mädchen in diesem Milieu gehen der Prostitution nach. Schmutzig, abgerissen und kindlich wirken diejenigen, die es nicht machen. Aufgeputzt und aufreizend zurechtgemacht sind diejenigen, die schon drinstecken.

#### Über Zuhälter, Kunden und andere Schmarotzer

Einige sind von ihren Familien verlassen, andere sind weggelaufen. Von ihren Eltern sind sie schlimm mißhandelt worden: Schläge, Unterdrückung, unglaublich brutale Strafen. Ihre Familien schicken sie normalerweise zum Straßenhandel, und wenn sie nicht das nötige Geld zusammenbekommen, werden sie brutal geschlagen. So bleibt das Kind lieber die Nacht auf der Straße, statt von den Eltern erneut mißhandelt zu werden. Von dort gehen sie nicht mehr zurück. Es gibt nur einen Weg: Sie entscheiden sich, ihre primitive Hütte zuhause gegen die Schlupfwinkel einzutauschen, und ihre Familien gegen andere streundende Kinder.

Aber es gibt auch Situationen, in denen die Kinder, die Straße, ihre Schlupfwinkel und die anderen vagabundierenden Kinder verlassen und eine "dauerhafte" Behausung anstreben.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Die hübschesten von ihnen werden durch organisierte Netze der Prostitution eingefangen. Ein Vermittler spricht mit ihnen, überzeugt sie und bringt sie in Hotels in der Nähe des Mapocho. Sie leben dort ständig, und der gleiche Zuhälter bringt ihnen die Kunden. Wenn es Jungs sind, ist der Preis höher als bei Mädchen.

Aber diese Arbeit ist so intensiv, daß sie sich innerhalb von wenigen Monaten eine Infektion geholt haben oder krank sind. Dann werden sie auf die Straße zurückgeschickt.

Wieder auf der Straße fangen sie von Neuem an zu arbeiten. Immer gibt es einen Kellner, einen Taxifahrer, der sie mit neuen Kunden zusammenbringt. Und der Kontakt ist fast öffentlich. Mitten unter den Büroleuten, und bummelnden Seketärinnen und Polizisten, die täglich den 'Paseo Ahumada' entlang gehen, gibt es jede Art von Vermittlern, Zuhältern und Zimmervermietern.

Mittendrin sind auch die Mädchen und Jungen als Prostituierte unter der Verkleidung eines Bettlers oder einer Verkäuferin versteckt. Mittendrin die Kunden. In normaler Erscheinung, alle möglichen Typen, jeden Alters und sozialer Klasse, regeln sie mitten auf dem 'Paseo Ahumada', im Licht der Sonne und unter den Augen aller, die notwendigen Schritte und Verhandlungen, um sexuellen Kontakt mit den Mädchen und Jungs im Alter von 8-15 zu bekommen.

#### Pausenlose Demütigungen

Etwas älter sind die in den Nachtbars, in Massagesalons und ähnlichen Etablissements. Sie sind älter als 16 - normalerweise. doch die Kellner dieser Lokale fungieren auch als Vermittler von kleinen Mädchen.

Dort arbeitet man nach Stunden, mit mehr oder weniger stabilen Löhnen und verschiedenartigen Funktionen. Einige sind Bardamen, andere Animiermädchen und schließlich Tänzerinnen. Unbarmherzige Arbeitszeiten haben diese Mädchen. Sie müssen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends arbeiten, ohne Pause. Um das Anstrengende und Schockierende dieser Arbeit auszuhalten, flüchten viele in die Drogen.

Sie sehen keine Sonne, verlieren den Überblick dessen, was in ihrem Land passiert, und brechen den Kontakt zu ihren Familien und Kindern ab. Aber sie sind an diesen Lebensstil gewöhnt. Sie fühlen sich dieser demütigenden kleinen Welt zugehörig, in der sich Drogen, Alkohol und Prostitution vermischen.

#### Neue Formen der Kinderprostitution

Juli/August 1988

Die Kinderprostitution gab es in Chile immer schon, verbunden mit Stadtstreichern. Sie hat jedoch in der letzten Zeit neue Formen angenommen. Jetzt gibt es sie innerhalb der Familie der poblaciones, und die Prostitution wird ausgeübt, um die Familie zu erhalten. Sie existiert in massiver Form, weil auch die Nachfrage der Kunden sprunghaft angestiegen ist. Es tauchen außerdem neue soziale Akteure im Sexualgeschäft mit Minderjährigen auf: Kellner, Taxifahrer etc., die ihre Rolle als Vermittler zwischen Mädchen und Kunden erfüllen.

Nicht nur für Geld prostituieren sich die Mädchen. Sehr häufig machen sie es für Essen, Süßigkeiten oder Drogen. Und all dies sind Formen, die man früher in Chile nicht kannte.

#### Der Moment der Kontaktaufnahme

Das ist ein schwieriges Thema und vor allem schwierig zu untersuchen. Es ist eine geschlossene, heimliche und widersprüchliche Welt. Gefährlich, weil es im Umfeld der Prostitution viel Mafia gibt.

Aber einige Mutige machten sich daran, diese Unterwelt etwas zu durchforsten und aufzudecken. Sie liefen nachts auf den rotondas herum, und sie überwanden die Schranken der Abscheu und die ablehnende Grundhaltung der Mädchen auf dem Strich. Es gelang ihnen, sie kennenzulernen, einige von ihnen um sich zu scharen und für sie zu kämpfen, und ihnen beizubringen, sich selbst zu helfen.

Das Team der Pionierinnen, unter denen Psychologinnen, Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen und eine Regieassistentin zu finden sind, wird von der Soziologin Paulina Vidal geleitet. Ausgangspunkt ihrer Arbeit war die Feststellung, daß die Kinderprostitution enorm zugenommen hatte und darüber kaum Untersuchungen vorlagen. Mit viel Spaß an der Forschung und an dem Thema nahmen sie ihr Projekt in Angriff, das z.Zt. von einer Institution aus der Schweiz finanziert wird.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Das größte Problem in dieser Anfangsphase war der Mangel an Zahlen und statistischen Daten. "Als wir zum Staatlichen Amt für Statistik (INE) gingen, wurden wir fast mit Fußtritten hinausgeschmissen", erzählt Paulina. Es gibt keinerlei Zahlen, und so mußten sie zu den Organisationen der Armensiedlungen und der Kirche gehen, um an Informationen heranzukommen; auch ältere Prostituierte wurden dazu befragt. Aufgrund ihrer Kenntnis des Milieus stufte man sie als qualifizierte Informanten ein, denn sie konnten den ganzen Prozeß aus unmittelbarer Nähe verfolgen. Mit Hilfe solcher Quellen und der Interviews mit den jungen Prostituierten verschiedener Altersstufen und Herkunft konnten sie ihre Arbeit durchführen. Das erste Ziel war es gewesen, das Problem in seinem ganzen Ausmaß zu erfassen, doch nun fehlte noch das zweite: ein Pilotprojekt in zwei poblaciones, um die geeignete Methodik entwickeln und die Fragen angehen zu können. Es wurde eine spezielles Projekt entwickelt, die Arbeit mit den Mädchen in ihrer unmittelbaren Umwelt. Umgeben von ihrer Familie, den Freunden und ihrer Gemeinschaft soll den Mädchen nicht nur individuell geholfen werden, sondern auch in ihrem sozialen Zusammenhang. Ohne die Mädchen aus ihrer Umgebung herauszureißen und sie somit von den Ursachen ihrer Prostitution zu isolieren, wird ihnen eine Reihe von Beschäftigungsmöglichkeiten zur Überwindung der Prostitution angeboten: Nähen und Schneidern, psychsoziale Erziehung, Nachhilfeunterricht für die Schule, Rehabilitation und Kultur. Dieses Angebot besteht, um die Mädchen zusammenzubringen, und sie haben darauf reagiert.

#### Das hat auch etwas mit Hunger zu tun

In den Gruppen gibt es auch Mädchen, die zwar nicht auf den Strich gehen, sich aber in einer Situation großer Gefährdung befinden. Sie leben unter sehr ähnlichen familiären und sozialen Bedingungen wie die Mädchen auf den rotondas, doch sie sind noch nicht dazugestoßen. Mit ihnen wird eine vergleichbare Arbeit gemacht wie mit den jungen Prostituierten. Natürlich wird bei ihnen ein größeres Schwergewicht auf die Berufsausbildung gelegt, "denn für sie ist es dringender, andere Verdienstmöglichkeiten als die rotonda



Mitten im Treiben der Fußgängerzone Ahunadu in Santiago verstecken sich Zuhälter. Vernittler und andere Leute, die das Sex Geschäft mit Minderjährigen betreiben

aufzutun". Paulina fügt hinzu, daß sie selber aus der Prostitution herauskommen wollen, aber "sie haben Hunger. Sie gehen aus Hunger auf den Strich, und sie können es nicht sein lassen, wenn sie keine Arbeit haben".

Es ist schwer für sie, Arbeit zu finden: Minimale Schulausbildung, keine Empfehlung für eine Arbeit als Hausangestellte, nur schwerlich wird es jemand akzeptieren, seine Kinder von einer ehemaligen Prostituierten versorgen zu lassen. Das ist das größte Problem für dieses Team: "Wir haben keine andere Arbeit anzubieten, die ihnen ein minimales Einkommen gewährleistet, damit sie von der Prostitution wegkommen", berichtet Paulina Vidal bedrückt.

#### Der Preis ist zu hoch

"Niemand wird es gefallen, auf den Strich zu gehen, erst recht nicht, wenn jemand so jung ist", betont die Soziologin fast aggressiv. Sie erklärt, daß dies eine entwürdigende Arbeit ist, die die jungen Mädchen

anekelt und einen zu hohen Preis für das bedeutet, was sie abwirft. "Sie verlieren jegliche Eigenliebe, ihr Selbstwertgefühl ist zerstört, und das Schlimmste ist, daß sie sich genau während des komplexen Prozesses der Identitätsbildung prostituieren".

Diese Kindfrauen sind ausgelaugt durch die Angst, den Ekel, einer Betätigung nachzugehen, auf die sie weder körperlich noch geistig vorbereitet sind. Aber gleichzeitig gewöhnen sie sich daran, keine festen Arbeitszeiten, keinen Chef zu haben und nicht den geringsten disziplinarischen Regeln unterworfen zu sein. "Und das erschwert ihre Ablösung von der Prostitution", schließt die Soziologin, "gerade darum legen wir soviel Wert auf die präventive Arbeit: sind sie erst einmal drin, ist es sehr schwer, sie wieder herauszuholen". Sie wollen nicht, daß diese stark gefährdeten Minderjährigen dasselbe Schicksal erleiden wie die anderen. Aber sie sind arm, sie leben unter Entbehrungen und haben keine Schulbildung; ihre Familien sind zerrüttet. Es ist also eine verdammt schwierige Aufgabe, zu verhindern, daß diese acht-, zehn- oder vierzehnjährigen Mädchen in der Welt der Prostitution landen. Manchmal fangen sie wegen eines Tellers Suppe an, auf die rotonda zu laufen, und sie gehen mit Männern, die gut und gerne ihre Großväter sein könnten.

Quelle: Pluma y Pincel Nr. 32, März '88, ISIS Internacional, Boletín 13



Kleine Mädchen als Hausangestellte und Prostituierte - typische Bilder in allen Ländern Lateinamerikas

## Kriminalpolizei entführt Chefredakteur

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Obwohl er seit fast einem Jahr eine nächtliche Haftstrafe verbußt (vgl. LN 161/162 und 170). wurde Juan Pablo Cárdenas, der Chefredakteur der Oppositionszeitschrift ANALISIS. von der chilenischen Kriminalpolizei verschleppt. Schwerbewaffnete Zivilisten erwareten ihn mit immerhin drei Fahrzeugen - natürlich alle ohne Nummernschild als er sich am 25. Mai abends in dem Gefängnis Manuel Rodriguez einfand, wo er per Gerichtsbeschluß seit dem 8. Juli seine Nächte zubringen muß.

Die Häscher hatten sich einen denkbar ungünstigen Zeitpunkz ausgesucht: ein BBC-Team drehte gerade einen Film über Juan Pablo Cárdenas. Die Entführung war daher in mehreren europäischen Ländern zwei Tage später sogar im Fernsehen zu verfolgen.



Juan Pablo Cárdenas

Nach anfänglichem Abstreiten bestätigte die Polizei erst später die Festnahme - es blieb ihr auch nichts anderes übrig, denn die BBC war den Fahrzeugen gefolgt und hatte sie auf das Gelände der Kripo-Zentrale fahren sehen. Später wurde Cardenas nach Valparaiso überführt und mußte vor einem Marinegericht aussagen. Anklage: wie üblich Verunglimpfung der Streitkräfte. Grundlage war ein Artikel über die Verwicklungen der chilenischen Armee in internationale Waffengeschäfte (ANALISIS Nr. 223). Wegen desselben Verfahrens wurden am 30. Mai auch der Autor, Iván Badilla, und der leitende politische Redakteur, Fernando Paulsen, vor den uniformierten Kadi zitiert. Sie sind bis heute in Haft.

Um gegen dieses und die anderen 27 Verfahren gegen Mitarbeiter von oppositionellen Medien zu protestieren, legten in allen größeren Städtchen die Journalisten auch rechter Zeitungen und der Boulevardpresse am 7. Juni die Arbeit nieder. In der Hauptstadt Santiago kam es an verschiedenen Stellen der Innenstadt zu Demonstrationen gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit.

Quellen: ANALISIS 223, 230, 231; taz 3.6.88; EL PATS 27.5.88

## Friedenskarawane an Grenze abgewiesen

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Eigentlich sollte sie am 30. Mai in Santiago ankommen, die Karawane für Frieden, politische Gefangene und Menschenrechte in Lateinamerika sowie gegen die Todesurteile in Chile Organisiert wurde sie von der "Lateinamerikanischen Koordination von Juristen und für die volksdemokratische Alternative" (CLAJADEP). Von Brasilia und von Bogotá waren eine Woche vorher über zweihundert Vertreter von Menschenrechtsorganisationen aus Lateinamerika und aus der ganzen Welt aufgebrochen. Eine Karawane reiste durch Brasilien, Uruguay und Argentinien, die andere durch Kolumbien, Ecuador und Perú. Ziel der Aktion war es, die Weltöffentlichkeit auf die Menschenrechtssituation und die dramatische Lage der politischen Gefangenen hinzuweisen. Es sollten die Auswirkungen des US-amerikanischen Imperialismus angeprangert und Vorschläge für eine demokratischere Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern des Subkontinents unterbreitet werden. Wenn all dies nicht gereicht hätte, so dürfte bei dem Regime in Santiago spätestens die weitere Forderung nach Verhinderung der Todesstrafe gegen die politischen Gefangenen in Chile Reaktionen hervorgerufen haben, wobei natürlich auch die Wahl des Zielortes für sich und gegen Pinochet sprach. Kurzum, beide Karawanen, die bis dahin problemlos alle Grenzen überquert hatten, wurde die Einreise nach Chile untersagt. Kurz vor dem geplanten Eintreffen in Santiago veröffentlichte Analisis eine Solidaritätserklärung deutscher Juristen (übrigens in derselben Nummer, in der auch der nun von der Militärjustiz beanstandete Artikel über halblegale Geschäfte der Armee veröffentlicht wurde).

	· · ANZEIOE	
SERVICIO TELEX VT	WIR, DIE MITOLIEGEN DER UNTEREEGWINDEN JURISTENWERBARDE IN DER BUNGESKERULG OUTSCHLARD, ERICHER, STAATSJANMALIE, RECHTSJANMELT UNTERHALTUNGSJURISTEN – UEBERRITTELN DEN TELL- RECHTSJANMELT UNDRAUGHE FÜRE FREIGEN UND GENSTENBERETELTE. V RECHT BANGEN BANGESSE UND ERMLARREN UNSERE VOLLE UNTERSUETZUNG START SCHE DAUGSSE UND ERMLARREN UNSERE VOLLE UNTERSUETZUNG FREIG HARE MIJON.	N.L.A
1	MIT INNEN FORDERN WIR DIE ABSCHAFFUNB DER TODESSTRAFE, EIN ENDE	Ϋ́Α
×	MIT INNEH FORDERN WIR DIE ABSCHIEFUNG UND ABURTEI- DEGLICHER ART VON FOLIER, WIR FORDERN AUFKLACRUNG UND ABURTEI-	>
ž	LUND VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN, RECHTSSTÄATLICHE GERICHTS- LUND VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN, RECHTSSTÄATLICHE GERICHTS-	(A)
é	LUND VON MENSCHENRECHISVERLETZUNDEN, MELTIZITATION NIT INNEM VER- VERFAHREN, EINEN MENSCHENWUERDIGEN BYMAFVOLLZUG. MIT INNEM VER- VERFAHREN, EINEN MENSCHENWUERDIGEN STORFSRCHMADRONE, POLITI-	>.
ui.	VERFAHREN, EINEN MENSCHENWUERDIGEN BYNNYVOLKUM. URTEILEN WIR JEDES SYSTEN, IN DEN ES TODESSCHMADRIGNE, POLITI- URTEILEN WIR JEDES SYSTEN, IN DEN ES TODESSCHMADRIGNE, POLITI-	77
Q1	URIELLEN WIR JEDES SYSTEM, IN DER ES LONGERTE UND TREG- SCHE MORDE, TODESSTRAFEN, VERSCHWUNDENE, GEFOLTERTE UND TREG- SCHE MORDE, TODESSTRAFEN, VERSCHWUNDENE, GEFOLTERTE UND TREG-	Ξ.
		SATELITE
	TEN MIR DIE JUENBSTEN EREIGNISSE IN CHILE.	
	WIR APPELIEREN AN DAS DEWISSEN DER BERUFSRICHTER IN ALLEN VERFAN-	717
Ĕ	WIR APPELIEREN AN DAS DEWISSEN DEN SERVISITENTE ORDIT. WIN ERINNERN REN, IN DENEN DEN ANDEKLAUTEN DIE TODESSTRAFE ORDIT. WIN ERINNERN WEDISTEN ART WER WARRING DER	- 3
<b>)</b>	REN, IN DENEN DEN ANDEKERIERN VON JURISTEN BEI UER WAHRUNG DER AM DIE BESONDERE VERANTWORTUNG VON JURISTEN BEI UER WAHRUNG DER	- 2
>	AN OLE BESONGERE VERRATEDATION VON OF MONRATISCH LEGITIMIERTER GE- HENSCHEMRECHTE UNG DER RHWENDUNG DENOMRATISCH LEGITIMIERTER GE-	
ш		
Ε		
-:1	DEN ARTIMEL ZO DER VERFASSUNG UNSERES LANDES, IN DEN EIN MIDER-	(A)
Ĕ.	STAURCHERMY RESEN DIE AUSCHAFFUNG DEN DERDARMITE DAG TELEGORIE	9
SATELITE	MUNG EINER BINTATUR VERANNERT IST.	~
4,		ō
<u>×</u>	WIR ERHLAEREN UNSEREN LATEINAMERINANSICHEN HULLEN, DIE WEGEN	ō
-		-
		Ε.
	TUNG UND UNEINGESCHRAEMNTE SOLIBARITAET.	SERVICIO TELEX
	ARBEITSDEMEINSCHAFT BOZIALDEFOHRATISCHER JURISTEH	
Ę		7
)=	REPUBLIMANISCHER ANNAELTINNEH- UND ANNAELTEVEREIM E.V.	- 5
<b>a</b>	MIAUS ESCNEN	- 2
CIDNES		
ž		
Q	LEGSTHIGUNG BERORRATISCHER JURISTIANIN U. JURISTEN, MEENTON	<
Q	JOACHIM SCHWAMNBORH, FRANKFURT	Ϋ́
-	*******	ín

### Angehörige politischer Gefangener in der BRD

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

In der Zeit vom 21.-30. Juni befand sich eine Delegation von Angehörigen politischer Gefangener in Chile in der Bundesrepublik. Auf Einladung der "Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile" berichteten Etelvina Bejas (Mutter von zwei politischen Gefangenen), Verönica Puentes Saénz (Ehefrau eines politischen Gefangenen und Rechtsanwältin) sowie Juan Pavin Villar (Rechtsanwalt) speziell über die Situation einer bestimmten Gefangenengruppe.

Wie in den Fällen der 15 Gefangenen, für die in der Bundesrepublik ein Aufnahmebegehren läuft, droht auch den meisten dieser Gefangenengruppe die Todesstrafe. Die Gruppe umfaßt ca. 70 politische Gefangene, die der "Frente Patriötico Manuel Rodriguez" zugerechnet werden. Sie werden in verschiedenen Prozessen beschuldigt, Waffenlager angelegt, im September 86 das Attentat auf Pinochet verübt, eine geheime Klinik unterhalten zu haben, oder an der Entführung des Oberst Carreño im Herbst 87 beteiligt gewesen zu sein.

Alle Gefangenen wurden vom chilenischen Geheimdienst CNI brutal gefoltert, der berüchtigte Militärstaatsanwalt Torres Silva hat all diese Verfahren an sich gezogen, was bedeutet, daß alle Prozesse als "geheime Ermittlungssachen" vor Militärgerichten laufen; die Verhandlungen werden frühestens für den kommenden Herbst erwartet. Nach dem 1984 vom Regime verabschiedeten Anti-Terror-Gesetz droht den meisten dieser Gefangenen die Todesstrafe. Junta-Mitglied Admiral Merino hat für die Gefangenen bereits öffentlich die Todesstrafe gefordert (weitere Informationen über diese politischen Gefangenen befinden sich in der anliegenden Broschüre).

Die Delegation der Angehörigen besuchte die Städte Bonn, Düsseldorf, Hamburg, Berlin, Frankfurt und Freiburg und sprach dert mit Abgeordneten, Parteien, GewerkschafterInnen, Menschenrechtsorganisationen, Juristenverbänden und KirchenvertreterInnen. In diesen Gesprächen informierten sie über das Schicksal der politischen Gefangenen. Sie verurteilten außerdem den Versuch des Regimes, durch nicht-rechtsstaatliche Gesetze die Opposition zu kriminalisieren, und sich so eine Scheinlegalität zu verschaffen. Sie forderten, daß Prozesse wegen politischer Delikte, und im besonderen die ihrer Angehörigen, nicht vor Militärgerichten, sondern vor unabhängigen Zivilgerichten verhandelt werden.

In allen Gesprächen wiesen sie auf die dramatische Situation der drei im Urzua-Prozeß angeklagten Gefangenen hin. Diese drei Gefangenen gehören zu der Gruppe der 15 Gefangenen, die Visa für die Bundesrepublik beantragt haben. Anfang Juni hat deren Prozeß in 2. Instanz vor dem Militärgerichtshof begonnen. Es

wird damit gerechnet, daß die Urteile im August oder September verkündet werden. Es besteht <u>dringender Handlungsbedarf</u> der Bundesregierung, den Gefangenen endlich die Visa zu erteilen.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Die Angehörigen setzten sich außerdem für die deutsch-stämmige Karin Eitel ein, die seit November 87 in Chile inhaftiert ist. Sie stellte Anfang April dieses Jahres einen Einbürgerungsantrag, und die Angehörigen forderten, diesem Antrag schnell zu entsprechen. Der in der Bundesrepublik lebende Bruder, Christian Eitel, konnte an einigen Gesprächen in Bonn teilnehmen, und auf die Dringlichkeit der Bearbeitung des Einbürgerungsantrags hinweisen.

Schließlich stellte die Delegation ein Projekt zum Aufbau eines juristischen Büros zur Verteidigung dieser Gefangenengruppe vor und bat hierfür um finanzielle Unterstützung. Sie erklärten, daß dieses juristische Büro nicht in Konkurrenz zu den bereits bestehenden Hilfsorganisationen wie Vicaria und Codepu arbeiten wird, sondern als notwendige Ergänzung zu diesen. Die Prozesse wegen der Waffenfunde und der geheimen Klinik werden von der Militärstaatsanwaltschaft mit dem Attentats-Prozeß in Verbindung gebracht bzw. sogar einbezogen, so daß auch für diese Gefangenen die Todesstrafe gefordert werden kann. Ein solcher Mammut-Prozeß mit drohender Todesstrafe für Dutzende von Gefangenen hat auch in Chile historische Bedeutung. Um dieser Bedeutung und der sich daraus ergebenden Gefahr für die Gefangenen in der Verteidigung gerecht zu werden, ist eine besonders umfangreiche und sorgfältige Vorbereitung der Verteidigung nötig. Diese Arbeit kann von den bestehenden Organisationen z.Zt. nicht geleistet werden.



Etelvina Bejas, Verônica Puentes und Alejandro González (verhaftet zusammen mit Karrin Eitel) und Hajo Keller (Ausländerreferent des DGB Berlin) an der Gedenkstätte für die Nazi-Opfer in Plötzensee (West-Berlin)

# Chile crea – ein internationales Treffen von Künstlern und Wissenschaftlern für die Demokratie in Chile

José Balmes, einer der Organisatoren, erzählt, wie die Idee entstand, im Juli 1988 ein internationales Treffen in Santiago zu organisieren:

"Unter Exilierten sprachen wir immer davon: danach werdem wir alle Freunde einladen, die uns Türen geöffnet haben, und die sich für Chile eingesetzt haben. Dort, zu Hause, werden wir ihnen danken. Wir träumten von einem Schiff voll Künstlern, Intellektuellen, Wissenschaftlern, die die Solidarität mit Chile getragen und unterstützt hatten, die nach Valparaiso reisen würden, um Zeugnis abzulegen von Freundschaft und Erfahrungen, die aus Freude und Schmerz bestanden. Immer haben wir geträumt von einer großen Begegnung mit der Kultur, die uns aufnahm und unterstützte. Chile würde ihnen danken, indem es ihnen ein Land zeigte, das in der Demokratie wieder neu entsteht."

Nun sind 14 Jahre vergangen, und das Regime ist noch da. Es handelt sich darum, "vorher" statt "hinterher" zu danken, zu reden, zu diskutieren und sich zu treffen. "Das ist der Kern der Initiative. Die chilenische Entwicklung hat viele Besonderheiten. Hier, wo die Kultur tot sein sollte, lebt sie weiter. Hier, wo Schweigen sein sollte, hört man die Stimmen immer lauter... Chile hat sich die Fähigkeit bewahrt, Fantasien zu verwirklichen. Deshalb zählen wir auf die Talente und die Intelligenz von Hunderten chilenischen Künstlern und Wissenschaftlern innerhalb und außerhalb des Landes und mit der Freundschaft der internationalen Gemeinschaft. Siehst Du. Wir haben gar keine Hilfsmittel, aber wir rechnen auf viel Zuneigung, mit Freunden und mit unserer ganzen Hoffnung".

Und so findet diese große Begegnung vom 11. bis 17. Juli in Santiago und anderen Städten Chiles statt. Viele namhafte internationale Künstler und Wissenschaftler, von Geraldin Chaplin über Gabriel Garcia Márquez , Ernesto Cardenal und Ettore Scola etc., haben sich dem folgenden Aufruf der Organisatoren angeschlossen.

INTERNATIONALES TREFFEN VON KÜNSTLERN; WISSENSCHAFTLERN UND KULTURSCHAFFENDEN FÜR DIE DEMOKRATIE IN CHILE

Als Chile im September 1973 gewaltsam seiner Demokratie beraubt wurde, dauerte es nicht lange, bis das chilenische Volk von solidarischen Stimmen aus allen Ländern erfuhr, von offenen Armen und im Hals steckengebliebener  $\mathtt{Wut}$ , die zur Aktion, zu realer und effektiver Unterstützung wurde.

Es sind seitdem etwas über 14 Jahre vergangen, und Chile hat nie aufgehört, einen der ersten Plätze im wachsamen Bewußtsein der Menschheit einzunehmen, was eine wichtige Grundlage unserer Hoffnung darstellt.

Aber wir durchleben heute schwere Stunden, die für unser Schicksal entscheidend sein werden. Wir versuchen, uns durch das Dunkel, das den Menschen an seiner freien und vollen Entfaltung hindert, einen Weg zu bahnen und glauben deshalb, daß der Zeitpunkt gekommen ist, diese solidarische Welt dazu aufzurufen, in unser Land, zu unserem Volk zu kommen, unsere Freunde auf dem ganzen Planeten zu bitten, dem Aufruf von uns, die wir das kritische Bewußtsein Chiles sind und sein müssen, zu folgen. Diese demokratische, fortschrittliche, denkende, schaffende, solidarische Menschheit, die CHILE IM HERZEN hat, soll eine grundlegende Bedeutung beim Aufbau dessen haben, was morgen ein für die Werte des Humanismus zurückgewonnenes Vaterland sein wird.

Auf der Grundlage der Tatsache, daß während dieser Jahre die chilenische Kultur sich als Schoß eines starken und unbestechlichen Widerstandes gegen alle Formen der Unterdrückung erwiesen hat, rufen wir dazu auf, im Juli 1988 ein großes INTERNATIONALES TREFFEN VON KÜNST-LERN, WISSENSCHAFTLERN UND KULTURSCHAFFENDEN durchzuführen, das sich im ganzen chilenischen Territorium niederläßt und ausbreitet, das alle Schichten des Vokes sammelt und mit der Anwesenheit und Unterstützung der bedeutendsten Persönlichkeiten zählen kann, die durch ihre künstlerische, intellektuelle und wissenschaftliche Tätigkeiten das Beste der zeitgenössischen Menschheit darstellen.

Wir rufen die künstlerischen, wissenschaftlichen und kulturellen Gemeinschaften in Chile dazu auf, sich dieser Initiative anzuschließen, um so von dieser wirklich repräsentativen und mehrheitlichen Plattform aus weltweit einladen zu können.

Im Monat Juli soll auf Chiles Straßen die gewaltige und klare Stimme erklingen, mit der die Intelligenz der Welt ein Volk grüßen will, das endgültig zu seiner Freiheit voranschreitet.

Santiago, Januar 1988

Nähere Informationen beim Kulturkreis Pablo Neruda, Kettenhofweg 97, in 6000 Frankfurt l

## **PERU**

## Alan Garcia: Die letzte Karte gegen die Revolution

Mit dem Image des jungen, dynamischen, sozialer Probleme bewußten und zu konsequentem Handeln entschlossenen Präsidenten trat Alan García 1985 sein Amt an. Nach drei Jahren liegen Schatten auf dem einstigen Hoffnungsträger Lateinamerikas: in der Wirtschaftspolitik überwogen die Worte das planvolle politische Handeln, und die innere Situation ist bestimmt durch den Krieg des Militärs gegen die Guerilla. Aus Perú erreichte uns die folgende Analyse der Regierungszeit Garcías.

"Tragödie nennen wir die schuldhafte Verstrickung eines Helden, die notwendig zu dessen Tode führt. Wie kommt es zum politischen Tod des Alan Garcia?

#### Vorspiel

Die von Belaunde geführte Rechtskoalition (1980-85) hinterließ das Land in tiefer Krise, nicht nur wirtschaftlich (14 Milliarden US-Dollar Auslandsschuld, Rezession, Inflationsrate von 160%), sondern auch politisch (Autoritätsverlust, Chaos, Korruption), sozial (Reallohnverlust, Massenelend) und militärisch (die Aktionen von Sendero Luminoso nahmen trotz des schmutzigen Kriegs der Streitkräfte gegen die Guerrilla ständig zu). Gleichzeitig existierte eine organisierte Massenbewegung mit kämpferischer Tradition, die Ende der siebziger Jahre das Abtreten der Militärregierung Morales Bermudez erzwungen hatte, und ein linkes Wahlbündnis, die "Vereinigte Linke" (IU) mit realen Chancen, an die Regierung gewählt zu werden.

Um das System zu retten, war eine starke Hand vonnöten, die Stabilität versprach und den Aufstieg der Linken abblockte. Man setzte auf Garcia, der "für alle Peruaner" regieren wollte, dem Volk Wohlstand, den Kapitalisten vermehrte Gewinne und beiden den inneren Frieden versprach, der die Gefahr revolutionärer Entwicklungen einstweilen bannen sollte. Eine bürgerliche Regierung, die sich auf eine Basis verarmter Volksmassen stützt - eine Widerspruch in sich.

#### I. Akt - Juli bis Dezember 1985

Wohl wissend, was das Land Jetzt braucht und was ihm weiter vorenthalten werden soll, optiert der neue Präsident nach innen und vor allem nach außen für den radikalen Diskurs ("Von der Revolution reden, um die Konterrevolution zu machen"), während er gleichzeitig die autoritären Maßnahmen in Gang setzt, die das System, und in ihm die Herrschaft der APRA, auf Jahrzehnte sichern sollen:

- Auf politischer Ebene geht es darum, die Vorherrschaft der Partei im Staat so zu festigen, daß die Kontinuität des Systems mit ihr identifiziert wird. Das führt zur Apristisierung der öffentlichen Verwaltung, das Parlament wird zum Erfüllungsgehilfen der Exekutive. Die legale Opposition soll geschwächt und ausgeschaltet werden.



Trauer um den politischen Tod Alan Garcias?

Dem Zweck, die parlamentarische Linke zu spalten, dient die dick demonstrierte Freundschaft mit dem Vorsitzenden der IU, Barrantes, auf der einen Seite, Verleumdungskampagnen gegen bestimmte IU-Politiker und -Parteien, die in Sendero-Nähe gerückt werden, auf der anderen Seite.

- Im militärischen Bereich stellt sich die Aufgabe, die

traditionelle Feindschaft Streitkräfte - APRA unzumünzen in ein gemeinsames Projekt der "Nationalen Sicherheit", nach dem Motto: Führt euren schmutzigen Krieg nur weiter aber sorgt dafür, daß das nicht publik wird. Dann tasten wir eure autonome Militärgerichtsbarkeit nicht an. - Das Bestreben, die sozialen Kräfte unter Kontrolle zu bekommen, läuft über den Versuch, deren Organisationen in die Hand zu nehmen. und alle relevanten Kräfte (Unternehmer, Lohnabhängige, Bauern) zu einer Art konzertierter Aktion zu bringen. Gegen die dazu nicht bereiten Sektoren wird mit verschärfter Repression vorgegangen: gewaltsame Auflösung von Demonstrationen, Inhaftierung und Folterung von Arbeiter- und Bauernführern. Schwächer organisierte und politisch bisher nicht repräsentierte Slumbewohner und Bauerngemeinschaften mit ihren dringlichen Forderungen nach Überlebensmöglichkeiten sollen durch Zusatzprogramme für die Regierung gewonnen werden.

- Was die Wirtschaft des Landes betrifft, so versucht Garcia eine Ankurbelung mittels Inflationsstop, Vermehrung der Kaufkraft und Reaktivierung der Produktion. Finanziert wird das Programm aus den vorhandenen Devisenreserven, durch die Reduzierung der Schuldenrückzahlung auf ca. 30% der Exporterlöse (nicht 10%), sowie durch eine Einschränkung staatlicher Investitionen. Der Augenblickserfolg dieser Wirtschaftspolitik ist eklatant. Aber schon nach einigen Monaten wird klar: Das war nur ein Atemschöpfen auf dem langen, verzweifelten Galopp in den Abgrund, mehr nicht. Hier beginnt der

#### II. Akt - Januar 1986 bis Juni 1987

Der Erfolg des Projekts, die wirtschaftliche Krise politisch zu lösen, ist nicht von Dauer, denn der Topf, aus dem Subventionen, Kredite und Geschenke geschöpft werden, leert sich. Verhandlungen mit der nationalen Bourgeoisie schleppen sich hin und tragen schließlich nicht die erwarteten Früchte: An kurzfristigem Profit orientiert und globalen Entwicklungsprojekten gegenüber gleichgültig, stecken die "12 Apostel"1)und die mittleren Unternehmer zwar alle Vergünstigungen ein, ertrotzen die Lockerung von Kontrollmaßnahmen und investieren auch kurzfristig, was 1986 zur Rekordwachstumsrate von 8,5% führt. Aber die erzielten Superprofite werden auf ausländische Privatkonten transferiert oder in Spekulationsgeschäfte gesteckt, statt in die Produktion, Gleichzeitig werden billige Auslandskredite storniert, die Weltmarktpreise für peruanische Exportgüter fallen. Die Situation wird kritisch, aber die Regierung entschließt sich nicht zu einem Kurswechsel.

Jetzt scheitert auch die zunächst erfolgreiche Taktik, die Grenzen nach links zu verwischen: Die Niederlage von Barrantes bei den Komunalwahlen 86 entzieht der "Freundschaft" zwischen ihm und dem Präsidenten den Boden, Barrantes gerät ins Abseits und muß im Mai 87 vom Vorsitz der IU zurücktreten; mit ihm die Illusion, das Regime erlaube der linken Opposition die Teilhabe an der Macht.

Auch das Gefängnismassaker, für das Präsident und Kabinett die Verantwortung tragen, hilft, die Fronten zu klären. Seit diesen finsteren Junitagen, dem nie eingelösten "entweder ich gehe oder sie", hat sich der Zweifel breitgemacht an der moralischen Qualifikation dieses über Leichen gehenden Verfechter von "Autorität" und "Demokratie". (siehe LN 170)



Straflosigkeit - bis wann noch, Herr Präsident?

Der politische Triumph, den Sendero aus der Abschlachtung von 300 gefangenen Kämpfern an einem einzigen Tag zieht, zeigt sich in der ständig wachsenden Zunahme seines Aktionsradius und der Intensität seiner bewaffneten Aktionen: Sprengungen, Attentate, selektive Hinrichtungen und direkte Konfrontation mit den Streitkräften. Die staatliche Antwort darauf besteht in der Weiterführung des "Schmutzigen Krieges"; die Militarisierung des zivilen Lebens nimmt weiter zu: Razzien in Elendsvierteln, Straßensperren mit willkürlichen Festnahmen und Folterungen, schließlich im Februar der Überfall auf die Universitäten. Das alles, im Schutz des Ausnahmezustandes und der nächtlichen Ausgangssperre, läßt noch mehr demokratischen Lack abblättern und legt die Machtstrukturen frei.

#### III. Akt - Juli 1987

Juli/August 1988

Alva Castro, Wirtschafts- und Premierminister tritt zurück, das Kabinett muß umgebildet werden. Die Verhandlungen mit der Industrie sind endgültig gescheitert. Das Charisma des Präsidenten ist auch dahin, denn das funktioniert nur so lange als Krisenblocker, wie auch die Taschen voll sind und daraus ans Volk verteilt wird. Zwei Alternativen bleiben Garcia in dieser kritischen Situation: Er kann sich eindeutig auf die Seite der wirtschaftlich Machtigen schlagen, sich deren Bedingungen unterwerfen und auf diese Weise die Taschen wieder auffüllen, oder aber einen Handstreich versuchen, der beide politischen Gegner vorübergehend ausschaltet, indem er den einen links überholt und dem anderen seine Ökonomische Macht beschneidet. Der Held wird in den Mittelpunkt des Szenariums zurückgeholt. Garcia, ganz Aprist, entscheidet sich für ein Doppelspiel, das in seiner Partei Tradition hat. Er optiert für b e i d e Alternativen: zunächst und offen für die zweite , mittelfristig und verdeckt für die erste.



Also verkündet er am 28. Juli sein bisher kühnstes Projekt, die Verstaatlichung des Finanzsektors (siehe LN 168), nicht ohne den Kapitaleignern gleichzeitig reichliche Entschädigung zuzusichern.

Wichtiger als das, was möglicherweise an Vorteilen für die nationale Wirtschaft dabei herauskommen könnte, ist der Überraschungseffekt, den diese Ankündigung auslöst.

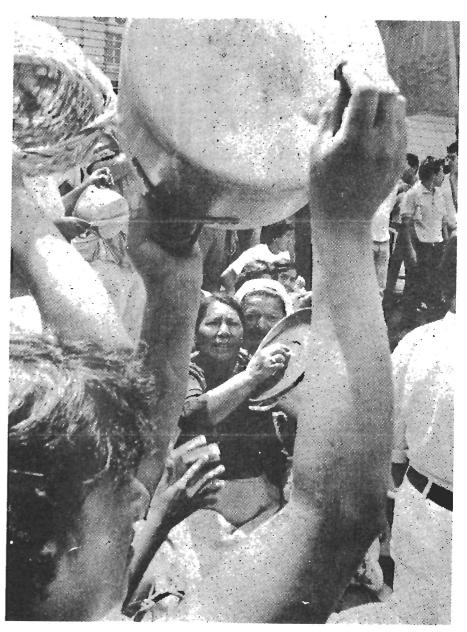
#### IV. Akt - August bis November 1987

Als "größte politische Niederlage Senderos" werden die Auswirkungen des Banken-Coups qualifiziert. Die parlamentarische Linke beteuert, die Verstaatlichung stünde Ja auch in ihrem Programm und sichert volle Unterstützung zu; die Gewerkschaften applaudieren, melden aber den Wunsch nach Mitbeteiligung an; die Bevölkerung erwartet gespannt die Verabschiedung des Gesetzes im Parlament.

Auf den Straßen verkommt das Drama zum Zirkus: Die Rechte nutzt die Gelegenheit, ihre versprengten Akteure zu sammeln und auf den gemeinsamen Feind, die APRA-Regierung und den Weltkommunismus einzuschwören. Der Initiator des ganzen Spektakels vollführt seinerseits Seiltänze in den Armenvierteln, auch er läßt das Paradepferdchen FREIHEIT herumspringen, MIT SOZIALER GERECHTIGKEIT sogar, und mobilisiert alte Ressentiments gegen die Oligarchie.

Zwei für das Überleben der Regierung Garcia wichtige Dinge werden erreicht: Die Linke ist vorübergehend geschwächt, die Rechte gestärkt; ohne Aufsehen zu erregen kann ein neues Energiegesetz verabschiedet werden, das den Transnationalen großzügige Devisenexporte erlaubt, und der Shell auf 47 Jahre das Recht am neuentdeckten peruanischen Erdgas verspricht.

Als dann Anfang November 1987 Guerrilla-Kolonnen des MRTA vorübergehend Städte und Dörfer im Urwald-Departement San Martin besetzen und die unverhohlene Sympathie weiter Bevölkerungskreise gewinnen, ist die Verstaatlichungseuphorie schon verpufft, der bewaffnete Aufstand als Antwort auf die wachsende Verelendung denkbarer geworden. Fast gleichzeitig findet in einem selbstverwalteten Armenviertel in Lima, Villa El Salvador, die erste "Nationale Volksversammlung" (ANP) statt, wo ein breites Spektrum von Parteien und Basisorganisationen beginnt, die linke Massenbewegung auf eine qualitativ höhere Ebene zu heben, weg von der Fixierung der IU auf die Teilnahme an den Wahlen, hin in Richtung Basisdemokratie.



Hausfrauen protestieren mit leeren Kochtöpfen und Einkaufskörben gegen die Preiserhöhungen

#### V. Akt - Dezember 1987 bis ?

Die Jahresbilanz 87 sieht finster aus. Die Regierung ergreift restriktive Maßnahmen gemäß den Empfehlungen des IWF: Abwertung des Inti um 50%, Erhöhung diverser Steuern. Die Inflation steigt im Januar um 12,8%, im Februar um 11,8%.

Am 8. März folgt ein Paket "korrigierender Maßnahmen", das Löhne, Preise und Devisenkurse "anpassen" soll. Die Lohnerhöhungen kompensieren bei weitem nicht die Inflation, die im März 22,6% erreicht.Projektion für das Jahr 1988: 300%. Mit dem auf 3.520 Inti (ca. 60 DM) festgelegten Mindestlohn läßt sich knapp ein Achtel des familiären Warenkorbs abdecken.

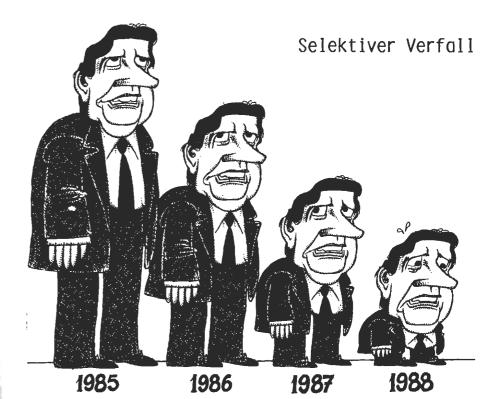
Aufschlußreich für die Methoden der Regierung ist die Art und Weise, wie das Paket an den Mann gebracht wird. Die Verkündigung wird mehrmals verschoben, die Spannung wächst. Teilnehmer der Palastbesprechungen lassen gezielt "vertrauliche" Informationen an die Presse durchsickern, die dicke Schlagzeilen machen: horrende Preiserhöhungen zwischen 80 und 100% sind zu erwarten! Am nächsten Tag kann der Präsident dann triumphierend verkünden, daß sie so traumatisch nicht seien, wie die Presse glauben machen wollte. Es seien "nur" 40, 50 oder 60% . "nur" das absolut Zumutbare, sozial zu Verantwortende. In den gleichen Marztagen unterzeichnet die Regierung das Basisabkommen mit der Shell, was erbitterte Proteste und einen lang durchgehaltenen Streik im Departement Cuzco (das Erdgas wurde in Camisea/La Concepcion gefunden) gegen die Auslieferung dieses Bodenschatzes an den Multi hervorruft. Tenor der offiziellen Rechtfertigung: "Wir haben kein Geld, das Gas zu fördern, also müssen es andere tun, für Euch wird schon auch irgendwann mal was abfallen." Die systematische Demontage des in der Velasquo-Zeit Erreichten geht weiter: Verkauf staatlicher Betriebe und Aushöhlung der Agrarreform durch Parzellierung. Am Ende ist der Held eingekreist.

Die in ihn gesetzten Erwartungen hat Garcia nicht erfüllt. Der Bourgeoisie hat er zwar höhere Profite, aber nicht die gewünschte politisch-soziale Stabilität gebracht. Im Gegenteil: Weder die Domestizierung der Linken noch der Sieg über Sendero ist gelungen, ein kohärentes Regierungsprogramm nicht in Sicht. Die von den Linken erwartete Umverteilung zugunsten der verarmten Bevölkerungsmehrheit ist ausgeblieben. Die in den letzten Monaten eingeleitete Rückkehr zur Orthodoxie lädt die Krisenlast voll auf die Armen ab, während die Reichen durch vielfältige Anreize zu "selektivem Wachstum" animiert werden.

Nur die Streitkräfte und Sendero dürfen zufrieden sein. Sie haben in den drei Jahren APRA-Regierung viel an Macht und Einfluß gewonnen. In verschiedenen Regionen der Anden und des Urwalds liefern sie sich erbitterte Gefechte. Die schon vor einigen Jahren von dem Historiker Pablo Macera vorausgesagte Polarisierung zwischen Ultralinks und Ultrarechts mit der bedrohlichen Tendenz, zum Bürgerkrieg zu werden, zeichnet sich deutlicher ab.

Die durch die Kolonisierung erzeugten, durch Imperialismus und die aktuelle Krise verschärften sozialen Spannungen lassen sich nur durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen allmählich lösen, oder sie müssen – und das ist die Politik der APRA-Regierung unter Garcia – durch verstärkte Repression unterdrückt werden. Für "Populismus", "Sozialdemokratie" und ähnliche "Dritte Wege" ist das Peru der 80er Jahre kein Schauplatz mehr.

 $^{1}$  Unter den "12 Aposteln" versteht man die 13 reichsten Familen Perus



## **KOLUMBIEN**

In letzter Zeit hat die LN zu Kolumbien hauptsächlich über die Menschenrechtsverletzungen und den "Schmutzigen Krieg" berichtet. Vor allem darin ist auch die Ursache für die Krise der Regierung zu sehen, die zu einem permanenten Zustand geworden ist. - Ihre legitimatorische und scheindemokratische Politik verträgt sich nicht mit der offensichtlichen Beteiligung von Teilen der Streitkräfte am "Schmutzigen Krieg", d.h. der Ermordung und dem "Verschwindenlassen" von seit 1981 über 4.000 Menschen - Mitglieder der linken Partei Unión Patriótica. Gewerkschaftsführer. Bauernführer, Lehrer, kritische Professoren, Journalisten, Künstler und Priester. Diesen Zusammenhang einmal mehr zu belegen, ist die Absicht des Artikels "Mord an zwei Paez-Indianern", wo anstelle staatlicher Behörden ein Menschenrechtler ermittelt hat. -

Gleichzeitig jedoch wollen wir uns in Zukunft bemühen, in den LN den "Schmutzigen Krieg" in den Kontext innenpolitischer Entwicklungen zu stellen und umfassender zur kolumbianischen Politik und Wirtschaft zu berichten. Im folgenden geht es um den im April erschienenen Kolumbienreport Amnesty International's und der verschiedenen Reaktionen darauf. In der nächsten LN: die vorgesehene Verfassungsreform.

## Der Verteidigungsminister contra Amnesty

Es liegen eindeutige Beweise vor, daß die kolumbianischen Streitkräfte zu einer Politik des Terrors übergegangen sind mit dem Ziel, politische Gegner einzuschüchtern und auszuschalten (..)." 1,

Mit diesem Satz beginnt Amnesty ihren Report, der in Kolumbien zu heftigen (Gegen-)reaktionen geführt hat - auf internationale Kritik wird äußerst sensibel reagiert. Die wesentlichen Aussagen des ai-Reports:

- Todesschwadronen oder "Selbstverteidigungsgruppen", die für die Mehrzahl der politisch motivierten Morde verantwortlich sind, haben keinen obskuren Ursprung, sondern setzen sich aus Polizei- und Militärangehörigen zusammen, bzw. aus Zivilisten, die die Militärs rekrutieren; - diese paramilitärischen Gruppen werden von den Streitkräften aufgebaut, ausgebildet, bewaffnet und bezahlt; sie agieren "im Auftrag der Führungsspitze der Armee" und "sind integrierter Bestandteil der kolumbianischen Streitkräfte" (Hervorhebung LN);

die Beweise dafür sind hunderte von Fallstudien, die Tatsache, daß die strafrechtliche Verfolgung - die für Armee- und Polizeiangehörige in alleinige Zuständigkeit der Militärgerichte fällt - falls überhaupt eingeleitet, noch nie zu einer Verurteilung geführt hat, und das Muster immer die gleichen Merkmale aufweist: gewaltsame Verhaftung durch schwerbewaffnete Männer, Verschleppung in ein Polizei- oder Militärquartier (welches später von nichts weiß) und dem Auffinden des Ermordeten mit Folterspuren wenige Stunden oder Tage danach irgendwo im Gelände.



Gewerkschafter sind besonders von der Ermordung durch Todesschwadrone bedroht: "Arbeiter der Energieindustrie: Gegen Auslandsverschuldung und Tariferhöhungen"

Die Reaktion der konservativen Öffentlichkeit, Regierung und Militär, kam prompt und scharf ging von lautstarker Empörung ("alles erstunken und erlogen") bis dahin. ai der internationalen kommunistischen Subversion zugehörig zu bezichtigen und der Organisation vorzuwerfen, sie habe sich den Bericht von der Guerilla schreiben lassen. Verteidigungsminister Rafael Samudio Molina schrieb einen mehrseitigen Brief an Alvaro Tirado Mejia, den Menschenrechtsbeauftragten der Regierung, der Mitte Mai in einer der größten Tageszeitungen Kolumbiens ganzseitig veröffentlicht wurde.2. Samudio stellt darin grundsätzlich fest: "Solche schwerwiegenden wie außergewöhnlichen Behauptungen bräuchten außergewöhnliche Beweise, allein, diese fehlen." Für

ein knappes Dutzend der von ai genannten Fälle führt er u.a. auf:

- bei der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten der Unión Patriótica, Jaime Pardo Leal, habe selbst der Justizminister und die Generalstaatsanwaltschaft bestätigt, daß die Täter bei der Drogenmafia zu suchen seien und kein belastendes Beweismaterial vorläge, das eine Ermittlung gegen Angehörige der Streitkräfte rechtfertigen würde;
- bei dem von Amnesty auf 5 Zeugenaussagen sich stützenden 'bewiesenen' Fall von Folterpraktiken des Bataillons für Aufklärung und Gegenspionage (BINCI) und der Mitgliedschaft von Soldaten in Todesschwadronen, habe die Generalstaatsanwaltschaft mangels Beweisen nicht einmal ein Ermittlungsverfahren eröffnet;
- die Generalstaatsanwaltschaft wie regionale Staatsanwaltschaften hätten immer wieder festgestellt, sie könnten auf die volle Zusammenarbeit mit der Armee zählen; -statt bekannte Fälle bzw. Dokumente korrekt wiederzugeben, nähme ai primitive Pamphlete von selbsternannten Todesschwadronen für bare Münze.

Die Stellungnahme Samudios selbst ist bei aller scheinbaren Objektivität ein Pamphlet. In seinem Unterfangen, ai Unkorrektheiten oder Falschaussagen in der Beweisführung "nachzuweisen", "vergißt" er, Existenz der Todesschwadronen aufzuhellen und zu wie 4.000 politische Morde erklären. und Verurteilungen zusammenpassen in einem Land, in dem mit Hilfe des Ausnahmezustands in den größten Konfliktregionen die so rechtsbewußten Militärs das militärische und das zivile Mandat haben. -

Die Informationen über den "Schmutzigen Krieg" lassen nach Meinung des Verfassers den logischen Schluß zu, daß die Armee ihn lenkt - doch das ist kein Beweis im juristischen Sinne. Die Strategien und Muster des "Schmutzigen Krieges" sind im Vergleich mit dem professionellen Staatsterrorismus der argentinischen Diktatur (noch?) primitiv; die Urheberschaft wird auch innerhalb der Linken bei verschiedenen Sektoren gesucht, auch bei den Großgrundbesitzern, der Kokainmafia und der extremen Rechten. Es sieht also nach einer Interessenallianz aus, von Militär und Oligarchie, die das staatsterroristische, diktatorische Modell á la Argentinien gar nicht nötig hat und im

"Chaos" und der allgemeinen Unsicherheit und Angst gegenüber (para)militärischen Aktionen im Moment noch das beste Rezept sieht, den Status quo der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufrechterhalten zu können.



Der Bananenkonzern AUGURA und die Handelsunternehmen Banacol, Probán und Unibán werben für das Unternehmen Urabá. Urabá ist eine der Konfliktregionen, wo nach mehreren Massakern mit über 100 toten Gewerkschaftern eine Verbindung der Todesschwadrone mit den Großgrundbesitzern offenkundig wurde

Und mit der Entführung des Vorsitzenden der Konservativen Partei und gescheiterten Präsidentschaftsanwärters von 86, Alvaro Gomez Hurtado, Ende Mai durch die Guerillagruppe M-19, haben sich die Fronten weiter verhärtet. Die Guerilla hat ihn im Sinne der UN-Konvention zum "Kriegsgefangenen" erklärt und will mit der Regierung in Panama oder Mexiko um seine Freilassung verhandeln. Doch für die traditionellen Parteien sind politische Forderungen kein Verhandlungsgegenstand, bei ihnen hat die Diskussion um die nächsten Präsidentschaftskandidaten begonnen. Der Vorschlag des "Oficialismo" (konservative Strömung der Liberalen): Turbay Ayala, Ex-Präsident und berüchtigt für seine repressive Politik Ende der 70-er und Anfang der 80-er Jahre.

Amnesty International, Kolumbien - ein Land im Ausnahmezustand, Bonn 1988, S. 5

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> El Espectador, Las F.A. refutan a A.I., S. 1A und 10A, 15.5.88

#### Mord an zwei Paez-Indianern

Recherchenbericht eines kolumbianischen Menschenrechtlers

Die Paez gehören zu den 50.000 Indianern des Cauca im Südwesten Kolumbiens. Seit 1971 haben sie sich im C.R.I.C. (Consejo Regional Indigena del Cauca) einer aktiven und kämpferischen Indianerorganisation zusammengeschlossen; der größten des Landes. Ihre drei Grundforderungen: Die Verteidigung ihrer Selbstverwaltung (cabildos indigenas), Schutz und Erhalt ihrer Kultur auch für ihre Kinder und die Wiedererlangung indianischen Landes. Da der CRIC in der Vergangenheit teilweise mit der Guerillaorganisation M-19 zusammengearbeitet hat, wird er immer wieder von Regierung und Militär der Subversion beschuldigt. Seit einigen Jahren wird dem CRIC von der Rechten vorgeworfen, legaler Arm der Indianerguerilla Quintin Lame zu sein, um seine Aktivitäten zu kriminalisieren und ihm den Vertretungsanspruch der Indianer abzusprechen. Seine Mitalieder leiden vor allem seit 1987 unter massiver Bedrohung und Verfolgung.

In den frühen Morgenstunden des 9. November 87 kamen MIGUEL IPIAS VARGAS und CESAR AQUITE IPIA, zwei Jugendliche des Indianerreservats 'Santa Rosa', nach La Plata, einer Gemeinde in der Nähe von San Andrés de Pisimbala, in der Region Tierradentro im Südwesten Kolumbiens. Vom Indianerrat waren sie beauftragt woreinen Sarg, Leichentücher und vier Arroben Fleisch für die Beerdigung von Angel Maria Liz einzukaufen, Sekretär des indianischen Bürgermeisters, der am Vortag unter tragischen und gewaltätigen Umständen gestorben war und hatten dafür 110.000 Pesos (ca. 370.- DM, Anm. d. Verf.) erhalten. (..)

Da beide nicht wie erwartet bis Mittag 12 Uhr zurück waren, entschieden die Familienangehörigen, nach La Plata zu fahren, um die Jungen zu suchen. Da sich diese nicht finden ließen, fragten sie bei der Polizeistation, beim Militärquartier und beim Bataillon 'Cacique Pigoanza' nach, doch ohne irgendwo eine positivé Antwort zu bekommen.

Zwei Tage später, am 11. November 1987, reiste eine Indianerdelegation des Reservats nach La Plata, um den Aufenthaltsort der Verschwundenen herauszufinden. Im Ort angekommen, teilten ihnen verschiedene Anwohner mit, daß MIGUEL IPIAS VARGAS und CESAR AQUITE IPIA tatsächlich vier Arroben Fleisch auf dem Markt gekauft hatten und ungefähr um halb sieben morgens



Demonstration des CRIC unter dem Motto:"Einheit. Boden und Kultur"

November von drei Polizisten in der Umgebung des Marktplatzes festgenommen worden waren, genaugesagt in der Straße 4a, Querstraße zur 6a, um sofort zu einem Polizeifahrzeug abgeführt zu werden. Die diensttuenden Polizisten wiesen rundweg diese Version zurück. Am gleichen Tag wurde die Gruppe von dem Auffinden zweier Toter am Ortsrand informiert und begab sich sofort zu dem Haus, wo die leblosen Körper hingebracht worden waren; von allen wurden sie mit Bestürzung als MIGUEL IPIAS VARGAS und CESAR AQUITE IPIA identifiziert. Mit Entsetzen fanden die Indianer die Leichen ihrer Angehörigen und Freunde an Händen und Füßen gefesselt, ihre Körper wiesen furchtbare Folterspuren auf. Die Rekonstruktion von Zeugenaussagen ergab: Am 9. November 87 kam frühmorgens ein roter Suzuki-Geländewagen am Marktplatz des Ortes an. Drei Männer stiegen aus, einer von ihnen zeigte auf die zwei Indianer und gab den anderen den Befehl, sie festzunehmen. In Gegenwart zahlreicher Einwohner wurden sie mißhandelt und in den Suzuki der Polizei verfrachtet, der nur mit Mühe, nämlich durch Anschieben, wieder ansprang und zum Polizeirevier fuhr, nur drei Häuserblocks vom Markt entfernt. Nach wenigen Minuten kehrte der Fahrer zurück und lud die zurückgelassenen Habseligkeiten der Jugendlichen auf. Reynel Cardozo Lizcano 'pasillo' und Hector Julio Benavidez Moyano wurden als die Polizisten erkannt, die die Verhaftung vorgenommen und Manuel Horacia Diaz Betancour als ihr Vorgesetz-

106

ter, der sie befohlen und die Indianer als verdächtige 'Guerilleros' bezeichnet hatte. Auf dem Revier wurden MIGUEL und CESAR gezwungen, ihre Kleidung abzulegen, sie wurden festgebunden und geschlagen und danach in einen Armeekrankenwagen gebracht, der vor dem Gebäude geparkt hatte. Am Steuer des Wagens mit der Kennzeichennummer 5015 saß Leutnant Fernando Lopez Cifuentes, der in Begleitung von zwei Soldaten die Indianer zum Bataillon 'Cacique Pigoanza' fuhr.

An diesem Tag war schon frühzeitig eine ungewöhnliche Mobilisierung der Polizeikräfte zu bemerken: bereitete sich auf die Feiern zum 'Tag der Nationalpolizei' mit den zivilen Behörden vor, der in einem Fest zu Ehren der Uniformierten seinen Höhepunkt finden sollte. Kaum war die Nacht hereingebrochen, verbreitete sich im ganzen Ort die Nachricht, daß Unteroffizier Manuel Horacio Diaz Betancour in einem Café in Gegenwart von Kollegen Selbtmord begangen habe. Der Kapo, der die Verhaftung der Indianer angeordnet hatte, entsicherte seinen Revolver und schoß sich eine Kugel durch den Kopf, dabei gelang es ihm noch, sanft seine Waffe auf dem Tisch abzulegen; wie seine Begleiter versicherten.

Von den beiden Indianern wußte man nur, daß ihre Namen in den offiziellen Büchern nicht aufgezeichnet waren. Genausowenig existierte von seiten des verantwortlichen wachhabenden Offiziers eine ausdrückliche, schriftliche Weisung für die Patrouillenfahrt der in das doppelte Verbrechen verwickelten Polizisten. Wachhabender Alvaro Bonilla "hat nichts gesehn und nichts gehört".

In den Nachtstunden des Dienstags, 10.11., wurde ein Suzuki-Geländewagen gesehen, wie er von La Plata die Straße Richtung Neiva nahm. Wie diejenigen, die ihn gesehen haben versichern, bog er nach einigen Kilometern auf einen einsamen Weg ab und hielt kurz darauf an. Mehrere Personen stiegen aus,, man hörte laute Beschimpfungen, gleichzeitig Schmerzensschreie und flehende Stimmen. Dann krachten 12 Schüsse, einer nach dem andern. Ein Geräusch von knirschendem Kies. Zehn Minuten noch hörte man ein Wimmern, dann blieb alles still. Alles war gut sichtbar, da der Ort des Geschehens etwas höher lag. Der Wagen rollte zur Straße zurück, doch er mußte angeschoben werden, um erneut anzuspringen; dann fuhr er in Richtung La Plata davon. Die Mission war erfüllt.

Am Mittwochmorgen wurde die Ortsbehörde über das Vorgefallene informiert. Sie veranlaßte, daß die Leichen nach La Plata gebracht wurden, wo die Indianerdelegation sie dann vorfand.

Neben dem von Angehörigen der Polizei und der Armee begangenen Kapitalverbrechen sind weitere Delikte offenkundig: Geiselnahme, Amtsmißbrauch, Folter, Diebstahl und darüberhinaus Komplizenschaft der diensttuenden Polizisten des Reviers wie von Armeeangehörigen. Damit dieses Verbrechen nicht wie viele andere straflos bleibt, muß von einer mit Kompetenzen ausgestatteten Behörde ermittelt werden; die Schuldigen müssen nach kolumbianischem Recht bestraft werden. Dafür erheben wir öffentlich Anklage und stellen folgende Fragen:

- Wer befahl den Mord an den zwei Indianern?
- Welche. Kenntnis hatte der Kommandant des Bataillons 'Cacique Pigoanza', Oberstleutnant Jorge Pantoja López, von der Festnahme der Indianer und von den an ihnen begangenen Verbrechen?
- Da alle Handlungen illegal waren: gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Verbrechen und dem vermuteten 'Selbtmord'(?) des Unteroffiziers der Polizei?
- Warum wurden die Indianer mit dem Ambulanzwagen von der Polizei zum Heeresbataillon gebracht?

Wenn 'niemand die Indianer beachtet hätte, wäre der Doppelmord nicht gleich bemerkt worden; damit wäre die Schuld auf den Selbstmörder (?) gefallen, denn nach dem Auffinden verwester Leichen wäre es unmöglich gewesen, das Datum der Morde - 9. oder 10. November - festzustellen. Zahlreiche Personen haben sich gegen dieses Verbrechen gewandt, doch müssen ihre Namen wie auch weitere Angaben verschwiegen werden.

## **BRASILIEN**

## Indios feiern Erfolg bei Ausarbeitung der Verfassung

In der Constituinte, die eine neue Verfassung für das nurmehr zivil regierte Brasilien ausarbeiten soll, waren in den letzten Wochen ungewöhnliche Bilder zu sehen. Statt der üblichen Lobbyisten in ihren langweiligen Anzügen bestimmten Indios die Szene, die mit einer Gruppe von 11 caciques (Häuptlingen) in traditioneller Kleidung angereist waren, um den Abgeordneten auf den Leib zu rücken. Diese waren nicht nur erbaut über solche "interkulturellen Begegnungen". So begrüßte der Abgeordnete Jose Lins eine Vertreterin der Indios: "Oh, eine India! Sprechen Sie Portugiesisch?", schon Gebärdensprache bemühend. Die Sorge des Abgeordneten war umsonst, Enaie, Abgesandte der Guarani, sprach hervorragendes Portugiesisch. Nur konnte auch diesesGespräch nicht verhindern, daß Lins später folgenden Kommentar abgab: "Sie können von mir aus sogar ihre Bodenrechte haben - aber sie stinken nach Esel." Eine Anekdote, die nicht untypisch ist für die in der brasilianischen Herrenschicht vorherrschende Respektlosigkeit und Mißachtung.

Aber die Kampagne der Indios und sie unterstützenden Organisationen hatte Erfolg. Am 1. Juni verabschiedete die Constituinte Regelungen zur Stellung der Indios, die wesentlich besser sind als der ursprüngliche Entwurf.

Dabei war ein solcher Erfolg zunächst gar nicht in Sicht. Die einflußreiche konservative Zeitung "O Estado de Sao Paulo" hatte Ende letzten Jahres eine Kampagne gegen die katholische Inianerorganisation CIMI gestartet. Die CIMI sollte, so lauteten die aberwitzigen Vorwürfe, eine internationale Verschwörung angezettelt haben, um die nationale Souveränität Brasiliens zu untergraben. Als nationale Souveränität galt dabei der unbegrenzte Zugriff des Staates auf die Bodenschätze (vgl. LN 167: Constituinte Contra Indios). Mit dieser Kampagne war auch der Knackpunkt aller Regelungen über die Indios ins Visier genommen: Natürlich kann man den Indios einige kulturelle Zugeständnisse machen, ernst wird es aber, wenn es um die Nutzungsrechte des Bodens geht. Sollten Bodenschätze erschlossen oder Großprojekte durchgeführt werden, dann galten die Rechte der Indios in der Vergangenheit nichts mehr. Angesichts großer - auch militärischer - Pläne im Amazonasgebiet ist die Regelung der Rechte der Indios für die weitere Entwicklung der brasilianischen Gesellschaft von strategischer Bedeutung.

#### Die neuen Regelungen

Juli/August 1988

Die Bestimmungen der neuen Verfassung bedeuten in einigen Punkten einen konzeptionellen Bruch mit den Prinzipien bisheriger Politik. Im Artikel 270 werden die "Indios, ihre Gemeinschaften und Organisationen"ausdrücklich als vollwertige Rechtssubjekte anerkannt. Dh., sie können, wenn es um ihre Interessen und Rechte geht, sich unmittelbar an die Justiz wenden. Dieses Recht lag bisher ausschließlich bei der staatlichen Indiobehörde FUNAI, die in der Vergangenheit sich den traurigen Ruf erworben hat, eher die Ausrottung als den Schutz der Indios zu betreiben.

Des weiteren erkennt die Verfassung die Rechte der Indios als ursprüngliche (originarios) an. Sie sind also keine bloßen Schutzrechte sondern haben eine Grundlage jenseits des herrschenden Rechts- und Kultursystems aufgrund der Tatsache, daß die Indios die ursprünglichen Bewohner Brasiliens sind. Damit hängt eng zusammen, daß die neue Verfassung keine assimilatorischen Konzepte beinhaltet. Die eigenständige Rolle der indianischen wie auch der afro-brasilianischen Kulturen wird ausdrücklich betont.

Die Gebiete, die traditionell von Indios bewohnt werden, genießen einen erweiterten Schutz, sie können nicht verkauft oder von Privatleuten kommerziell genutzt werden. Sie werden definiert als die Gebiete, die den notwendigen produktiven Aktivitäten dienen und die notwendig sind für die physische und kulturelle Reproduktion, gemäß den Bräuchen, Sitten und Traditionen der Indios. Bei dieser Definition haben sich die Forderungen der Indios weitgehend durchgesetz.

#### Grenzen der Verfassung

In ersten Stellungnahmen haben Vertreter der Indios und Organisationen, die für die Rechte der Indios kämpfen, die Formulierungen in der neuen Verfassung als großen Sieg bezeichnet. Klar ist allerdings auch, daß man erst abwarten muß, ob solche Verfassungsparagraphen tatsächlich etwas in der Praxis bewirken können. Aber in der Kampagne für diese Abstimmung sind die Indios – vielleicht so deutlich wie noch nie in der brasilianischen Politik – als für ihre Rechte selbst kämpfende Gruppe aufgetreten und wahrgenommen worden. Und sie haben dabei zumindest Formulierungen durchgesetzt, die ihren rechtlichen Spielraum erweitern.

Dennoch sind auch im neuen Verfassungstext die kritischen Punkte nicht zu übersehen:

- Die schönsten Definitionen über Territorien nützen nichts, wenn diese nicht klar markiert und vermessen werden. Die Übergangsbestimmungen sehen vor, daß die "terras indigenas" innerhalb der nächsten fünf Jahre markiert werden. Aber auch bisher haben Gesetzesbestimmungen nicht verhindern können, daß die Vermessung verschleppt wird. - Die umstrittene Formulierung, die eine vorübergehende Aussiedlung der Indios aus ihren Gebieten ermöglicht, wenn es das Interesse der "nationalen Souveränität" erfordert, findet sich auch in der neuen Verfassung. Dabei steht dieses obskure "Interesse der nationalen Souveränität" als Aussiedlungsgrund in einer aufschlußreichen Aufzählung neben Epidemien und Katastrophen.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

- Schließlich verzichtet auch die neue Verfassung nicht auf die Möglichkeit, Energieprojekte in Gebieten der Indios zu planen, ebensowenig wie auf die Suche nach und den Abbau von Bodenschätzen, wenn auch den Indios ein gesetzliches Mitspracherecht gewährt wird.

Der entscheidende Konfliktpunkt ist also im Grunde offengehalten. Eine wirkliche Achtung der Rechte der Indios würde bedeuten, ihnen die volle Souveränität über ihre Gebiete zu gewähren. Das hieße aber, daß weite Teile des brasilianischen Territoriums den Verwertungsinteressen des Kapitals und dem Zugriff des Staates entzogen würden. Dem stehen massive Interessen gerade in Amazonien entgegen, wo die größten "terras indigenas"liegen, in der Planung von Großprojekten und dem sogenannten Projekt "Calha Norte" zur militärischen "Sicherung" der nördlichen Grenze Brasiliens. Die neuen Regelungen verbessern zumindest die Möglichkeiten der Indios sich gegen solche Planungen zur Wehr zu setzen. Ob sie sie verhindern können, bleibt abzuwarten.



## **URUGUAY**

#### Raul Sendic in Westberlin

Im Rahmen der Vorbereitungen für die Tagung von IWF und Weltbank in Berlin lud die 1986 gegründete Stiftung "Umverteilen. Jetzt!" eine Reihe Vertreter/innen von sozialen und politischen Organisationen aus Lateinamerika und Asien nach Berlin ein. In Zusammenarbeit mit örtlichen Solidaritätsgruppen berichteten Teilnehmer/innen aus Mexico, Kolumbien und Südkorea über ihre Arbeit. Aus Uruguay kommend weilte mit Raul Sendic nicht nur ein Experte für Fragen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsentwicklung in Berlin, sondern darüberhinaus der wohl bekannteste Protagonist der Ende der 60er Jahre aufgetretenen Stadtguerrilla TUPAMAROS / MLN, für eine Woche in der Stadt.

Schlägt man in dem 1974 in New York erschienenen "Historical Dictionary of Uruguay" unter dem Namen Raul Sendic Antonacci nach, so erfährt man, daß der "Gründer der wohl bekanntesten und erfolgreichsten lateinamerikanischen Guerrilla" bei "seiner zweiten Verhaftung am 1. September 1972 von der Polizei erschossen wurde".



Raúl Sendic bei der Veranstaltung am 3.6.'88 in West-Berlin

Foto: Jens Holst

Ließe sich über die erste Aussage sicherlich lange diskutieren, so ist die zweite Information erwiesenermaßen falsch. Raul ist heute 63 Jahre alt und hat als eine der "neun Geiseln" der uruguayischen Militärdiktatur dreizehn Jahre Haft überlebt. Er wurde 1972 als einer der letzten Tupamaros verhaftet und durch einen Schuß in den Unterkiefer schwer verletzt – zu einem Zeitpunkt als die Tupamaros militärisch schon zerschlagen und ein Großteil ihrer Mitglieder verhaftet, getötet oder ins Ausland geflüchtet war. Waren tausende von männlichen politischen Gefangenen in dem zu trauriger Berühmtheit gelangten Hochsicherheitstrakt "Libertad" inhaftiert und die weiblichen Häftlinge in dem nicht weniger berüchtigten Knast "Punta Rieles", so blieb Raul in zwölfjähriger Isolationshaft.

Als Geiseln der Diktatur wurden sie in ständig wechselnden, über das Land verteilten Kasernen dreizehn Jahre lang von der Außenwelt abgeschirmt, Ständig der Willkür ihrer Bewacher und Folterer ausgesetzt. Die Militärs drohten ab 1973 bei Wiederaufnahme militärischer Aktionen der MLN, die neun Geiseln zu erschießen.

Raul Sendic wurde am 16. März 1925 in der Provinz Las Flores geboren. Schon seit seiner Jugend war er Mitglied in der Sozialistischen Partei Uruguays. Er studierte Jura in Montevideo und reiste 1958 als Vertreter für die PS Uruguays zum Kongreß der Sozialistischen Internationale nach Paris. Bekannt wurde er durch seine mehrjährige Arbeit mit Zuckerrohrarbeitern im Norden Uruguays, die zur Gründung der ersten Landarbeitergewerkschaft des Landes führte. Zwei legendäre Märsche der "caneros" und ihrer Familien über hunderte von Kilometern nach Montevideo organisierte und begleitete er als juristischer Berater. Angesichts der Erfolglosigkeit dieser Protestmärsche und der repressiven Antwort des Staates, sowie der allgemeinen politischen Entwicklung in Uruguay und Lateinamerika nach dem Triumph der kubanischen Revolution, geht Sendic nach 1962 in den Untergrund und beginnt mit dem Aufbau des "Movimiento de Liberación Nacional (Tupamaros)".

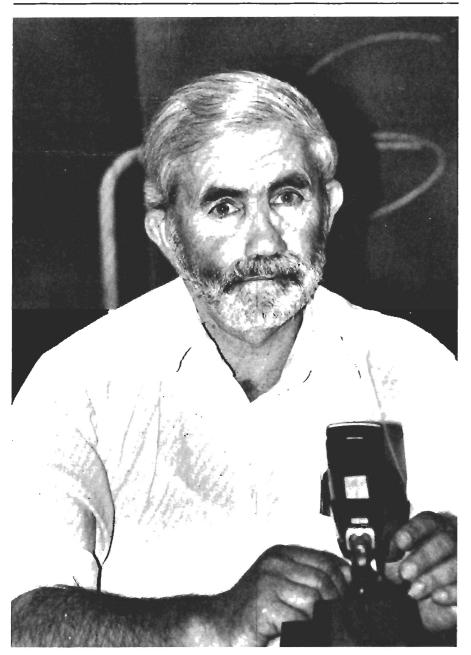
Nach politischen Erfolgen in den Jahren 1968 und 1969 verschärfte sich aufgrund der fortschreitenden Übernahme der "Aufstandsbekämpfung" durch das von den USA aufgerüstete Militär die Auseinandersetzung. Die Systematisierung der Folter und eine Reihe von blutigen Zusammenstößen drängten die MLN ab 1970 in die politische und militärische Defensive. Raul wurde am 7. August 1970, eine Woche nach der Entführung des US-amerikanischen Folterexperten Dan Mitrione, mit einer Reihe weiterer Mitglieder des Zentralkomitees der MLN verhaftet. Zusmmen mit 106 anderen Häftlingen gelang ihm durch einen Massenausbruch aus dem Gefängnis" Punta Carretas" im September 1971 die Flucht. Bis zu seiner erneuten und endgültigen Verhaftung 1972 blieb er im Land. Wie jetzt bekannt wurde, unternahm er in dieser Periode zahlreiche Versuche, mit den Militärs Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen und er organisierte die Flucht zahlreicher Verfolgter ins Ausland. Die auf

Druck der USA erfolgte und von Präsident Bordaberry mit großer parlamentarischer Unterstützung vollzogene Übergabe zahlreicher politischer Funktionen an das Militär (Sicherheitsgesetze von 1972) und der zunehmende autoritäre Regierungsstil ("Dictadura Constitucional") führten zu steigender Repression. Die durch den Präsidenten eigenhändig vollzogene Schließung des Parlaments im Juni 1973, bedeutete schließlich den endgültigeh Zusammenbruch des demokratischen Systems Uruguays. Der in wenigen Monaten erfolgten Zerschlagung der MLN in der ersten Hälfte des Jahres 1972 folgte die Ausdehnung der Repression auf weite Teile der linken und später auch der bürgerlichen Opposition. Nicht weniger als 50 000 Uruguayer (von 3 Millionen Einwohnern) wurden inhaftiert, der Großteil von ihnen gefoltert. Hunderttausende exilierten.

#### Wichtiger Theoretiker und Praktiker der MLN

Im März 1985, mit dem Amtsantritt des zivilen Regierung von Julio Maria Sanguinetti wurde auch Raul aus der Haft entlassen. Im Zuge einer ausgehandelten Amnestie verließen am ersten März 1985 mehrere Hundert Gefangene nach oftmals zwölf- und dreizehnjähriger Haft die Knäste des Grauens. Raul und weiteren 61 weiteren Gefangenen wurde vor der Ziviljustiz dennoch ein Prozeß gemacht, bei dem er zu 23 Jahren Haft verurteilt wurde. Da aber jedes Jahr, das in den Knästen der Militärs abgesessen wurde, dreifach angerechnet wurde und die Höchststrafe in Uruguay 30 Jahre beträgt, galten diese Strafen als verbüßt.

Heute ist das "Bebe", so sein Spitz- und Deckname in den Zeiten der Illegalität, wieder Mitglied im neunköpfigen Zentralkomitee der als legale politische Organisation arbeitenden Tupamaros. Gilt Raul für viele als lateinamerikanische "Institution" oder åls Vater der "Stadtguerrilla", so ist er heute wieder einer der wichtigsten Theoretiker und Praktiker der MLN. Nur drei Jahre nach seiner Entlassung hat er durch unermüdliches Studium und durch mehrere Auslandsreisen sein Wissen vertieft und gilt als Wirtschaftsexperte der MLN. Der medienscheue Raul trat in Uruguay zum ersten Mal 1986 bei einer gut besuchten Veranstaltung der Tupamaros in einem Fußballstadion in Montevideo öffentlich auf. Neben seiner Arbeit im Zentralkomitee der MLN schreibt er regelmäßig in dem seit 1986 erscheinenden, vierzehntägig publizierten Organ der MLN, "MATE AMARGO". In Montevideo erschienen sind folgende Publikationen: 1984 cartas desde la prisón (Briefe aus dem Gefängnis), 1985 reflexiones sobre politica economica - apuntes desde la prisión (Überlegungen zur politschen Ökonomie - Notizen aus dem Gefängnis) und 1986 tierra, banca y deuda externa (Boden, Banken und Auslandsschuld). Zur Einschätzung der politischen und ökonomischen Situation in Uruguay aus der Sicht der MLN wiederholte Raul im wesentlichen die Punkte, die wir in Nr. 146 der LN genannt hatten.



Bis heute sind Raúl Sendic die Folgen der Schußverletzung im Unterkiefer anzumerken West-Berlin, 3.6.'88
Foto: Jens Holst

Die Tupamaros haben sich auch 1988 als politische Organisation konsolidiert. Raul charakterisiert die MLN als "Partei und Bewegung", was bedeutet, "daß Menschen verschiedener ideologischer Richtungen in ihr Platz haben". Neben der Partei existieren heute das "Movimiento por la tierra" und das "Movimiento contra la pobreza", die beide lose mit der MLN verbunden sind. Seit zwei Jahren gelang es, viele, auch junge Leute durch diese Organisationen für die Arbeit über Probleme des Interiors bzw. der Elendsviertel zu interessieren. In der Öffentlichkeit wird die MLN neben der -Zeitung "Mate Amargo" (einer der meistgelesenen in Uruguay) demnächst auch über ein Radio verfügen. Auch in Berlin wiederholte Raul die realistische Einschätzung, daß die Arbeit in der jetzigen Etappe etwas neues für die MLN bedeutet: die relative politische Freiheit muß genutzt werden, um politisches Bewußtsein zu schaffen Angesichts der Erfahrung in der Illegalität bedeutet dies für viele ein ständiges Umdenken und Neuerlernen. In diesem Zusammenhang erwähnt Raul den "großen Lernprozeß, der die Kampagne für das Referendum ausgelöst hat". (Zum Amnestiegesetz und der Kampagne für das Referendum siehe LN 152 und 165) Für ihn bedeuten die Ereignisse in El Salvador und in Nicaragua, "daß breite Bewegungen und nicht einzelne Parteien zur Machtübernahme berufen sind". Gerade für Uruguay bedeutet dies die Bildung einer "politischen Opposition, die als Mehrheit ein nationales Projekt des Wechsels" verwirklichen kann. Die Arbeit der MLN ist folglich auf Bündnisse mit anderen politischen und sozialen Volkskräften angewiesen und sie "darf sich niemals vom Willen des Volkes entfernen". Innerhalb der MLN gilt Raul als ein Befürworter der vor zwei Jahren beantragten Aufnahme des MLN in das Linksbündnis des "Frente Amplio". Bis heute ist auf Drängen der Christdemokraten (PDC) und - wie im Sepzember 1987 offensichtlich geworden - auch aufgrund ideologischer Differenzen mit der Kommunistischen Partei (PCU), diesem Antrag nicht stattgegeben worden. Im November 1987 schlug die MLN die Gründung einer "Frente Grande" vor, die im wesentlichen die Zusammenfassung aller "antihegemonialen" Kräfte in einem, die "Frente Amplio" .einschließenden, aber darüberhinausgehenden politischen Bündnis, ermöglichen sollte. Angesichts der Ablehnung dieses Vorstoßes und der immer noch nicht erfolgten Aufnahme in die "Frente Amplio" bleibt die weitere Situation abzuwarten. In Anbetracht der verfahrenen Situation in der Linken und den anstehenden Wahlen 1989 ist noch nicht abzusehen, ob die MLN als eigene Kraft kandidieren wird.

Auch in Berlin antwortete Raul Sendic auf das Verhalten der Tupamaros für den Fall der Androhung eines Putsches: "Die MLN wird die vom uruguayischen Volk erkämpfte Demokratie mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, verteidigen." Dabei "sei immer wieder deutlich zu machen, daß wir niemals den ersten Stein werfen werden wie wir auch niemals den ersten Stein geworfen haben".

## BERLIN

## Die Anti-IWF/WB-Kampagne macht's möglich: »Betroffene« aus verschuldeten Ländern der »Dritten Welt« stellen sich einem »verschuldungssensibilisierten« Publikum

Der aktuelle Anlaß: Zwei Näherinnen der Gewerkschaft "19 de Septiembre" aus Mexiko berichteten.

Im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne bietet sich interessierten Berlinerlnnen u.a. die Möglichkeit, direkt mit Personen aus außereuropäischen verschuldeten Ländern ("Betroffenen") zu diskutieren. Vertreterlnnen der Widerstands- und Oppositionsbewegungen aus Kolumbien, Uruguay, Peru, Südkorea und Mexiko lieferten unlängst dem Berliner Publikum die Chance, eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis der Verschuldungspolitik zu ziehen, indem sie die Kehrseite der Medaille, sprich die "sozialen Kosten" der Verschuldungspolitik, zum Thema machten.

In der Retrospektive bleiben viele Fragen offen.

- Was wollen wir von den "Betroffenen" wissen?
- Welche Erwartungen verbinden die Eingeladenen mit ihrem Aufenthalt in Berlin?
- Was ist der aktuelle politische Hintergrund, der die Diskussionen dort und hier verbindet/verbinden könnte?
  Und schließlich:
- Ist überhaupt hier eine Diskussionsbereitschaft vorhanden, oder geht es doch eher um Selbstdarstellung?

Der Ursprung dieser Fragen soll im Folgenden anhand einer Reflektion über den Aufenthalt zweier mexikanischer Gewerkschaftsvertreterinnen der unabhängigen Näherinnengewerkschaft "19 de Septiembre" diskutiert werden.

#### Kernfrage:

Was haben mexikanische Näherinnen mit dem IWF zu tun - oder (vielleicht treffender): Was verbindet die Anti-IWF/WB-Kampagne in Berlin mit der Einladung von "Betroffenen"?

#### Eine Zwischenbilanz:

Die ursprüngliche Idee der InitiatorInnen (Netzwerk, ASA-Solifonds, FDCL, Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz und eine Beraterin der "19 de Septiembre"): Die Anti-IWF-Kampagne stellt den Rahmen eines Treffens gewerkschaftlich organisierter Mexikanerinnen und Südkoreanerinnen, um den Erfahrungsaustausch über die Widerstandsarbeit in verschuldeten Ländern sowohl mit als auch zwischen den Betroffenen zu unterstützen. Das Ziel, die Herstellung internationaler Solidarität, war nicht nur für die am Entscheidungsprozeß beteiligte mexikanische Beraterin der Gewerkschaft zentral.

Allein, was den InitiatorInnen und "Betroffenen" ein Anliegen, schien den OrganisatorInnen (Stiftung Umverteilen, LAZ) nicht ins Konzept zu passen, ein Konzept, das über die politischen Grenzen eines bekannten Berliner Bezirks hinaus offensichtlich explizit nicht greifen soll (kann)?

Widersprüche im Rahmen der Berliner Anti-IWF-Kampagne rufen bereits im Vorfeld des Aufenthaltes der Mexikanerinnen Zweifel über Sinn und Zweck der Aktion hervor. Existiert sie überhaupt, die Anti-IWF-Kampagne? Handelt es sich nicht vielmehr um zahlreiche fraktionen als Vertreterinnen vielfältiger Interessen, deren Gemeinsamkeit über den größten gemeinsamen Nenner! Anti-IWF nicht hinausgeht? Und - relevanter noch in unserem Zusammenhang - : Wie wirkt sich dieser Minimalkonsens auf die "Betroffenen" aus?

Wer entscheidet eigentlich, wer sich auf wessen Kosten durchsetzt? eine Preisfrage, wie im folgenden unschwer zu erkennen.

Innerhalb der gespaltenen "Anti-IWF-Szene" wird bereits im Vorfeld des Besuches der Mexikanerinnen Macht zum Zünglein an der Waage. Macht, die sich über Geld definiert. Kurz: die Fraktion, die die größte Summe in das Unternehmen investiert (in diesem Fall: Umverteilen), hat auch Anspruch auf den größten Profit. Welche in diesem Szenario nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, ...

Also, die Fraktion, die das Geld gibt, entscheidet, wo's langgeht? Daß das zumindest das Grundprinzip des IWF ist, ist uns allen längst klar, wir sind ja gut vorbereitet auf September. Unklar bleibt, warum Machtstrukturen, die abgeschafft werden sollen, vom Widerstand übernommen werden.

Und die Näherinnen, wie haben die sich auf September vorbereitet?

Die Veranstaltungen sollten es zeigen:

Die Mexikanerinnen berichteten auf zwei großen Veranstaltungen und einer Pressekonferenz über die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaft, die Gewerkschaftspolitik, ihre Lebenssituation sowie Widerstandsformen der Volksbewegung in Mexiko gegen die Austeritätspolitik der mexikanischen Regierung.

#### in Stichworten:

- Erdbeben

- Organisation der Näherinnen
- Gründung der unabhängigen Gewerkschaft "19 de Septiembre"

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

- Arbeitskampf
- Kampf ums Überleben angesichts der Schere von Lohn- und Preispolitik
- Aktionen der Volksbewegung gegen die Verschuldungspolitik der mexikanischen Regierung
- ökonomische Schwierigkeiten der Gewerkschaft
- fehlende finanzielle Unterstützung



Die Gewerkschafterinnen aus Süd-Korea und Mexico vor der gemeinsamen Pressekonferenz

Während auf der Frauenveranstaltung die Abstraktion von Lebens- und Arbeitszusammenhängen der Näherinnen und der implizite Zusammenhang mit der Verschuldungspolitik der mexikanischen Regierung und IWF-Strategien offenbar problemlos war, schien dies auf anderen Veranstaltungen nicht möglich.

Im Anschluß an Berichterstattung und Fragen an die Mexikanerinnen wurde z.B. die Frage gestellt:

"... Und was habt Ihr jetzt eigentlich direkt mit dem IWF zu tun?"

Oder (Berichterstattung zu dieser Frage beim SF-beat):

"... Auf die Frage, wie denn die Näherinnen direkt mit dem IWF in Verbindung zu setzen seien, wurde mir geantwortet, sie seien Näherinnen und keine Ökonominnen, folglich könnten sie diese Frage nicht beantworten. Da die Veranstaltung als im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne angekündigt war, konnte ich darauf ja wohl eine Antwort verlangen."

Haben die Näherinnen ihre Hausaufgabe betreffs September (in Berlin) also nicht gründlich erledigt? Oder müssen wir uns besser auf die Diskussion mit den "Betroffenen" vorbereiten/einlassen?

Oder ergaben sich die Mißverständnisse gar durch unterschiedliche Assoziationen mit dem Wort "September": bei BerlinerInnen: IWF Tagung, und bei den "Betroffenen": Jahrestag des Erdbebens, Gewerkschaftskongreß?

#### Was hat das alles mit dem IWF zu tun?

Spätestens die Forderung einer Erklärung des Zusammenhangs von IWF und Näherinnen unter Berufung auf den Rahmen der Veranstaltung macht die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Diskussion über Modus und Intention der Einbindung "Betroffener" in die (Berliner) Anti-IWF-Kampagne deutlich.

An dieser Stelle kann und soll diese Diskussion nicht geführt werden. Vielmehr sollen hier Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Solidaritätsarbeit im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne gestellt haben, aufgegriffen werden, um dem gegenwärtigen Diskussionsprozeß im Vorfeld des Berliner September möglicherweise eine weitere Komponente hinzuzufügen.

Wer erwartet hatte, die Näherinnen würden einen Augenzeuginnenbericht darüber abliefern, wie der IWF vorbeikam, um "drei Bohnen aus ihrem Topf" zu stehlen, wird sicherlich von den Berichten der Mexikanerinnen enttäuscht gewesen sein. Stattdessen berichteten sie, wie bereits oben geschildert, über ihre aktuelle Lebenssituation:

es ginge ihnen schlechter als bisher; sie könnten die Preise für die Grundnahrungsmittel nicht mehr zahlen; sie würden jetzt gemeinsam mit vielen anderen Frauen aus Protest gegen die Preispolitik Aktionen gegen große Supermarktkeiten starten; nach jahrzehntelanger Ausbeutung sei es ihnen gelungen (und auch das nur, weil es 1985 im September in Mexiko eine schwere Erdbebenkatastrophe gab) endlich eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen und so aktiv in den Kampf gegen patriarchalische und kapitalistische Ausbeutung einzutreten...

Hat alles nichts mit dem IWF zu tun?

Vergessen wir womöglich neben der intensiven Auseinandersetzung mit IWF und Anti-IWF-Kampagne, daß in Mexiko ebenso wie in anderen verschuldeten Ländern Austeritätspolitik nicht erst eingeführt wurde, seit Berlin über den IWF diskutiert, sonder sich die Bevölkerung in den verschuldeten Ländern bereits seit Jahrzehnten mit rigiden Ausbeutungsstrategien nationaler Eliten konfrontiert sieht? Warum wird die IWF-Tagung nicht für die Sensibilisierung der Kampagne in BRD und West-Berlin instrumentalisiert, anstatt überflussiges Sendungsbewußtsein in die "Dritte Welt" zu versprühen?

Der Fall der Gewerkschaft "19 de Septiembre" zeigt gewerkschaftliche und politische Erfolge - trotz IWF-Strategien in Mexiko, Ein schlechtes Beispiel für die Kampagne? Oder spiegelt nicht der wachsende Widerstand der Volksbewegung in Mexiko, die u.a. den Hintergrund für die Gründung der "19 de Septiembre" darstellt, gerade das Ausmaß der austeritätspolitischen Maßnahmen, die auf Verschuldung und IWF-Strategien zurückzuführen sind, wider? Womöglich gewinnt die Zielrichtung der Kampagne durch die Kombination von historischer Entwicklung und IWF-Strategien, die immerhin einen Teil der Historie mitbestimmen, selbst an historischer Brisanz?

Das Bedürfnis der mexikanischen Gewerkschaftsfrauen nach Austausch mit VertreterInnen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) - hat nichts mit dem IWF zu tun? Oder hat nicht doch die Information über neue Technologien im Bereich der ekleidungsindustrie, Importbeschränkungen der EG, etc. angesichts der massiven Exportorientierung Mexikos. die gerade im Rahmen der Bekleidungsindustrie erhebliche Entlassungsquoten befürchten läßt, einen Bezug zur Anti-IWF-Kampagne?

#### Politische Überzeugungen oder Eurozentrismus?

Abschließend an die oben aufgegriffenen Fragestellungen muß die Frage nach dem politischen Konzept, das den Motor der Anti-IWF-Kampagne bildet, gestellt werden. Die hier dargestellte Situation läßt weniger auf ein Konzept, das auf selbstbestimmtem Handeln basiert, als vielmehr auf eine Kopie von Machtstrukturen, die gerade das Objekt der Kampagne kennzeichnen, schließen.

Beinhaltet dieses politische Konzept, daß z.B. nicht auf die Bedürfnisse der mexikanischen Gewerkschaftsfrauen nach Kontakten mit Gewerkschaften hier einzugehen ist "... wir wissen , daß die Gewerkschaften reaktionär sind, da brauchen die nicht hinzugehen"; oder daß von den Näherinnen eine dezidierte Auseinandersetzung mit der IWF-Politik in Mexiko erwartet wird, um die politische Diskussion hier zu bereichern? Oder bestimmt nicht vielmehr Eurozentrismus ein Verhalten, das von "Betroffenen" verlangt, sich auf die Diskussionszusammenhänge (Stand: Berlin Juni 1988) einzulassen, anstatt aus eigener Sicht eigene Forderungen in die Debatte einzubringen?

Ist diese Anforderung nicht vor allen Dingen auch dadurch überzogen, daß sich die Diskussion hier lediglich als Minimalkonsens präsentiert, der die "Betroffenen" zunächst zu einer Auseinandersetzung mit den Flügelkämpfen der Szene und deren Inhalten zwingt?

## REZENSIONEN

Juli/August 1988

#### Der Radfahrer von San Cristobal

"Der Radfahrer vom San Cristóbal" - mit diesem 1987 in Chile gedrehten Film treten der Filmregisseur Peter Lilienthal und der in Berlin lebende chilenische Autor Antonio Skarmeta zum wiederholten Male gemeinsam auf die Bühne.

Schauplatz ist das Chile der Militärdiktatur. Die "zwei Realitäten", die "zwei Welten" dieses Landes, mit denen die Menschen dort leben, bestimmen die Handlung; die mächtige Welt des Geldes. des Konsums, die die Leute versucht zu locken, einzulullen, zu kaufen, und die Welt der Repression, der Unterdrückung, des Todes, der Trauer. Der Protagonist vollzieht einen radelnden Slalom zwischen diesen beiden Welten, berührt sie beide; die eine reizt ihn, in der anderen will er nicht wie seine Mutter untergehen. Doch letztendlich triumphiert die Solidarität für Familie und Freunde über den konkurrierenden Individualismus.

Ein Film, der versucht, die Wichtigkeit des "kleinen Widerstands", die Erhaltung des "Menschen im Menschen", des Stolzes, der Solidarität zu zeigen, die auch nach 15 Jahren Diktatur nicht gebrochen werden konnte. "Man muß lernen, aufrecht zu knien, unbewegt zu tanzen und lautlos zu schreien" - mit diesen Worten aus dem Talmud versucht Lilienthal die Art von Widerstand zu verdeutlichen, die er mit seinem Film darstellen wollte. Doch - ist es ihm tatsächlich gelungen, den Worten des Talmud gerecht zu werden?

Das größte Radsportereignis des Jahres steht bevor - die Tour de Chile. Santiago (René Baeza) ist der Champion seines Vereins. Er ist der Sohn einer Mittelstandsfamilie. Sein Vater (Roberto Navarrete) ist Händler, der gerade versucht, T-Shirts mit dem Bild des Papstes zu verkaufen; "Der Papst kommt nie aus der Mode" kommentiert er hoffnungsvoll seinen neuen Versuch, Geld zu verdienen. Seine Mutter (Luz Jiménez) ist Lehrerin, doch unterrichtet sie zur Zeit nicht, da sie die Ermordung ihres zweiten Sohns, Sergio, noch nicht überwunden hat. Sie will den Tod ihres Sohnes nicht wahrhaben, verweigert die Nahrung und geistert wie eine Schlafwandlerin durch die Stadt - ein Foto Sergios vor sich haltend. Sie sagt, sie suche ihn, warte auf ihn, könne ihn doch nicht alleine lassen. Schließlich bringen Santiago und sein Vater sie in eine Nervenklinik.

Santiago trainiert für die Tour de Chile; er verläßt sein altes Team und fährt für Picado (Javier Maldonado), den regimetreuen Manager der Kosmetikfirma "Duft der Anden". Schon bald sieht man den strahlenden, duftenden Helden auf Werbeplakaten radeln. Santiago fährt auch die Tour de Chile für Picado.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Doch letztendlich wendet sich alles zum Guten hin. Santiago schafft die Kurve noch rechtzeitig; Kameradschaft, Freundschaft, die Liebe zur Familie und das Verantwortungsbewußtsein für sie wie für die Freunde siegen über die Korruptheit, Unmenschlichkeit und die Käuflichkeit. Nach Santiagos "Doppelsieg" ist sogar die Mutter wie durch ein Wunder wieder gesund. Sie ißt wieder – ja, sie verlangt sogar nach Salz für ihre Suppe! Der Film endet mit freudigen Umarmungen zwischen Santiago, den Eltern und Freunden.



Santiago (René Baeza) und sein Vater (Roberto Navarrete)

Mit einem unzufriedenen Gefühl verläßt man das Kino; die Lösung scheint zu einfach zu sein, das Ende zu "happy".

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

"Der Diktator hat es nicht geschafft, alle Menschen in die Knie zu zwingen; er hat den Menschen die Freiheitgenommen, aber nicht die Freundschaft nehmen können, die Fähigkeit, anderen Menschen zu helfen und das ist ja etwas Hoffnungsvolles, das habe ich jeden Tag erlebt in Chile" – so Lilienthal zu seinem Film. Es soll nicht bestritten werden, daß er dies in Chile erlebt hat, und daß es zum Teil natürlich tatsächlich so ist. Aber diese erfreuliche Tatsache als Hoffnungsschimmer, als "Trutzburg" gegen die Auswirkungen einer Militärdiktatur darzustellen, erscheint wie der Griff nach einem Strohhalm, wie ein letzter hoffnungsloser Versuch, Hoffnung in eine ratlose, verzweifelte Situation zu brinen.

In dem Film geht es nicht um Intellektuelle oder engagierte Oppositionelle, sondern um die "einfachen" Leute und ihren Alltag in der Diktatur. Der Film läßt den Zuschauer erahnen, mit welchen Schwierigkeiten die Menschen tagtäglich zu kämpfen haben. Viele Themen werden angedeutet, doch dabei bleibt es dann auch. Es kommt zu keinem Konflikt, zu keiner Auseinandersetzung der Protagonisten mit ihrer Umgebung oder auch mit sich selbst. So zum Beispiel die Verarbeitung der Ermordung Sergios innerhalb der Familie; die einzige, die tatsächlich unter dem Verlust leidet, ist die Mutter. Weder Santiago noch sein Vater scheinen damit auch nur ansatzweise Probleme zu haben. Im Gegensatz zur Mutter haben sie zwar akzeptiert, daß er tot ist, doch findet man weder eine Geste der Trauer, noch eine Hinterfragung dieses Mordes in ihren Verhalten wieder.

Die Auseinandersetzung um die Frage, wie eine Familie, wie eine Gesellschaft mit ihren Toten lebt, wie sie mit diesem schwersten Eingriff einer Militärdiktatur in ihr Leben zurechtkommt, bleibt weitgehend unberücksichtigt.

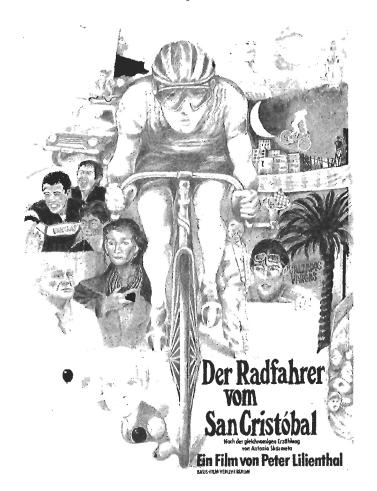
Ebenso geht es mit anderen Problematiken wie zum Beispiel die des Exils oder der nicht vorhandenen Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Sie werden lediglich angedeutet, aber nicht konkretisiert oder weiter ausgeführt: Bei einem Fest während der Tour
de Chile wird ein Komiker abgeführt, der einen Witz über das Regime gemacht hatte... Und dabei bleibt es; selbst die Reaktion
des Publikums auf dieses Ereignis bleibt dem Kinobesucher vorenthalten.

Eine Bekannte Santiagos, die gerade nach langen Jahren des Exils nach Chile zurückgekehrt ist, erzählt Santiago von den Konflikten, die sie mit sich ausfocht im Exil, aber auch in Chile selbst seit ihrer Rückkehr. Sie erzählt ihm auch die Gegenposition ihrer besten Freundin, die bewußt im Exil blieb, weil sie der Meinung war, "es sei besser, Heimweh zu haben, als das ganze Leben zu hassen." Gespannt wartet der Zuschauer auf die Fortsetzung der Unterhaltung, auf die Reaktion Santiagos - doch der radelt wortlos weiter...

Sich ein eigenes Urteil zu bilden - dazu hat jeder die Möglichkeit seit Mitte Juni 1988 in den deutschen Kinos.



"Der europäische Zuschauer hat jetzt das Wort, der chilenische wird es, wenn nicht morgen, übermorgen haben." (Antonio Skärmeta)



#### Bilder der Revolution

Juli/August 1988

So lautet der Titel eines besonders gelungenen Photobandes mit Bildern aus Nicaragua. Das Buch ist 1987 im Pahl Rugenstein Verlag erschienen.

Die Autorin, Cordelia Dilg, hat mehrere Jahre in Nicaragua gelebt. Die Photos stammen aus der Zeit von 1979 bis 1986.

Wer noch nicht in Nicaragua gewesen ist, und erst recht, wer das Land kennt, wird in diesem Abbilder der nicaraguanischen Wirklichkeit finden, die ihm anschaulich vor Augen führen, was sich in zentralamerikanischen Land Revolution getan hat.

"Die Revolution drückt sich nicht nur in aufsehenerregenden Ereignissen aus. (...) Für die nicaraguanische Bevölkerung verwirklicht sich der Sinn der Revolution in den Veränderungen des alltäglichen Lebens", schreibt die Autorin selbst in der Vorbemerkung zu ihrem Buch. Und diesen Anspruch lösen die Photos auch wirklich ein. Die Kamera führt dem Betrachter alltägliches Leben vor Augen. Kein Revolutionstourismus und keine Sensationsgier spricht aus diesen Bildern. Durch das Auge der Kamera erblicken wir Nicaragua "im Schatten der Sensationen" (ebd.)

Diesem Anspruch sind auch die verschiedenen Kapitel des Buches verpflichtet. "Augusto Cesar Sandino", "Die Revolution ist überall", "Christentum und Revolution widersprechen sich nicht", "Die Revolution stößt auf Probleme und Widersprüche", "Die Revolution behauptet sich gegen die Contra" und das Kapitel "Trauer, Wut und Zuversicht".

Zu jedem dieser Kapitel findet sich ein Kommentar, der über die verschiedenen Aspekte des nicaraguanischen Alltags aufklärt. Auch die Fotos selbst werden, wo es nötig ist, ausführlich und gut kommentiert.

In diesem Buch sieht man nicht nur schöne Bilder, Sinne von gut gemachten Fotos. Solange man sich den Bildern und den dazugehörenden Kommentaren widmet, befindet man sich mittendrin im vielfältigen Leben dieses unter besonderer Bedrohung lebenden Volkes in Zentralamerika.

Die Lehrerin in der Bibliothek einer Dorfschule. Der Kaffeepflücker, der gegen Kinderlähmung geimpft wird und skeptisch auf die Nadel blickt, die Warteschlange im Krankenhaus von Wiwili, die Baumwollpflücker von Chinandega, Aufnahmen aus der Szenenpause beim Theaterfestival. Parteiveranstaltungen und Kundgebungen, Bilder von Grafittis an den Hauswänden, ein Betrunkener im Straßengraben, die Miskitoindianer in den Behausungen der Umsiedlungsprojekte und in ihrer angestammten Umgebung an der Atlantikküste, Aufnahmen einer von den Contras zerstörten Landkooperative, Beerdigungszeremonien, Demonstrationen Contra und vieles mehr. Gerade weil die Bilder von Cordelia Dilg nichts beschönigen, begleiten sie das Land Nicaragua auf seinem schwierigen Weg in eine selbstbestimmte Zukunft. Bei der Photographin spürt man die Begeisterung für diesen Weg.



Der Gesundheitsbrigadist aus einer Kleinstadt impft einen Kaffeepflücker gegen Kinderlähmung. – In den Bergen "Canta Gallo", 1982. Heute treibt hier die Contra ihr Unwesen. (Foto aus: Cordelia Dilg – Nicaragua, 8ilder der Revolution.)

## ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-info 116, Juni 1988

Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

"Autos und Arbeitsplätze." Weltweite Verdrängungskämpfe in der Automobilindustrie, Strategien der Multis in Brasilien und Mexiko, Streiks bei VW und Ford, Schwierigkeiten mit der internationalen Gewerkschaftssolidarität.

Kolumbien am Kreuzweg, Behinderte in Nicaragua, Gewerkschaften in Guatemala, Satire und Karikatur in Brasilien, sowie ein Interview mit dem brasilianischen Anarchosyndikalisten Leonardo Morelli.

blätter des iz3w 149, Mai 1988 Postfach 5328, 7800 Freiburg Intifada – der palästinensische Aufstand. Streit um Antizionismus und Antisemitismus in der Linken. Hintergründe des Aufstandes; Islamischer Fundamentalismus in Palästina, Politischer Bericht einer Reise in die besetzten Gebiete, Israelische Friedensbewegung, Langfristige außenpolitische Strategie Israels, Interview mit Leila Khaled, PFLP

Chroniken zu Neukaledonien und Südkorea, Landreform in El Salvador

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 126, April 1988 Lingenerstr. 9, 4400 Münster

Medien, Kultur und "3.Welt". Interkulturelle Kommunikation und Musik, Ätherkriegin Nicaragua, Radio Venceremos – Information contra Propaganda, Die Kraft der Utopie Filmschule der Drei Welten, IX.Fernsehworkshop Entwicklungspolitik, Erfahrungsbericht Alle(r)weltskino Köln IWF/Weltbankkampagne aktuell. Grünnahe Stiftung

Nr. 127/128, Mai 1988

Gegen die Macht des Geldes - Vorbereitungsmaterialien zum 12. 8UKO in Frankfurt IWF/Weltbankkampagne aktuell: Protokoll 3. Aktionskonferenz, Kritische Bemerkungen zur Kampange, Was heißt verhindern? Angriff aus dem All - zur autonomen Kritik am Buko, zwischen Bank und Besen - Bericht vom Frauenseminar, Dikussionspunkt "taz - Symposium", Brief von Ulla Penselin und Ingrid Strobl, CON - Buchvertrieb und Gründe für sein Scheitern

#### epd - Entwicklungspolitik 11/88

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17 Südafrikanische Kirchendelegation in der BRD, Pestizideinsatz in den Philippinen, Ökumenische Frauendekade, Planet als Managementprojekt, Dritte Welt als Lernbereich. Dokumentation: Vorbereitung auf 500 Jahre Entdeckung Amerikas

#### epd - Entwicklungspolitik Materialien IV/88

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17
Herausforderung an die Nichtregierungsorganisationen – Die Auswirkungen der EG
Agrarpolitik und der Verschuldungsprozess. Mit Beiträgen zur Nord – Süd – Kampagne, dem Weltmarkt für Zucker und zur Verschuldungskrise. Bericht einer Yagung
der ev. Akademie Bad Boll und der Arbeitsgemeinschaft NRO – Netzwerk.

Dritte Welt (früher AIB) 7, Juli 1988

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Regionale Konflikte, Abrüstung, US-Strategie: Nach dem Moskauer Gipfel - Endzeit der Konfrontation und Regionalkonlikte? Erklärungen auf dem Gipfel, US-Langzeit-

strategie "Abgestufte Abschreckung", Angola – eine Verhandlungslösung scheint greifbar nahe, Bewegung in der Kamputschea Frage, Nicaragua – Die Contra läßt Verhandlungen platzen, Mosambik: Bericht des US-Außenministeriums über den RNM-Terror, Südafrika: Stand und Wirkungen von Sanktionen, Kongreß der IG "Metall, Verschuldung: Selbstdarstellung der IWF/Weltbankkampagne, Aufruf zum Gegenkongreß, Kommentar: "Heißer Terror-Herbst in Berlin?

#### ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ 2/1988 (Juni)

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Frieden - Freiheit? Die Realisierungschancen des Friedensplanes von Esquipulas In verschiedenen Beiträgen werden Rolle und Interessen der am Friedensplan beteiligten Staaten (Nicaragua, Costa Rica, Honduras, El Salvador, Guatemala) sowie der USA und der Bundesrepublik näher beleuchtet. Ein Bericht über die Medienberichterstattung zum Friedensplan in der Bundesrepublik und zwei Rezensionen (über das Buch von Oscar Arias und über die Rolle der Sowjetunion in Lateinamerika) sowie Artikel über die historische Entwicklung zum Friedensplan von Esquipulas und den aktuellen Stand runden das Heft ab.

## **EINGEGANGENE BÜCHER**

Herbert Kemler (Hrsg.): Behinderung und III. Welt. Annäherung an das zweifach Fremde. Verlag Interkulturelle Kommunikation, ISBN 3-88939-144-3, Frankfurt, 1988

Walter Gröh: Freiheit der Meere. Edition CON, ISBN 3-88526-147-2, Bremen, 1988 8UND (Hrsg.): Wie Weltbankmacht die Welt krank macht. Kölner Volksblatt-Verlag,

ISBN 3-923243-40-5, Köln, 1988

H. Hamm, W. Jung, H. Knott: Flucht-nach Deutschland. Dreisam-Verlag, Freiburg, 1988, ISBN 3-89125-268-4

Urs M. Fiechtner, Sergio Vesely: Erwachen in der Neuen Welt - Die Geschichte des Bartolome de las Casas. Signal-Verlag, ISBN 3-7971-0268-2, Baden-Baden, 1988

Helmut Thielen: Landwirtschaft und Ökologie in Lateinamerika und Nicaragua. isppocket 33, ISBN 3-88332-138-9, Frankfurt, 1988

Paul Sandner, Michael Sommer: Banken, Kredite und die "III. Welt". Bd. II: Südkorea, Argentinien, Tansania. Schmetterling-Verlag, ISBN 3-926369-54-x, Stuttgart 1988

Michael Mc Clintock: The American Connection. Bd. 1/2 ZED books, ISBN 0-86232-240-5 / 0-86232-258-8, London, 1987

David Corkill, David Cubitt: Ecuador - Fragile Democracy. Latin America Bureau, ISBN 0-905156-40-8, London, 1988

Jackie Roddick: The Dance of the Millions - Latin America and the Dept crisis. Latin America Bureau, ISBN 0-906156-30-0, London, 1988

Clive Y. Thomas: The Poor and the Powerless. Economic Policy and Change in the Caribbean. Latin America Bureau, ISBN 0-906156-34-3, London, 1988

## TERMINE

Welcher Frieden für Nicaragua? Ein Jahr Friedensprozeß von Esquipulas

26. - 28. August in Dortmund - Syburg

Zum Zeitpunkt der Planung des Seminars ist der Erfolg oder Mißerfolg des Friedensplans von Esquipulas immer noch ungewiß. Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Abkommens wollen wir unter verschiedenen Fragestellungen untersuchen, wieviel Frieden es Nicaragua und seinen Nachbarländern gebracht hat.

Contra in der BRD

2. - 4. September 1988 in Geseke - Ehringerfeld

Die USA können mit der Contra den Krieg gegen Nicaragua, gegen die sandinistische Revolution nicht gewinnen. Immer stärker setzt die Konterrevolution auf die politische Zersetzung von Innen. Hier haben die bundesdeutschen Freunde der Contra schon lange ihre Finger im Spiel. Das Seminar soll über ihre Arbeit informieren und Erfahrungen zusammenbringen, um den Contras in der BRD entgegentreten zu können.

Neun Jahre Revolution in Nicaragua: Wo stehen die Christen?

9. - 11. September 1988 in Radevormwald

Jedes Jahr feiern viele Christen in Nicaragua den Jahrestag der sandinistischen Revolution - ihrer Revolution, die sie mit erkämpft und verteidigt haben. Doch die Begeisterung ist inzwischen gedämpft: Ein tiefer Riß geht durch die Kirche. Ein klares Wort der nicaraguanischen Bischofskonferenz gegen die Greueltaten der Contra und die agressive Politik der USA ist bisher ausgeblieben. Viele Basisgemeinden werden von ihren eigenen "Hirten" verleumdet und isoliert. Für welchen Weg werden sich die Christen Nicaraguas entscheiden? Wir wollen diese vielschichtige Fragestellung näher beleuchten und auf ihrem Hintergrund unsere Christliche Solidarität neu bestimmen.

(in Zusammmenarbeit mit der Christlichen Initiative Romero e.V.)

Teilnahmebetrag: jeweils ca. 50DM Nähere Informationen, Programme und Anmeldung beim:

Informationsbüro Nicaragua e.V. Hofaue 51 Tel. 0202/4936305 5600 Wuppertal1

#### pogrom

Zeitschriften + Bücher

- O berichtet über die Situation bedrohter Stammesvölker/Minderheiten/Nationalitäten/ Flüchtlinge/ in aller Welt
- O dokumentiert Menschenrechtsverletzun-
- O bietet erhnisch, religiös oder rassisch Verfolgten ein Forum
- O erscheint als Magazin-, Sonderheft oder Taschenbuch (im Abo acht Nummern für DM 40,-)

NEUERSCHEINUNG: Sonderheft

Der lange Weg zur Selbstbestimmung -Nordamerikas Ureinwohner '88:

Zur Situation der Hopi, Navajo, Lakota, Pueblo Cree, Lubicon, Nishga, Haida, Berichte über die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage und ihren Widerstand dagegen.

64 Seiten, zahlreiche Karten und Fotos, Literaturliste, DM 6.-

Weitere Informationen, Verlagsprospekt, Bestellungen, Abobedingungen:

Gesellschaft für bedrohte Viilker Postfach 2024 - 3400 Göttingen A 0551/55822 - 23

## EL PARCIAL

#### PANAMA. LOS ENTRETELONES **DE LA AGRESION YANQUI**

EL PARCIAL - Heft 25 (Juni 1988)

152 Seiten, davon 135 Seiten Pressedokumentation, fast ausschließlich auf Spanisch, wobei vor allem Publikationen aus Panama, Mexiko und Guatemala berücksichtigt wurden.

Bestellungen an: Doris Hermes Kielortallee 4, 2000 Hamburg 13, gegen Überweisung von DM 13,-- an: "El Parcial", Doris Hermes, Konto-Nr. 636 47-205, PSchA Hamburg.

INA BOCUMENTACION DE PREMA

unio de 1988

25



## Bezahlt wird nicht.



Sonderheft 3/1988

## SCHULDENKRISE und IWF-Kampagne

Die Verschuldung ist kein MODETHEMA

Exemplarisch: AFRIKA und LATEIN-

AMERIKA ● Die METROPOLEN bleiben

nicht VERSCHONT ● ALTERNATIVEN zur Verschuldung ● **DOKUMENTATION** 

von Lösungsansätzen 

Aufruf der

IWF/WELTBANK-Kampagne ● BÜCHER, MATERIALIEN und AKTIONEN zum Thema

> 36 Seiten (DIN A 4), 2.50 DM 33% RABATT ab 10 Exemplaren

Vorauszahlung in Briefmarken (2.50 DM + 0.60 DM Porto) bei Bestellung eines Exemplares

Erhältlich im linken

und alternativen Buchhandel oder direkt bei:

DRITTE-WELT-LeserInnen-Service, Gottesweg 54, 5000 Köln 51 Fordern Sie ein kostenloses Probeheft der monatlichen Ausgabe an.

## **ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN**

Juli/August 1988

Schriftenreihe der Gesamthochschule Kassel



Die amazonischen Ethnien und die Zukunft

der Region l<u>a</u>dok

30

Die amazonensischen Ethnien und die Zukunft der Region

Raum, Ökologie und Geschichte

Die ökologischen Beziehungen der ethnischen Gruppen

Die Wissenschaft der amazonensischen Ethnien und die Vorzeichen des Desas-

Auf der Suche nach einer rationalen Nutzung und Entwicklung der amazonensischen Region

1987

23 S.

DM 4.--

Im Buchhandel oder bei: LN-Vertrieb. Gneisenaustr. 2

1000 Berlin 61

LAB LATIN AMERICA BUREAU LONDON

ECUADOR FRAGILE DEMOCRACY



Fragile Democracy examines the historical forces behing Febres Cordero's experiment in 'Andean Thatcherism'. Analysing Ecuador's volatile political culture and bitter regionalism, it argues that the country's economic vulnerability threatens the democratic process. Despite temporary benefits from oil exporters, Ecuador is now a mayor international debtor, the victim of IMF-imposed austerity measures, and dependent om umstable commodity markets. Recession has further worsened the conditions for the poor, who increasingly see hope only in extra-parliamentary organisation.

113 pp.

DM 14.50

Im Buchhandel oder bei:

LN-Vertrieb

Gneisenaustr. 2

1000 8erlin 61